



HDI

Das ist Versicherung.

Nr. 1 / Februar 2015 / 35. Jahrgang

GI aktuell

Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

Inhalt

Editorial	1	Steuerberaterhaftung	16
GI News	2	Belehrungspflicht / Nachzahlungszinsen (OLG Düsseldorf, Urt. v. 4.11.2014 – I-23 U 168/13)	
GI Entscheidungen	3	Anwaltshaftung	19
GI Literaturhinweise	32	Prozessvertretung / Sachverständigenbeweis / Medizinisches Sachverständigengutachten / Beweisantrag, § 403 ZPO (OLG Saarbrücken, Urt. v. 14.8.2014 – 4 U 146/13)	
GI Literatur-Ecke	32	Anwaltshaftung	22
Anwaltshaftung	3	Verjährung / Schadeneintritt / Rücknahme eines Widerspruchs / Späterer Aufhebungs- und Änderungsantrag (OLG Hamm, Beschl. v. 12.8.2014 – 28 W 11/14)	
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand / Allabendliche Ausgangskontrolle fristgebundener Schriftsätze / Überprüfbarkeit gestrichener Fristen (BGH, Beschl. v. 4.11.2014 – VIII ZB 38/14)		Anwaltshaftung	25
Versicherungsschutz	6	Kündigungsschutzprozess / „Minimalvergleich“ / Schaden / Höhere Vergleichssumme? / Erfolg des fortgeführten Prozesses? (OLG Koblenz, Urt. v. 29.4.2014 – 5 U 316/14)	
Verjährung, § 12 VVG a.F. / Hemmung der Verjährung / Untätigkeit / Aufklärungsobliegenheit des Versicherungsnehmers / Auskunftspflicht / Fragen des Versicherers / Fragen an Sach- bearbeiter des Versicherungsnehmers (BGH, Urt. v. 22.10.2014 – IV ZR 303/13)		Haftung des Sozius	27
Versicherungsschutz	9	Ausgeschiedener Scheinsozius / Pflichtverletzung nach Aus- scheiden / Rechtsscheinhaftung / Mandanteninformation zum Kanzleiaustritt / Briefbogen / Türschild (OLG Düsseldorf, Urt. v. 28.4.2014 – 24 U 87/13)	
Berufshaftpflichtversicherung / Serienschadenklausel / Rechtsanwalt / Dauerverstoß (OGH, Urt. v. 9.7.2014 – 7 Ob 70/14)		Anwaltshaftung	30
Versicherungsschutz	13	Beschränkter Auftrag / Verhandlung mit Haftpflichtversicherer / Kein Prozessauftrag / Verjährung (OLG Koblenz, Urt. v. 20.1.2014 – 5 U 1591/13)	
Notarhaftung / Wissentliche Pflichtverletzung / Blanko unterschriebener Überweisungsträger / Kardinalpflicht (OLG Bremen, Urt. v. 20.11.2014 – 3 U 17/14)			

Die natürliche Person in der Insolvenz

Praxishinweise für die Beratung von Schuldern und Gläubigern

In einer Vielzahl der Insolvenzverfahren sind natürliche Personen betroffen. Diese Insolvenzverfahren weisen verfahrensrechtliche Besonderheiten auf, welche bei der Beratung berücksichtigt werden müssen. Es stellen sich Themen wie der Umgang mit deliktischen Forderungen oder die Freigabe einer selbständigen Tätigkeit des Schuldners während des Verfahrens.

Durch das Recht der Versagung der Restschuldbefreiung bieten sich außerdem weitreichende Chancen für Gläubiger, ihre Forderungen zu bewahren. Für den Schuldner besteht das Risiko, die Restschuldbefreiung nicht zu erlangen. All diese Themen müssen von der rechtlichen Beratung ausreichend berücksichtigt werden.

Folgende Inhalte erwarten Sie im Seminar:

- **Besonderheiten der Insolvenz der natürlichen Person**
- **Gestaltungsmöglichkeiten für den Schuldner**
- **Erste Erfahrungen nach der Reform zum 1.7.2014**
- **Versagung der Restschuldbefreiung im laufenden Verfahren und der Wohlverhaltensperiode**
- **Der Umgang mit von der Restschuldbefreiung ausgenommenen Forderungen**
- **Freigabe der selbständigen Tätigkeit und Zweitinsolvenzverfahren**

Referent

Dr. Benjamin Webel

Insolvenzrichter



Termine

23.04.2015	15:15-17:30 Uhr
09.06.2015	15:15-17:30 Uhr

Teilnehmer

Rechtsanwälte, Fachanwälte
für Insolvenzrecht

Dauer

2 Vortragsstunden

Preis

pro Zugang 95,00 Euro zzgl. USt

Art.-Nr. 76830

Alle Vorteile auf einen Blick:

- **Live und interaktiv per PC oder Laptop**
- **Kompakt und zeitsparend**
- **Keine Reisezeiten und Reisekosten**
- **elektronische Begleitunterlage**

Technische Voraussetzungen

- PC mit Internetzugang mit mind. 1.000 DSL
- Adobe Flash Player
- Bildschirmauflösung von mindestens 1280 x 1024
- Headset (Kopfhörer mit Mikrofon) oder Lautsprecher

Informieren und buchen: www.telelex.de

TeleLex GmbH
Virnsberger Str. 63
90431 Nürnberg

Telefon 0911 319-36891
E-Mail service@telelex.de
Internet www.telelex.de

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Dr. Jürgen Gräfe
Rechtsanwalt



Die **Grenzen des Versicherungsschutzes** der Berufshaftpflichtversicherung werden vom OLG Bremen aufgezeigt. Wenn ein **Notar** aus arbeitsökonomischen Gründen Überweisungen vom Anderkonto blanko unterschreibt und es der Bank überlässt, den konkreten Betrag einzusetzen, ist das ein „Kardinalfehler“. Das OLG sah in dieser Arbeitsweise eine wissentliche Pflichtverletzung, die den Berufshaftpflichtversicherer zur Versagung des Versicherungsschutzes berechtigte.

Der BGH hat dem Anwalt nochmals „ins Stammbuch geschrieben“, dass er nicht nur die Fristberechnung, deren Eintragung und Löschung organisieren, sondern auch eine **allabendliche Kontrolle der Erledigung der Fristen** vorsehen muss.

Drohen dem Mandanten eines Steuerberaters **Nachzahlungszinsen gem. § 233 a AO** von 0,5 %/Monat, muss er ihm aufzeigen, dass er diese vermeiden kann, wenn er z.B. die Steuern bereits vor Steuerfestsetzung zahlt. (OLG Düsseldorf)

Der **Regressanspruch** gegen Steuerberater oder Rechtsanwälte entsteht, wenn beim Mandanten ein Schaden eingetreten ist. Wird in einer Rentensache der Widerspruch gegen einen Rentenbescheid in Verkenntung der Rechtslage zurückgenommen, tritt **Rechtskraft des angegriffenen Bescheides** und damit der Schaden des Mandanten ein. Das OLG Hamm weist darauf hin, dass es unerheblich ist, ob der Schaden durch einen späteren Antrag noch abgewendet werden kann.

Ist ein **Scheinsozius** ausgeschieden und erweckt die Kanzlei in der Außendarstellung weiterhin den Anschein, er sei noch Mitglied der Sozietät, so haftet er weiter für Fehler der verbliebenen Sozien und Scheinsozien. Wichtigstes Kriterium für den Kanzleiauftritt ist nach Ansicht des OLG Düsseldorf der Briefkopf der Kanzlei. Andere Umstände sind die Angaben in der Vollmacht oder auf dem Türschild der Kanzlei.

Wie wichtig die exakte Feststellung des **Inhalts eines Beratungsauftrags** ist, zeigt das OLG Koblenz. Erhält der Anwalt den Auftrag außergerichtlich mit einem Versicherer zu verhandeln, so endet der Auftrag nach Ablehnung des Anspruchs. Der Mandant verabschiedete sich mit dem Bemerkung, er wolle nach weiteren Beweismitteln forschen. Ein Klageauftrag ist hier nicht erteilt und er kann auch nicht erwarten, dass der Anwalt ihn im Hinblick auf eine Klage berät, bis wann er spätestens Klage erheben muss. Die Verjährung des Versicherungsanspruchs drohte erst in zwei Jahren.

Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI News

BFH: Wirksame Übermittlung einer Einkommensteuererklärung per Fax

Mit Urteil vom 8.10.2014 hat der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) entschieden, dass eine Einkommensteuererklärung auch wirksam per Fax an das Finanzamt (FA) übermittelt werden kann.

Die Klägerin erzielte im Streitjahr 2007 ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Über den Inhalt der von ihrer Steuerberaterin erstellten Einkommensteuererklärung 2007 hatte sich die Klägerin ausschließlich telefonisch informiert und das ihr zugefaxte Deckblatt der Erklärung unterschrieben. Die Steuerberaterin übermittelte dem FA die Steuererklärung über das ELSTER-Portal ohne Zertifizierung. Beim FA ging am 30.12.2011 die hierzu gehörende komprimierte Einkommensteuererklärung ein, deren erste Seite das zugefaxte Deckblatt mit der telekopierte Unterschrift der Klägerin war. Erst im Januar 2012 unterschrieb die Klägerin erneut das Deckblatt der Erklärung an Amtsstelle. Das FA lehnte den Antrag auf Veranlagung zur Einkommensteuer 2007 wegen Ablaufs der Festsetzungsfrist ab. Das Finanzgericht (FG) gab der hiergegen erhobenen Klage statt.

Der BFH bestätigt die Entscheidung des FG. Eine Einkommensteuererklärung kann danach auch wirksam per Fax an das FA übermittelt werden. Denn für die Einkommensteuererklärung gilt insoweit nichts anderes als für die Übermittlung fristwahrender Schriftsätze, für die höchstrichterlich bereits entschieden ist, dass eine Übermittlung per Telefax in allen Gerichtszweigen uneingeschränkt zulässig ist (vgl. *Beschluss des Gemeinsamen Senats der Obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 5.4.2000 – GmS-OG 1/98*). Durch das Erfordernis der Schriftlichkeit soll sichergestellt werden, dass Person und Inhalt der Erklärung eindeutig festgestellt werden können und dass es sich nicht lediglich um einen Entwurf handelt. Diese Zwecke werden auch bei der Übermittlung einer Einkommensteuererklärung per Fax gewahrt.

Dabei ist nicht erforderlich, dass der Steuerpflichtige den Inhalt der Erklärung tatsächlich in vollem Umfang zur Kenntnis genommen hat. Denn mit der auf der Erklärung geleisteten Unterschrift macht sich der Steuerpflichtige deren Inhalt zu eigen und übernimmt dafür die Verantwortung. (BFH, Urt. v. 8.10.14 – VI R 82/13)

Pressemitteilung d. BFH v. 7.1.2015 ■

BFH: BFH legt die Vorschriften über die Einheitsbewertung des Grundvermögens dem BVerfG zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit vor

Der II. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat mit Beschluss vom 22.10.2014 – II R 16/13 dem Bundesverfassungsgericht

(BVerfG) die Frage vorgelegt, ob die Vorschriften über die Einheitsbewertung des Grundvermögens seit dem Feststellungszeitpunkt 1.1.2009 wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes) verfassungswidrig sind.

In dem Verfahren, das dem Vorlagebeschluss zugrunde liegt, hatte der Kläger im Jahr 2008 eine Teileigentumseinheit (Ladenlokal) im ehemaligen Westteil von Berlin erworben. Er ist der Ansicht, dass der gegenüber dem Voreigentümer festgestellte Einheitswert für das Teileigentum ihm gegenüber keine Bindungswirkung entfalten könne, weil die Vorschriften über die Einheitsbewertung des Grundvermögens wegen des lange zurückliegenden Hauptfeststellungszeitpunkts 1.1.1964 verfassungswidrig seien. Die Einheitswertfeststellung müsse daher zum 1. Januar 2009 ersatzlos aufgehoben werden.

Der BFH stützt seine Vorlage auf folgende Gesichtspunkte:

Einheitswerte werden für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, für Betriebsgrundstücke und für andere Grundstücke festgestellt. Sie sind neben den Steuermesszahlen und den von den Gemeinden festgelegten Hebesätzen Grundlage für die Bemessung der Grundsteuer. Maßgebend für die Feststellung der Einheitswerte sind in den alten Bundesländern und West-Berlin die Wertverhältnisse im Hauptfeststellungszeitpunkt 1.1.1964.

Der BFH ist der Ansicht, dass die Maßgeblichkeit dieser veralteten Wertverhältnisse (spätestens) seit dem Feststellungszeitpunkt 1.1.2009 wegen des 45 Jahre zurückliegenden Hauptfeststellungszeitpunkts nicht mehr mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine gleichheitsgerechte Ausgestaltung des Steuerrechts vereinbar ist. Durch den Verzicht auf weitere Hauptfeststellungen sei es nach Anzahl und Ausmaß zu dem Gleichheitssatz widersprechenden Wertverzerrungen bei den Einheitswerten gekommen. Die seit 1964 eingetretene rasante städtebauliche Entwicklung gerade im großstädtischen Bereich, die Fortentwicklung des Bauwesens nach Bauart, Bauweise, Konstruktion und Objektgröße sowie andere tiefgreifende Veränderungen am Immobilienmarkt fänden keinen angemessenen Niederschlag im Einheitswert.

Der BFH vertritt indes nicht die Auffassung, dass das Niveau der Grundsteuer insgesamt zu niedrig sei und angehoben werden müsse. Vielmehr geht es lediglich darum, dass die einzelnen wirtschaftlichen Einheiten innerhalb der jeweiligen Gemeinde im Verhältnis zueinander realitätsgerecht bewertet werden müssen. Nur eine solche Bewertung kann gewährleistet, dass die Belastung mit Grundsteuer sachgerecht ausgestaltet wird und mit dem Gleichheitssatz vereinbar ist.

Es obliegt nunmehr dem BVerfG, über die Vorlagefrage zu entscheiden. Der Vorlagebeschluss steht als solcher dem Erlass von Einheitswertbescheiden, Grundsteuermessbescheiden und Grundsteuerbescheiden sowie der Beitreibung von Grundsteuer nicht entgegen. Die entsprechenden Bescheide werden jedoch für vorläufig zu erklären sein.

Die Vorlage betrifft nicht die Bewertung des Grundvermögens im Beitrittsgebiet, für die die Wertverhältnisse am Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar 1935 maßgebend sind. Die Gründe, die den BFH zu der Vorlage veranlasst haben, gelten aber aufgrund dieses noch länger zurückliegenden Hauptfeststellungszeitpunkts erst recht im Beitrittsgebiet.

(BFH, Beschl. v. 22.10.14 – II R 16/13)

Pressemitteilung d. BFH v. 3.12.2014 ■

BFH: Vorlage an das BVerfG: Der Ausschluss des Werbungskostenabzugs für Berufsausbildungskosten ist verfassungswidrig

Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Frage vorgelegt, ob es mit dem Grundgesetz (GG) vereinbar ist, dass nach § 9 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes (EStG) Aufwendungen des Steuerpflichtigen für seine erstmalige Berufsausbildung oder für ein Erststudium, das zugleich eine Erstausbildung vermittelt, keine Werbungskosten sind, wenn diese Berufsausbildung oder dieses Erststudium nicht im Rahmen eines Dienstverhältnisses stattfindet.

1. In den insgesamt sechs Streitfällen, die zu den Vorlagen an das BVerfG führten, hatten Steuerpflichtige Ausbildungen zum Flugzeugführer auf eigene Kosten (rd. 70.000 EUR) absolviert und waren danach als angestellte Berufspiloten für Fluggesellschaften tätig; in anderen Fällen hatten Steuerpflichtige Berufsausbildungen an Universitäten oder Fachhochschulen absolviert und waren danach auf dieser Grundlage beruflich tätig. Die Steuerpflichtigen hatten ihre Aufwendungen für die Berufsausbildung jeweils als vorweggenommene Werbungskosten geltend gemacht und die Feststellung entsprechend vortragsfähiger Verluste begehrt, um diese dann in den folgenden Jahren mit ihren aus der Berufstätigkeit erzielten Einkünften verrechnen zu können.

Dem stand in allen Streitfällen allerdings § 9 Abs. 6 EStG entgegen. Die Vorschrift wurde mit Gesetz vom 7.12.2011 rückwirkend ab 2004 eingeführt; seitdem sind Aufwendungen für die erste Berufsausbildung vom Werbungskostenabzug ausgeschlossen.

2. Nach Auffassung des BFH seien Aufwendungen für die Ausbildung zu einem Beruf als notwendige Voraussetzung für eine nachfolgende Berufstätigkeit beruflich veranlasst und demgemäß auch als Werbungskosten einkommensteuerrechtlich zu berücksichtigen. Denn sie dienten der Erzielung einkommensteuerpflichtiger Einkünfte. Der Ausschluss des Werbungskostenabzugs verstoße gegen das aus Art. 3 Abs. 1 GG abgeleitete verfassungsrechtliche Gebot der Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit und sei auch nicht mit Vereinfachung und Typisierung zu rechtfertigen.

Berufsausbildungskosten stellten schließlich auch keine beliebige Einkommensverwendung dar, sondern gehörten zum zwangsläufigen und pflichtbestimmten Aufwand, der nach ständiger Rechtsprechung des BVerfG nicht zur beliebigen Disposition des Gesetzgebers stehe. Diese Aufwendungen seien deshalb, so der BFH, jedenfalls unter dem Aspekt der Existenzsicherung einkommensteuerrechtlich zu berücksichtigen.

Dem werde nicht entsprochen, wenn für solche Aufwendungen lediglich ein Sonderausgabenabzug in Höhe von 4.000/6.000 EUR in Betracht komme. Denn der Sonderausgabenabzug bleibe bei Auszubildenden und Studenten nach seiner Grundkonzeption wirkungslos, weil gerade sie typischerweise in den Zeiträumen, in denen ihnen Berufsausbildungskosten entstünden, noch keine eigenen Einkünfte erzielten. Der Sonderausgabenabzug gehe daher ins Leere. Denn er berechtige im Gegensatz zum Werbungskostenabzug auch nicht zu Verlustfeststellungen, die mit späteren Einkünften verrechnet werden könnten.

Dagegen folgte der BFH nicht den Revisionsvorbringen, dass die rückwirkende Anwendung des Abzugsverbots auf das Jahr 2004 verfassungswidrig sei. Denn insoweit sei die Rückwirkung nach Maßgabe der Rechtsprechung des BVerfG ausnahmsweise zulässig.

(BFH, Beschl. v. 17.7.2014 – VI R 2/12, VI R 8/12)

Pressemitteilung d. BFH v. 5.11.2014 ■

Anwaltshaftung

- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
 - Allabendliche Ausgangskontrolle fristgebundener Schriftsätze
 - Überprüfbarkeit gestrichener Fristen
- (BGH, Beschl. v. 4.11.2014 – VIII ZB 38/14)

Leitsätze:

1. Die allabendliche Ausgangskontrolle fristgebundener Anwaltsschriftsätze mittels Abgleichs mit dem Fristenkalender dient nicht allein dazu, zu überprüfen, ob sich aus den Eintragungen noch unerledigt gebliebene Fristsachen ergeben. Sie soll vielmehr auch gewährleisten, festzustellen, ob möglicherweise in einer bereits als erledigt vermerkten Fristsache die fristwahrende Handlung noch aussteht (*im Anschluss an BGH, Beschl. v. 2.3.2000 – V ZB 1/00, NJW 2000, 1957 unter II m.w.N.*).

2. Zu diesem Zweck sind Fristenkalender so zu führen, dass auch eine gestrichene Frist noch erkennbar und bei der Endkontrolle überprüfbar ist. Das ist auch bei einer elektronischen Kalenderführung erforderlich, denn sie darf keine hinter der manuellen Führung zurückbleibende Überprüfungssicherheit bieten (*im Anschluss an BGH, Beschl. v. 2.3.2000 – V ZB 1/00, a.a.O. m.w.N.*). ■

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin hat gegen den Beklagten Klage auf Räumung und Herausgabe einer Mietwohnung sowie auf Zahlung vorgerichtlicher Anwaltskosten erhoben. Das AG hat die Klage mit Urteil vom 11.3.2014 abgewiesen. Das Urteil wurde dem Prozessbevollmächtigten der Klägerin am 21.3.2014 zugestellt. Die hiergegen gerichtete Berufung der Klägerin vom 17.4.2014 wurde auf dem Postweg übermittelt und ging erst am 23.4.2014 (Mittwoch) beim LG ein. Nach Erteilung eines gerichtlichen Hinweises auf den verspäteten Eingang der Berufungsschrift beantragte die Klägerin mit beim LG am 30.4.2014 eingegangenem Schriftsatz Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist.

Zur Begründung ihres Antrags hat sie angeführt und glaubhaft gemacht, die seit mehreren Jahren in der Kanzlei ihres Prozessbevollmächtigten beschäftigte Mitarbeiterin, die bislang äußerst sorgfältig und fehlerfrei gearbeitet habe, habe die im elektronisch geführten Fristenkalender ordnungsgemäß eingetragene Berufungseinlegungsfrist am 17.4.2014 bei der ihr aufgetragenen Löschung zweier anderer Fristen unzutreffend als erledigt gekennzeichnet. Dabei habe sie die in der Kanzlei geltenden allgemeinen Anweisungen zur Fristenkontrolle missachtet.

Danach dürfe eine Notfrist erst gelöscht werden, wenn diese tatsächlich erledigt sei, also entweder beim Gericht eingereicht und dies in einem von der zuständigen Mitarbeiterin zu unterzeichnenden Vermerk bestätigt worden sei oder wenn ein Schriftsatz per EGVP übermittelt und das Empfangsbekenntnis ausgedruckt und zur Akte genommen worden sei. Im Bereich der Ausgangspost werde eine sogenannte „Rotmappe“ für Eil- und Fristensachen geführt. In diese Mappen würden die Schriftsätze in ablaufenden Notfristen einsortiert, so dass diese nochmals optisch gesondert sichtbar seien.

Die zuständige Kanzleimitarbeiterin habe die vorzeitige Streichung der Frist für unschädlich gehalten, da ihr bekannt gewesen sei, dass der Schriftsatz schon unterschrittsreif erstellt gewesen sei und sie beabsichtigt habe, ihn am selben Tag noch bei Gericht abzugeben. Bei Sortieren der Ausgangspost am Nachmittag des 17.4.2014 habe sie dann aber die inzwischen unterzeichnete Berufungsschrift nicht in die „Rotmappe“ für Eil- und Fristensachen einsortiert, sondern zur regulären Post gelegt, diese dann aber infolge erheblichen Arbeitsanfalls am 22.4.2014, also am Tag des Fristablaufs, nicht zum Gericht gebracht, weil sich nur wenige Schriftstücke in der Ausgangspost befunden hätten. Hierbei habe sie übersehen, dass sich darunter auch die in der vorliegenden Sache gefertigte Berufungsschrift befunden habe.

Das LG hat den Wiedereinsetzungsantrag der Klägerin zurückgewiesen und ihre Berufung unzulässig verworfen. Zur Begründung hat es ausgeführt, es komme nicht darauf an, ob die Berufungsfrist infolge eines der Klägerin nicht anzulastenden Fehlverhaltens der Kanzleiangestellten (Löschung der Frist im Kalender vor tatsächlichem Postausgang; Nichteinsortieren in die für Eil- und Fristensachen vorgesehene „Rotmappe“; Nichteinreichen der Post bei Gericht am Dienstag

nach Ostern) nicht fristgerecht beim Berufungsgericht eingegangen sei. Denn ein der Klägerin zuzurechnendes Verschulden und für die Versäumung der Berufungsfrist ursächlich gewordenen, eigenständiges Organisationsverschulden ihres Prozessbevollmächtigten liege jedenfalls darin begründet, dass er nicht alles ihm Zumutbare veranlasst habe, damit die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels gewahrt werde.

Zu einer wirksamen Ausgangskontrolle gehöre unter anderem eine Anordnung des Prozessbevollmächtigten, die gewährleiste, dass die Erledigung fristgebundener Sachen am Abend eines jeden Arbeitstags anhand des Fristenkalenders von einer dazu beauftragten Bürokraft überprüft werde. Dass eine solche selbständige und abschließende Kontrolle der Fristen im Büro des Klägersvertreters durchgeführt werde, sei weder vorgetragen noch glaubhaft gemacht. In der Kanzlei ihres Prozessbevollmächtigten bestehe lediglich die Handhabung, dass Notfristen erst bei tatsächlicher Erledigung im Fristenkalender gelöscht werden dürften, und dass Eil- und Fristensachen im Rahmen der Ausgangspost durch eine für die Gerichtspost geführte „Rotmappe“ kontrolliert würden. Bei Durchführung einer abendlichen Ausgangskontrolle anhand des Fristenkalenders wäre aber die noch nicht erfolgte Absendung der Berufungsschrift festgestellt worden. ■

Aus den Gründen:

Die nach §§ 238 Abs. 2 Satz 1, 522 Abs. 1 Satz 4 ZPO statthafte Rechtsbeschwerde ist nicht zulässig. Die Voraussetzungen des § 574 Abs. 2 ZPO, die auch bei einer Rechtsbeschwerde gegen einen die Berufung als unzulässig verwerfenden Beschluss gewahrt sein müssen, sind nicht erfüllt.

1. Die Rechtssache wirft weder entscheidungserhebliche Fragen von grundsätzlicher Bedeutung auf noch erfordert sie eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts zur Fortbildung des Rechts oder zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung. Entgegen der Auffassung der Rechtsbeschwerde verletzt der angefochtene Beschluss nicht die verfassungsrechtlich verbürgten Ansprüche der Klägerin auf Gewährung rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG) und auf wirkungsvollen Rechtsschutz (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip).

Danach darf einer Partei die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht aufgrund von Anforderungen an die Sorgfaltspflichten ihres Prozessbevollmächtigten versagt werden, die nach höchstrichterlicher Rechtsprechung nicht verlangt werden und den Parteien den Zugang zu einer in der Verfahrensordnung eingeräumten Instanz in unzumutbarer, aus Sachgründen nicht mehr zu rechtfertigender Weise erschweren (st. Rspr.; vgl. BGH, Beschl. v. 8.1.2013 – VI ZB 78/11, NJW-RR 2013, 506 Rdnr. 6 m.w.N.).

Auch beruht die angefochtene Entscheidung – anders als die Rechtsbeschwerde meint – nicht auf einem grundlegenden Fehlverständnis der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.

2. Das Berufungsgericht hat die **Anforderungen an die anwaltlichen Organisationspflichten bei der Ausgangskontrolle**

fristgebundener Schriftsätze nicht überspannt, sondern unter Beachtung der von der höchstrichterlichen Rechtsprechung aufgestellten Grundsätze die Wiedereinsetzung in die versäumte Berufungsfrist rechtsfehlerfrei versagt und das Rechtsmittel der Klägerin als unzulässig verworfen. Wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, kann nach dem Vorbringen der Klägerin nicht ausgeschlossen werden, dass die Fristversäumung auf einem – ihr zuzurechnenden (§ 85 Abs. 2 ZPO) – anwaltlichen Organisationsmangel (§ 233 ZPO) in der abendlichen Ausgangskontrolle in der Kanzlei ihres Prozessbevollmächtigten beruht.

a) Ein Rechtsanwalt hat durch **organisatorische Vorkehrungen sicherzustellen**, dass ein **fristgebundener Schriftsatz** rechtzeitig gefertigt und innerhalb der laufenden Frist beim zuständigen Gericht eingeht. Hierzu hat er grundsätzlich sein Möglichstes zu tun, um Fehlerquellen bei der Eintragung und Behandlung von Rechtsmittelfristen auszuschließen (BGH, Beschl. v. 2.2.2010 – XI ZB 23/08, XI ZB 24/08, NJW 2010, 1363 Rdnr. 11 m.w.N.).

Dies setzt zum einen voraus, dass die **im Fristenkalender vermerkten Fristen erst dann gestrichen oder anderweitig als erledigt gekennzeichnet** werden, wenn die fristwahrende Maßnahme tatsächlich durchgeführt, der Schriftsatz also gefertigt und abgesandt oder zumindest postfertig gemacht, die weitere Beförderung der ausgehenden Post also organisatorisch zuverlässig vorbereitet worden ist (st. Rspr.; vgl. BGH, Beschl. v. 8.1.2013 – VI ZB 78/11, a.a.O. Rdnr. 10 m.w.N.; v. 16.12.2013 – II ZB 23/12, juris Rdnr. 9 m.w.N.).

Ferner gehört hierzu die Anordnung des Rechtsanwalts, dass die Erledigung von fristgebundenen Sachen am Abend eines jeden Arbeitstages anhand des Fristenkalenders durch eine dazu beauftragte Bürokraft überprüft wird (BGH, Beschl. v. 2.3.2000 – V ZB 1/00, NJW 2000, 1957 unter II; v. 13.9.2007 – III ZB 26/07, FamRZ 2007, 1879 Rdnr. 15; v. 17.1.2012 – VI ZB 11/11, NJW-RR 2012, 427 Rdnr. 9; v. 26.4.2012 – V ZB 45/11, juris Rdnr. 12; v. 16.12.2013 – II ZB 23/12, a.a.O.; v. 11.3.2014 – VIII ZB 52/13, juris Rdnr. 5; jeweils m.w.N.). Eine solche zusätzliche Kontrolle ist bereits deswegen notwendig, weil selbst bei sachgerechten Organisationsabläufen individuelle Bearbeitungsfehler auftreten können, die es nach Möglichkeit aufzufinden und zu beheben gilt.

b) Der Rechtsanwalt hat also die Ausgangskontrolle von fristgebundenen Schriftsätzen so zu organisieren, dass sie einen gestuften Schutz gegen Fristversäumungen bietet (vgl. BGH, Beschl. v. 16.12.2013 – II ZB 23/12, a.a.O. Rdnr. 10). **Bei der allabendlichen Kontrolle fristgebundener Sachen ist eine nochmalige, selbständige Prüfung erforderlich** (BGH, Beschl. v. 13.9.2009 – III ZB 26/07, a.a.O.; v. 26.4.2012 – V ZB 45/11, juris a.a.O.; jeweils m.w.N.). Sie muss gewährleisten, dass am Ende eines jeden Arbeitstages von einer dazu beauftragten Bürokraft geprüft wird, welche fristwahrenden Schriftsätze hergestellt, abgesandt oder zumindest versandfertig gemacht worden sind und ob diese mit den im Fristenkalender vermerkten Sachen übereinstimmen (BGH, Beschl. v. 2.3.2000 – V ZB 1/00, a.a.O. m.w.N.).

Anders als die Rechtsbeschwerde meint, dient die allabendliche Ausgangskontrolle fristgebundener Schriftsätze mittels Abgleichs mit dem Fristenkalender nicht allein dazu, zu überprüfen, ob sich aus den Eintragungen noch unerledigt gebliebene Fristsachen ergeben. Dies stellt zwar eine wichtige Funktion der Ausgangskontrolle am Ende jeden Arbeitstages dar. Darin erschöpft sich der Sinn und Zweck dieser zusätzlichen Ausgangskontrolle jedoch nicht.

Vielmehr soll die erneute und abschließende Überprüfung auch dazu dienen, festzustellen, ob möglicherweise in einer bereits als erledigt vermerkten Fristsache die fristwahrende Handlung noch aussteht (BGH, Beschl. v. 2.3.2000 – V ZB 1/00, a.a.O. m.w.N.). **Zu diesem Zweck sind Fristenkalender so zu führen, dass auch eine gestrichene Frist noch erkennbar und bei der Endkontrolle überprüfbar ist.** Das ist auch bei einer **elektronischen Kalenderführung** erforderlich, denn sie darf keine hinter der manuellen Führung zurückbleibende Überprüfungssicherheit bieten (BGH, Beschl. v. 2.3.2000 – V ZB 1/00 a.a.O. m.w.N.).

c) Dass eine solche selbständige und abschließende Endkontrolle integraler Bestandteil der organisatorischen Abläufe in der Kanzlei des Prozessbevollmächtigten der Klägerin ist, hat diese weder vorgetragen noch glaubhaft gemacht. Sie hat lediglich die Verfahrensweise bezüglich der Löschung von Notfristen im Fristenkalender und der Sammlung von Schriftsätzen in Eil- und Fristsachen in einer farblich auffälligen „Rotmappe“ beschrieben.

Dagegen lässt sich weder dem Vortrag der Klägerin noch der zur Glaubhaftmachung vorgelegten eidesstattlichen Versicherung der zuständigen Kanzleimitarbeiterin oder der anwaltlichen Versicherung des Klägersvertreters entnehmen, dass der Prozessbevollmächtigte der Klägerin in seiner Kanzlei eine allabendliche Ausgangskontrolle eingeführt hat, bei der vor Büroschluss die in verschiedenen Mappen oder Fächern abgelegten Schriftsätze mit dem Inhalt des Fristenkalenders abgeglichen werden. Demensprechend beschränkt sich die Rechtsbeschwerde darauf, die Ursächlichkeit dieses anwaltlichen Organisationsverschuldens in Abrede zu stellen.

d) Anders als die Rechtsbeschwerde meint, ist das Fehlen einer wirksamen allabendlichen Ausgangskontrolle von Fristsachen anhand des Fristenkalenders für die Versäumung der Berufungsfrist zumindest mitursächlich geworden. Die Berufungsfrist lief am Osterdienstag, dem 22.4.2014 ab. Das Fristende war korrekt im elektronischen Fristenkalender eingetragen und im Laufe des Nachmittags des 17.4.2014 als erledigt markiert worden. Die als erledigt ausgewiesene Frist war – was nach höchstrichterlicher Rechtsprechung für die Führung eines Fristenkalenders unverzichtbar ist – als solche aber noch erkennbar. In dem in der Kanzlei des Klägersvertreters verwendeten elektronischen Fristenkalender werden Fristsachen rot markiert angezeigt. Die Löschung einer Frist erfolgt dadurch, dass die Mitarbeiterin den entsprechenden Fristeneintrag anklickt und an der hierfür vorgesehenen Stelle einen Haken setzt. Neben dem Fristeneintrag wird dann die Anmerkung „erledigt“ angezeigt; gleichzeitig verschwindet die Rotmarkierung.

Entgegen der Auffassung der Rechtsbeschwerde ist es daher bei dem vom Klägervertreter verwendeten elektronischen Fristenkalender technisch durchaus möglich, im Falle eines ordnungsgemäßen allabendlichen Abgleichs der Post mit den Kalendereinträgen diejenigen Fristen aufzudecken, die zu Unrecht als erledigt gekennzeichnet worden sind.

Dazu hätte es allerdings der für eine ordnungsgemäße Ausgangskontrolle unverzichtbaren, in der Kanzlei des Klägervertreters allerdings nicht praktizierten Handhabung bedurft, sämtliche für den jeweiligen Tag eingetragenen Fristsachen (auch diejenigen, in denen die Fristen als erledigt bezeichnet worden sind) am Ende des Arbeitstages anhand der Ausgangspost (und gegebenenfalls der Akten) darauf zu überprüfen, ob sich die in diesen Sachen zu erstellenden Schriftsätze in der für Eil- und Fristsachen bestimmten „Rotmappe“ oder – falsch einsortiert – in der regulären Post, befinden, beziehungsweise ob sie – gemäß dem in den Akten befindlichen Erledigungsvermerk – bereits zu einem früheren Zeitpunkt abgesandt worden sind.

Der Rechtsanwalt, der gesonderte Mappen für eilbedürftige Post führt, muss, um eine wirksame Endkontrolle zu schaffen, auch geeignete organisatorische Vorkehrungen dagegen treffen, dass von dem Abgleich mit dem Fristenkalender solche Schriftstücke ausgenommen werden, die versehentlich in die reguläre Post gelangt sind.

Hätte in der Kanzlei des Klägervertreters eine entsprechende Anordnung zur Durchführung der beschriebenen Ausgangskontrolle bestanden, wäre nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge bei ansonsten pflichtgemäßem Verhalten der zuständigen Mitarbeiterin die Berufungsfrist nicht versäumt worden.

Bei einem Abgleich sämtlicher in der Ausgangspost befindlicher Schriftstücke mit den für den 22.4.2014 im Fristenkalender enthaltenen Eintragungen wäre offenbar geworden, dass die im Streitfall vor Erledigung der Fristsache gelöschte Frist tatsächlich noch nicht erledigt war, weil die gefertigte Berufungsschrift noch nicht abgesandt war, sondern sich in der regulären Ausgangspost befand und daher von der Mitarbeiterin noch am selben Abend hätte bei Gericht eingereicht werden müssen.

Für die Beurteilung, ob ein Organisationsfehler für die Versäumung der Frist ursächlich geworden ist, ist von einem ansonsten pflichtgemäßen Verhalten auszugehen und darf kein weiterer Fehler hinzugedacht werden (*BGH, Beschl. v. 24.1.2012 – II ZB 3/11, NJW-RR 2012, 747 Rdnr. 14*).

Im Streitfall kommt hinzu, dass sich am 22.4.2014 nach den Angaben der Mitarbeiterin in dem für die Gerichtspost bestimmten Postausgangsfach, in dem die Berufungsschrift (versehentlich) abgelegt war, nur wenige Schriftstücke befanden, so dass der Schriftsatz mit geringem Prüfungsaufwand hätte entdeckt werden können. ■

Versicherungsschutz

- Verjährung, § 12 VVG a.F.
- Hemmung der Verjährung
- Untätigkeit
- Aufklärungsobliegenheit des Versicherungsnehmers
- Auskunftspflicht
- Fragen des Versicherers
- Fragen an Sachbearbeiter des Versicherungsnehmers (*BGH, Urt. v. 22.10.2014 – IV ZR 303/13, [vgl. BGH, Urt. v. 22.10.2014 – IV ZR 242/13], vorgehend LG Wiesbaden, Urt. v. 1.11.2012 – 1 O 26/12, juris*)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Verjährung des Versicherungsanspruchs war gem. § 12 Abs. 2 VVG a.F. bis zur schriftlichen Entscheidung des Versicherers gehemmt. Erwartet der Versicherungsnehmer keine Entscheidung mehr, entfällt die Hemmung. Ist er nur über einen längeren Zeitraum untätig, bleibt die Hemmungswirkung bestehen.

2. Der Versicherer hat einen erheblichen Beurteilungsspielraum bei der Frage, welche Auskünfte er für erforderlich hält. Er darf nur dem Versicherungsnehmer nicht „Unbilliges zumuten“. Der Versicherer ist berechtigt, eine Stellungnahme der Sachbearbeiterin des Versicherungsnehmers einzuholen. ■

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin, eine gesetzliche Krankenkasse, nimmt die Beklagte auf Leistung aus einer Vermögensschadenhaftpflichtversicherung in Anspruch, die auch Schäden umfasst, die der Versicherungsnehmer „in Folge eines bei Ausübung satzungsgemäßer Tätigkeit von seinen Organen, Beamten und Angestellten fahrlässig begangenen Verstoßes unmittelbar erlitten hat (Eigenschaden)“.

Diese Versicherung hatte die Klägerin im Jahre 1995 bei der Beklagten als führendem Versicherer mit einer Versicherungssumme von zunächst 250.000 DM je Schadenereignis abgeschlossen. Der Versicherung lagen „Allgemeine Versicherungsbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden (AVB)“ und mehrere, zunächst jeweils für ein Jahr mit Verlängerungsklausel abgeschlossene „Rahmenabkommen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung“ zugrunde. Nach Ziff. 11 der Abkommen für 1995 und 1996 waren neben dem führenden Versicherer mit einem Anteil von 50 % drei weitere Versicherer mit Anteilen von zweimal 20 % und einmal 10 % beteiligt.

Nach Ziff. 5 dieser Rahmenabkommen umfasste der Versicherungsschutz „die Folgen aller während der Versicherungsdauer begangenen Verstöße, die den Versicherern nicht später als 3 Jahre nach Beendigung des Versicherungsvertrages gemeldet werden.“

Die Rahmenabkommen sind in der Folge verschiedentlich neu vereinbart worden, wobei auch die Beteiligten, ihre

Haftungsquoten und die Versicherungssumme geändert wurden. Nach dem Rahmenabkommen 1997 waren nur noch die Beklagte mit jetzt 70 % sowie zwei weitere Versicherer mit je 15 % beteiligt und die Versicherungssumme je Versicherungsfall betrug nur noch 100.000 DM. Nach dem Rahmenabkommen 2002 war neben der Beklagten nur noch ein weiterer Versicherer beteiligt; die Versicherungssumme betrug jetzt 52.000 EUR je Versicherungsfall und Versicherungsschutz bestand nunmehr für „die Folgen aller während der Versicherungsdauer gemeldeten Schäden“.

Nach § 5 Nr. 3a) der vereinbarten AVB ist der Versicherungsnehmer u.a. verpflichtet, „unter Beachtung der Weisungen des Versicherers ... alles zu tun, was zur Klarstellung des Schadenfalles dient, sofern ihm dabei nichts Unbilliges zugemutet wird“ und hat „alle Tatumstände, welche auf den Schadenfall Bezug haben, mitzuteilen ...“.

Im vorliegenden Rechtsstreit geht es um einen behaupteten Versicherungsfall, der sich daraus ergeben sollte, dass eine Sachbearbeiterin der Klägerin im Jahre 1996 die Abmeldung des Arbeitgebers für eine Versicherte nicht ordnungsgemäß bearbeitete, weshalb die Klägerin im Jahre 1997 noch Sachleistungen von insgesamt 60.903 DM zu deren Gunsten erbrachte.

Den ihr dadurch entstandenen Schaden meldete die Klägerin über die von ihr beauftragte Maklerin im Jahre 2001 bei der Beklagten an. Diese erbat mit Schreiben vom 13.8.2001 von der Klägerin weitere Angaben sowie eine Stellungnahme der 1996 tätig gewordenen Sachbearbeiterin. Die Klägerin antwortete unter dem 11.2.2002, fügte jedoch die erbetene Stellungnahme der Sachbearbeiterin nicht bei und erklärte dazu, sie „wird nach mehr als 5 Jahren zu einer einzelnen Meldung keine Angaben machen können.“

Die Beklagte teilte daraufhin mit Schreiben vom 15.3.2002 mit, auf dieser Stellungnahme zu bestehen, und erbat ferner weitere näher bezeichnete Angaben zu Eingang und Inhalt der Abmeldung des Arbeitgebers, zur Kenntnis vom Schaden und dem Unterlassen früherer Prüfung, ob zu Unrecht übernommene Kosten vorliegen. Hierauf reagierte die Klägerin bis 2010 nicht.

Mit ihrer Klage macht sie einen Betrag von 50 % der um den Selbstbehalt von 5.000 DM (= 2.556,46 EUR) verminderten Schadenssumme von 60.903 DM (= 31.139,21 EUR), mithin 14.291,38 EUR gegen die Beklagte geltend.

Die Beklagte hat das Vorliegen eines Versicherungsfalls bestritten; zumindest sei dieser nicht innerhalb der vertraglich vereinbarten Nachhaftungsfrist gemeldet worden, da der Abschluss neuer Rahmenabkommen als Novation anzusehen sei. Ferner hat sie sich auf Verjährung und Verwirkung sowie auf Leistungsfreiheit wegen Verletzung der Aufklärungsobliegenheit berufen.

Das LG hat die Klage abgewiesen, das Berufungsgericht hat ihr stattgegeben. Dagegen wendet sich die Beklagte mit ihrer Revision. ■

Aus den Gründen:

Die Revision ist begründet.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt:

Ein Versicherungsfall liege vor. Es stehe zur Überzeugung des Gerichts fest, dass die Sachbearbeiterin fahrlässig die Abmeldung des Mitglieds durch den Arbeitgeber nicht ordnungsgemäß bearbeitet, sondern versehentlich der Ablage zugeführt habe, wodurch die Klägerin ungerechtfertigte Leistungen für die Versicherte in der geltend gemachten Höhe erbracht habe.

Der Anspruch der Klägerin scheitere nicht an der Frist in Ziff. 5 des Rahmenabkommens 1996. Zwar sei der 1996 eingetretene Verstoß erst 2001 gemeldet worden; jedoch fehle es an einer zwischenzeitlichen Beendigung des Versicherungsvertrages. Entgegen der Auffassung der Beklagten sei nicht mit jeder Vereinbarung eines neuen Rahmenabkommens der alte Versicherungsvertrag beendet und ein neuer Vertrag geschlossen worden, sondern es habe sich jeweils nur um Vertragsänderungen gehandelt.

Des Weiteren habe die Klägerin keine Obliegenheit verletzt. Ihren Verpflichtungen nach § 5 Ziff. 3a) AVB sei sie ausreichend nachgekommen. Sie sei nicht verpflichtet gewesen, eine Stellungnahme ihrer Sachbearbeiterin einzuholen, weil der Ablauf der Vorgänge durch ihren Mitarbeiter H. bereits vollständig ermittelt und mitgeteilt worden sei. Der Beklagten sei es nur um einen zusätzlichen Beleg für bereits erteilte Auskünfte der Klägerin gegangen, worauf sie keinen Anspruch habe. Ebenso sei nicht zu beanstanden, dass einzelne weitere Fragen unbeantwortet geblieben seien, da nicht ersichtlich sei, dass dies Auswirkungen auf die Feststellung des Schadenfalles hätte haben können.

Der Anspruch sei auch weder verjährt noch verwirkt. Die zweijährige Verjährungsfrist des hier maßgeblichen § 12 Abs. 1 VVG a.F. habe mit Ablauf des Jahres 2002 begonnen, weil die den Versicherungsfall betreffenden nötigen Feststellungen der Beklagten unabhängig von ihren weiteren Fragen in jenem Jahr vorgelegen hätten. Indes sei mit dem Beginn der Verjährung aufgrund der vorherigen Anmeldung des Anspruchs sogleich die Hemmung der Verjährungsfrist eingetreten, die gemäß § 12 Abs. 2 VVG a.F. erst mit Eingang der schriftlichen Entscheidung des Versicherers geendet hätte.

Eine solche Entscheidung liege frühestens in einer E-Mail vom 10.10.2011, so dass die Verjährung durch Zustellung des Mahnbescheids im Januar 2012 erneut rechtzeitig gehemmt worden sei. Das Ende der Hemmung sei nicht nach Treu und Glauben vorzuverlegen, weil die Klägerin über lange Zeit untätig geblieben sei. Die Nichtbeantwortung der letzten Anfrage habe eher auf ein Versehen als auf einen Anspruchsverzicht hingedeutet; die Beklagte habe es in der Hand gehabt, an die Beantwortung der Fragen zu erinnern oder mit einem Bescheid die Verjährungsfrist in Lauf zu setzen. Entsprechendes gelte für den Einwand der Verwirkung.

II. Das hält rechtlicher Nachprüfung in einem entscheidenden Punkt nicht stand.

1. Von einem Versicherungsfall ist allerdings auszugehen.

a) Die tatsächlichen Feststellungen zur fahrlässig fehlerhaften Sachbearbeitung und dem dadurch entstandenen Schaden werden von der Revision nicht angegriffen.

b) Die Annahme des Berufungsgerichts, dass im Abschluss neuer Rahmenabkommen bloße Vertragsänderungen zu sehen sind, weshalb der Ausschluss nach Ziff. 5 der Rahmenabkommen nicht eingreife, lässt ebenfalls keine Rechtsfehler erkennen.

Maßgeblich dafür, ob eine bloße Vertragsänderung oder eine Novation des Schuldverhältnisses vorliegt, ist der aus den gesamten Fallumständen zu ermittelnde Wille der Vertragsparteien, der seinen Niederschlag in den Vertragsverhandlungen und Vertragserklärungen gefunden haben muss. Dabei kann die Veränderung wesentlicher Vertragsinhalte, etwa des versicherten Risikos, des versicherten Objekts, der Vertragsdauer, der Vertragsparteien und der Gesamtversicherungssumme zwar für einen neuen Vertrag sprechen (*Senatsbeschl. v. 21.3.2012 – IV ZR 204/10, IV ZR 115/11, juris Rdnr. 10; v. 21.9.2011 – IV ZR 38/09 „HEROS II“, VersR 2011, 1563 Rdnr. 21; jeweils m.w.N.*).

Andererseits sind der Umstand, dass die geänderten Rahmenabkommen nur über die Ausstellung von Nachträgen zum Versicherungsschein (in denen noch im Nachtrag Nr. 21 vom 8.3.2004 als Vertragsbeginn weiter der 1.1.1995 genannt ist) einbezogen wurden, sowie der Umstand, dass das versicherte Risiko gleich geblieben ist, Indizien für einen auf Fortführung des bestehenden Vertrages gerichteten Parteiwillen. Die Feststellung des Parteiwillens unter Berücksichtigung dieser Indizien ist grundsätzlich Aufgabe des Tatrichters. Insoweit sind revisionsrechtlich beachtliche Fehler im Streitfall nicht ersichtlich.

2. Das Berufungsgericht hat weiter zu Recht eine Verjährung des geltend gemachten Anspruchs verneint.

Zutreffend hat es zugrunde gelegt, dass gleichzeitig mit dem Beginn der **Verjährung** eine **Hemmung gemäß § 12 Abs. 2 VVG a.F.**, der auf den Schadenfall gemäß Art. 1 Abs. 2 EGVVG Anwendung findet, eingetreten ist, die bis zur Leistungsablehnung der Beklagten im Oktober 2011 andauerte. Entgegen der Auffassung der Revision kommt eine vorzeitige Beendigung dieser Hemmung im Hinblick auf die jahrelange Untätigkeit der Klägerin nicht in Betracht.

Zwar hat der BGH zu der § 12 Abs. 2 VVG a.F. entsprechenden Regelung des § 3 Nr. 3 Satz 3 PflVG a.F. entschieden, **dass die Bestimmung, nach der die Verjährungshemmung nur durch schriftlichen Bescheid des Versicherers enden solle, dann keine Berechtigung mehr habe, wenn die Erteilung eines schriftlichen Bescheids keinen Sinn mehr hätte und nur reine Förmerei wäre, weil der Geschädigte die angemeldeten Ansprüche offensichtlich nicht weiterverfolge und auf einen**

endgültigen Bescheid des Versicherers gar nicht mehr warte (BGH, Urt. v. 14.12.1976 – VI ZR 1/76, VersR 1977, 335 unter II 3 a); er hat aber auch klargestellt, dass allein die **bloße Untätigkeit des Geschädigten über einen längeren Zeitraum nicht genüge**, um diese Voraussetzung zu bejahen (BGH a.a.O.).

In ähnlicher Weise hat der Senat zu den Auswirkungen einer bloßen Untätigkeit des Gläubigers für die Frage des Verjährungsbeginns ausgeführt, dass es für einen vorzeitigen Verjährungsbeginn aufgrund treuwidrigen Verhaltens des Versicherungsnehmers nicht ausreiche, wenn dieser einen Anspruch nur verspätet geltend mache (*Senatsurt. v. 13.3.2002 – IV ZR 40/01, VersR 2002, 698 unter 2 b*); auch danach müssten also weitere Umstände zu einer bloßen Untätigkeit hinzukommen.

Andere Umstände als die Untätigkeit der Klägerin sind aber auch im Streitfall nicht ersichtlich.

3. Unzutreffend hat das Berufungsgericht jedoch eine **Verletzung der Aufklärungsobliegenheit nach § 5 Nr. 3 a) AVB** durch die Klägerin verneint.

Die Klägerin hat diese Obliegenheit verletzt, indem sie dem Verlangen der Beklagten, eine Stellungnahme der tätig gewordenen Sachbearbeiterin vorzulegen, selbst nach wiederholter Aufforderung im Schreiben vom 15.3.2002 nicht nachgekommen ist.

a) Durch § 5 Nr. 3a) AVB wird die Auskunftspflicht des Versicherungsnehmers nach § 34 VVG a.F. lediglich weiter präzisiert. **Zur Reichweite der Auskunftspflicht der Klägerin gilt deshalb, dass es grundsätzlich Sache des Versicherers ist, welche Angaben er zur Ermittlung des Sachverhalts für erforderlich hält, um seine Entscheidung über die Leistungspflicht auf ausreichender und gesicherter Tatsachengrundlage treffen zu können.** Dazu gehören auch Umstände, die lediglich Anhaltspunkte für oder gegen das Vorliegen eines Versicherungsfalles liefern können.

Dagegen kommt es nicht darauf an, ob sich die vom Versicherungsnehmer geforderten Angaben am Ende nach dem Ergebnis der Prüfung als für die Frage der Leistungspflicht tatsächlich wesentlich erweisen (*Senatsurt. v. 16.11.2005 – IV ZR 307/04, VersR 2006, 258 unter II 1 b; vgl. zum inhaltlich unveränderten neuen Recht auch Pröls/Martin, VVG 28. Aufl., § 31 Rdnr. 7*). Somit ist die Frage der Erforderlichkeit der erbetenen Auskünfte ex ante zu beurteilen, **wobei dem Versicherer ein erheblicher Beurteilungsspielraum zuzubilligen ist.**

Maßgeblich für die Zulässigkeit von Auskunftersuchen des Versicherers und die Reichweite der sich daraus ergebenden Auskunftspflicht des Versicherungsnehmers ist der Zweck der Aufklärungsobliegenheit, die dem Versicherer die sachgerechte Prüfung seiner Leistungspflicht ermöglichen soll, was auch der durchschnittliche Versicherungsnehmer in Anbetracht der Regelung über die Weisungsbefugnis des Versicherers und die weite Fassung der Klausel mit Einbeziehung aller Tatumstände, die auch nur „Bezug“ auf den Schaden-

fall haben, erkennen kann. **Danach erstreckt sich die Auskunftspflicht auf jeden Umstand, der zur Aufklärung des Tatbestandes dienlich sein kann** (vgl. auch *Senatsurt. v. 1.12.1999 – IV ZR 71/99, VersR 2000, 222*), **soweit dem Versicherungsnehmer nichts „Unbilliges zugemutet“ wird.**

b) Hieraus folgt im Streitfall, dass die Klägerin gehalten war, **zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts auch mitzuteilen, was ihre frühere Sachbearbeiterin noch selbst zu den Gründen ihrer fehlerhaften Bearbeitung angeben kann** und hierzu die erbetene Stellungnahme ihrer früheren Sachbearbeiterin einzuholen oder sich wenigstens hierum zu bemühen.

Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts war dies auch nicht deshalb entbehrlich, weil der äußere Ablauf der Vorgänge bereits von einem anderen Mitarbeiter der Klägerin ermittelt und mitgeteilt worden war. Für die Feststellung des Versicherungsfalles kam es nicht nur auf diesen äußeren Ablauf, sondern auch auf die Frage des Verschuldens der Sachbearbeiterin an, da nur fahrlässige Pflichtverletzungen versichert sind, ein Versicherungsfall also sowohl bei vorsätzlichem als auch bei schuldlosem Handeln ausschied. Deshalb musste sich die Beklagte – anders als das Berufungsgericht meint – nicht mit dem Ermittlungsergebnis des Mitarbeiters der Klägerin zufrieden geben. Vielmehr war es in jedem Falle zweckdienlich, auch eine Äußerung der Handelnden selbst herbeizuführen.

Dies gilt sowohl im Hinblick auf einen etwaigen Vorsatz, für dessen Feststellung anderenfalls nur auf Indizien, Erfahrungssätze und Schlussfolgerungen zurückgegriffen werden könnte, als auch im Hinblick darauf, ob der Sachbearbeiterin die korrekte Arbeitsweise bekannt war und warum sie nicht angewandt wurde, was für einen Fahrlässigkeitsvorwurf von Bedeutung ist. Mag auch die Wahrscheinlichkeit groß sein, dass diese nach so vielen Jahren keine konkrete Erinnerung an den einzelnen Vorgang mehr hatte, so kann dies doch nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Selbst wenn die Auffassung der Klägerin, dass schon nach der Lebenserfahrung bei der vorliegenden Konstellation in jedem Falle von einem fahrlässigen Pflichtverstoß auszugehen wäre, für den Regelfall zutreffen sollte, hätten durch eine Befragung der Sachbearbeiterin möglicherweise eventuelle besondere Umstände zutage gefördert werden können, die die nach der Lebenserfahrung naheliegende Fahrlässigkeit in die eine oder andere Richtung ausschließen konnten und deshalb gegebenenfalls eine vom Regelfall abweichende Beurteilung erforderten.

Zur Prüfung der Frage, ob hier eventuell ein solcher Ausnahmefall vorliegt, war die erbetene Stellungnahme nicht von vornherein ungeeignet. Anderes ergibt sich auch nicht aus dem von der Klägerin im Berufungsverfahren zitierten Urteil des *OLG Hamm (VersR 1978, 711)*, weil sich in dem dort entschiedenen Sachverhalt die Person des tätig gewesenen Sachbearbeiters gerade nicht mehr feststellen ließ.

Der Annahme einer Obliegenheitsverletzung steht nicht entgegen, dass die Klägerin das, was sie an Tatsachen schon ermittelt hatte und deshalb positiv wusste, dem führenden Versicherer mit der Schadenanzeige und dem Bericht ihres

Mitarbeiters H. bereits mitgeteilt hatte. **Der auskunftspflichtige Versicherungsnehmer muss sich über die Tatsachen, zu denen der Versicherer berechtigt Auskunft verlangt, gegebenenfalls erkundigen** (*Senatsurt. v. 21.4.1993 – IV ZR 34/92, VersR 1993, 828 unter 2 c; vgl. auch Prölss in Prölss/Martin, VVG 28. Aufl., § 31 Rdnr. 3; Voit/Knappmann in Prölss/Martin, VVG 27. Aufl., § 5 AHB Rdnr. 6*). Deshalb war die Klägerin verpflichtet, sich auch weiteres Tatsachenwissen zu verschaffen, **indem sie ihre frühere Mitarbeiterin befragte, ob diese eine konkrete Erinnerung an den Vorgang habe oder sonst Angaben zur Art ihrer damaligen Sachbearbeitung und deren Gründen machen könne.**

Schließlich ist es für die Annahme einer Obliegenheitsverletzung unerheblich, dass sich die Sachbearbeiterin im Zeitpunkt der Aufforderung des Versicherers im Erziehungsurlaub befand. Dieser Umstand entthob die Klägerin nicht ihrer Obliegenheit, sich um eine Stellungnahme ihrer Mitarbeiterin wenigstens zu bemühen.

c) **Die Obliegenheitsverletzung der Klägerin ist auch nicht folgenlos geblieben**, so dass es auf die weiteren Voraussetzungen der so genannten Relevanzrechtsprechung des Senats (vgl. dazu *Senatsurt. v. 28.2.2007 – IV ZR 231/05, VersR 2007, 785 unter II 2 b; v. 26.1.2005 – IV ZR 239/03, VersR 2005, 493 unter II 2 c; v. 21.1.1998 – IV ZR 10/97, VersR 1998, 447 unter 2 b*) nicht ankommt. Denn es steht nicht fest, ob und ggf. welche weiteren Erkenntnisse eine Befragung der Mitarbeiterin der Klägerin erbracht hätte, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich die Unterlassung auf die Möglichkeiten zur Feststellung des Versicherungsfalles ausgewirkt hat.

d) Die danach anzunehmende Obliegenheitsverletzung führt gemäß § 6 Abs. 3 VVG a.F. in Verbindung mit § 5 Nr. 3a), § 6 Nr. 1 AVB zur Leistungsfreiheit der Beklagten, weshalb die Berufung der Klägerin gegen das klageabweisende Urteil des LG zurückzuweisen ist. ■

Versicherungsschutz

- Berufshaftpflichtversicherung
 - Serienschadenklausel
 - Rechtsanwalt
 - Dauerverstoß
- (OGH, *Urt. v. 9.7.2014 – 7 Ob 70/14*)

Leitsätze:

1. Die zwischen Versicherer und VN zulässig vereinbarten Ausschlüsse gelten gegenüber dem Dritten, der sich insoweit nicht auf § 158c VersVG stützen kann.
2. Die Regelung, dass die Versicherungssumme nur einmal bezahlt wird, ist jedenfalls dann nicht gröblich benachteiligend, wenn sie sich auf einen Geschäftsfall mit einem Dauerverstoß gegenüber einem geschädigten Dritten mit einem Schaden bezieht.

3. Verletzt der Treuhänder den zwischen ihm und dem Werkunternehmer geschlossenen Treuhandvertrag dadurch, dass er die auf dem Treuhandkonto eingehenden Zahlungen nicht einbehält, sondern dem Werkbesteller überweist, sodass der Werklohn offenbleibt, liegt ein Dauerverstoß und damit nur ein einziger Versicherungsfall vor. Dieser tritt mit der ersten treuwidrigen Überweisung an den Werkbesteller ein. ■

Zum Sachverhalt:

Mit Werkvertrag vom 29.9.1994 verpflichtete sich die Rechtsgängerin der A. GmbH (in der Folge: Klägerin) gegenüber der U. GmbH zur Errichtung eines Rohbaus einer Reihenhaussiedlung gegen Bezahlung von 10.344.344,16 ATS. Zur Besicherung des Werklohns gab die B. AG (O. AG) mit 27.7.1994 eine Finanzierungszusage befristet mit 31.12.1997 ab, auf deren Basis die Klägerin (Werkauftragnehmerin), die U. GmbH (Werkauftraggeberin) und der haftpflichtversicherte Rechtsanwalt am 29.9.1994 folgende Treuhandvereinbarung trafen:

„Der Auftraggeber und der Auftragnehmer vereinbaren einseitig unwiderruflich zur Sicherstellung der Zahlungen aus dem Generalunternehmerauftrag, R., Rechtsanwalt in ..., als Treuhänder zu bestellen. Einvernehmlich festgehalten wird, dass alle Zahlungen der Käufer auf das Treuhandkonto überwiesen werden und nur schuldbeitfreiende Wirkung haben, wenn sie auf diesem Konto einlangen.

Der Treuhänder verpflichtet sich dann, wenn das Treuhandkonto für eine vier Wochen voravisierte Zahlung (Vorskopie einer Teilrechnung) nicht hinreichend aus Teilzahlungen der Käufer gedeckt ist, diesen Betrag im Rahmen der Finanzierung durch die B. AG abzurufen, sodass zum Fälligkeitszeitpunkt stets volle Deckung für Teilzahlungen und Schlussrechnungszahlungen ... besteht.

Der Treuhänder übernimmt durch Unterfertigung dieser Vereinbarung die Treuhandhaftung für die Einhaltung und Abwicklung der laufenden Zahlungen. ...

Nach erfolgter Freigabe hat der Treuhänder die Zahlung zu den vertraglich festgelegten Terminen vorzunehmen.“

Der Rechtsanwalt war auch Treuhänder verschiedener Käufer der Reihenhäuser. Er verpflichtete sich in den Treuhandaufträgen, je nach Baufortschritt Teilbeträge von den Käufern entgegenzunehmen, auf einem Anderkonto zu verwahren und die grundbuchliche Durchführung der Kaufverträge vorzunehmen.

Nach Unstimmigkeiten über die Zahlung des Werklohns wegen behaupteter Baumängel stellte die Klägerin am 15.12.1994 die Arbeiten zunächst ein und setzte sie nach Abschluss einer Vereinbarung mit der Werkbestellerin am 8.3.1995 nach Bezahlung eines Teils des Werklohns am 20.3.1995 wieder fort.

Nach weiteren Differenzen trat die Klägerin am 24.7.1995 vom Werkvertrag zurück. Am 26.7.1995 legte sie Schlussrechnung für das Bauvorhaben über 7.412.761,50 ATS (538.706,38 EUR). Spätestens am 31.8.1995 setzte die Klägerin den Rechtsanwalt über die Höhe der nach Legung der Schlussrechnung noch aushaftenden Beträge in Kenntnis.

Zu einem Widerruf der Treuhandvereinbarung zwischen der Werkbestellerin, der Klägerin und dem Rechtsanwalt kam es aber nicht. Der Rechtsanwalt unterließ es, in Kenntnis der aushaftenden Schlussrechnung, für die notwendige Deckung des Treuhandkontos im Sinn der Treuhandvereinbarung zu sorgen. Er überwies von den auf dem Treuhandkonto zu nicht feststellbaren Zeitpunkten eingegangenen Zahlungen der Käufer einen Gesamtbetrag von 10.018.659 ATS auf das Kreditkonto der Werkbestellerin bei der O. AG. Es handelt sich dabei um folgende Zahlungen: am 17.11.1994 (...)

Da die Schlussrechnung nicht bezahlt wurde, klagte die Klägerin den ausstehenden Werklohn ein. Mit Urteil vom 9.12.1999 wurde ihr ein Betrag von 7.442.245,50 ATS rechtskräftig zugesprochen. Des Weiteren wurde die Werkbestellerin schuldig erkannt, dem Rechtsanwalt aufzutragen, den Betrag im Rahmen der Finanzierung durch die O. AG abzurufen und an die Klägerin auszubezahlen, sowie dem Architekten aufzutragen, den abgerufenen Betrag durch seine Unterschrift freizugeben.

Die O. AG gab zu einem nicht festgestellten Zeitpunkt bekannt, dass innerhalb des vereinbarten Zeitraums keine Freigabe erfolgt sei und „wegen Ablaufens der Finanzierung“ im Jahr 1997 nun ein Abruf im Sinne des Urteils erfolglos bleiben müsse. Die Klägerin erhielt vom Treuhandkonto keine Zahlungen.

Die Klägerin brachte am 25.7.2001 eine Schadenersatzklage gegen den Rechtsanwalt über 7.958.854,42 ATS ein. Der Rechtsanwalt wurde rechtskräftig zur Zahlung von 530.965,68 EUR verpflichtet. Er hätte nicht von der Aufhebung der Treuhandvereinbarung ausgehen dürfen. Er wäre verpflichtet gewesen, die bei ihm eingehenden Kaufpreiszahlungen als Treuhanderträge einzubehalten. Hätte er dies getan, hätte das Treuhandkonto mehr als ausreichend Deckung gehabt, um daraus die Forderung der Klägerin zu befriedigen. Die Kausalität des pflichtwidrigen Verhaltens begründete die Haftung des Rechtsanwalts. Auf die Frage, ob ein Abruf der Finanzierungszusage bei der O. AG Erfolg gehabt hätte, komme es nicht an.

Mit Beschluss des Exekutionsgerichts vom 18.8.2010 wurde die Forderung des Rechtsanwalts aus dem Berufshaftpflichtversicherungsvertrag zugunsten der Klägerin gepfändet und ihr überwiesen.

Die Klägerin begehrte aus dem Berufshaftpflichtversicherungsvertrag zunächst die Zahlung von 76.000 EUR und dehnte ihr Begehren in der Folge auf den Klagebetrag aus.

Das Erstgericht hat die Beklagte zur Zahlung von 182.000 EUR s.A. verpflichtet. Das Berufungsgericht hat den Berufungen beider Parteien nicht Folge gegeben. ■

Aus den Gründen:

Der Einwand der Klägerin, es dürfe das Ergebnis des Haftpflichtprozesses, dass das treuwidrige Verhalten des Nebenintervenienten insgesamt auf der irrigen Rechtsansicht beruht habe, nicht mehr an die Treuhandvereinbarung gebunden zu sein, nicht verwertet werden, ist nicht berechtigt. Das Erstgericht schaffte den Akt 1 Cg 292/01 h des LG Linz bei und schloss die Verhandlung gem. § 193 Abs. 3 ZPO, nachdem die Parteien der „Verwertung der Akten“ ausdrücklich zustimmten. Abgesehen davon hat das im Haftpflichtprozess gegen den Haftpflichtversicherten ergangene Urteil mit Rücksicht auf die Rechtsnatur und den Zweck des Haftpflichtversicherungsvertrags die Bindungswirkung, dass die Ersatzpflicht des Versicherers nach Bestand und Betrag im Deckungsprozess gegen den Versicherer nicht nachgeprüft werden darf, sofern er sich am Haftpflichtprozess beteiligt hatte oder vergeblich zur Intervention aufgefordert worden war (*RIS-Justiz RS0041315, insbes. Rdnr. 4*).

Die Klägerin, die ja das Haftpflichtverfahren eingeleitet hat, ist an das Ergebnis im Deckungsprozess gebunden. Nichts anderes ergibt sich aber auch aufgrund der im vorliegenden Verfahren getroffenen Feststellungen. Der Rechtsanwalt hat sich über Jahre so verhalten, als wäre für ihn die Treuhandvereinbarung unerheblich. Dafür lässt sich kein anderer Grund finden als der einheitlich gefasste Willensentschluss, sich (aus welchen Gründen immer) nicht mehr an die Treuhandvereinbarung zu halten.

Zu beurteilen ist ein **Pflichthaftpflichtversicherungsvertrag**, bei dem die Tätigkeit als Rechtsanwalt versichert war. Der gebotene Inhalt des Pflichthaftpflichtversicherungsvertrags muss vom Gesetzgeber vorgegeben werden (*Fenyves, Versicherungsvertragsrechtliche Grundfragen der Pflichthaftpflichtversicherung, VersRdsch 2005, 70*).

Nach § 21a RAO muss jeder Anwalt zur Deckung der aus seiner Berufstätigkeit gegen ihn entstehenden Schadenersatzansprüche eine Haftpflichtversicherung abschließen. Es werden bestimmte Mindestversicherungssummen für jeden Versicherungsfall festgelegt (vgl. zur insoweit gleichlautenden Bestimmung des § 20 NO *Schauer, Einige Rechtsfragen der obligatorischen Haftpflichtversicherung für Notare, NZ 1999, 309*).

Für die Haftpflichtversicherung gilt allgemein, dass der Versicherer verpflichtet ist, dem VN die Leistung zu ersetzen, die dieser aufgrund seiner Verantwortlichkeit für eine während der Versicherungszeit eintretende Tatsache an einen Dritten zu bewirken hat (§ 149 VersVG). Für die Pflichthaftpflichtversicherung gelten die Vorschriften der §§ 158c bis 158i VersVG (§ 158b VersVG). Der Versicherer haftet nur im Rahmen der amtlich festgesetzten Mindestversicherungssummen und der von ihm übernommenen Gefahr (§ 158c Abs. 3 VersVG).

Durch das Gesetz ist der Begriff „Versicherungsfall“ nicht definiert (*Schauer, Das österreichische Versicherungsvertragsrecht 3. Aufl., Rdnr. 401; zum wortgleichen § 149 VVG a.F.: Voit/Knappmann in: Prölss/Martin, 27. Aufl., § 149 VVG Rdnr. 12; Langheid in: Römer/Langheid, VVG 2. Aufl., § 149 Rdnr. 35*). Zur Prüfung der Frage, ob und wann ein Versicherungsfall eingetreten ist, ist daher auf die AVB zurückzugreifen.

In den vorliegenden AVBV für die Berufspflichthaftpflichtversicherung ist der Versicherungsfall als der Verstoß (Handlung oder Unterlassung), welcher aus dem versicherten Risiko entspringt und aus welchem dem VN Schadenersatzverpflichtungen erwachsen oder erwachsen könnten, definiert. In Art. 3 Abs. 1c AVBV wird bestimmt, dass die Versicherungssumme nur einmal geleistet wird, einerseits für sämtliche Folgen eines Verstoßes und andererseits bei mehreren Verstößen aufgrund mehrfachen auf gleichen oder gleichartigen Fehlerquellen beruhenden Tuns oder Unterlassens (sogenannte Serienschadenklausel), weil dies bei rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang als einheitlicher Verstoß gilt.

Der **Zweck der Serienschadenklausel** ist es, mittels einer Fiktion mehrere Versicherungsfälle unter bestimmten Voraussetzungen als einen Versicherungsfall zu behandeln, um so die vereinbarte Versicherungssumme nur einmal zur Verfügung zu stellen (*Baumann in: Bruck/Möller, WG 9. Aufl., Bd. 4 AVB-AVG 2011/2013 Z 4 Rdnr. 74 f.; Gräfe in: Gräfe/Brügge, Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung, 2. Aufl., D Rdnr. 407*).

Für den vorliegenden Rechtsfall ist entscheidend, dass der zwischen der Klägerin und dem Rechtsanwalt bestehende **Treuhandvertrag durch den Rechtsanwalt dadurch verletzt wurde, dass er die auf dem Treuhandkonto eingehenden Zahlungen nicht einbehielt, sondern diese auf das Kreditkonto der Werkbestellerin überwies**. Die Eingänge hätten die Forderung der Klägerin gedeckt. **Wegen seines treuwidrigen Verhaltens (Auszahlungen) konnte die von der Klägerin gelegte Schlussrechnung nicht bezahlt werden**.

Es wurde damit ein Treuhandvertrag (jener zwischen der Klägerin, der U. GmbH und dem Kläger vom 29.9.1994) **aufgrund eines Willensentchlusses des Rechtsanwalts (sich nicht mehr an den Treuhandauftrag zu halten) gegenüber einer Person (Kläger) verletzt** und es entstand ein **Schaden (nicht gedeckte Werklohnforderung der Klägerin laut Schlussrechnung)**.

Es liegt hier gerade nicht der Fall vor, dass der Rechtsanwalt aufgrund geänderter Sachlage oder neuer Aufträge dazu gehalten gewesen wäre, die einmal gefasste Rechtsmeinung neuerlich vor jeder Auszahlung zu überprüfen. Der Klägerin gegenüber kommt es nur auf die Verletzung dieses einen Vertrags an. **Die Treuhandverträge mit den Käufern spielen ihr gegenüber und für den eingetretenen Schaden keine Rolle. Es handelt sich bei dem fortgesetzten, gleichartigen und auf einem einheitlichen Willensentschluss basierenden Verhalten um einen einheitlichen Verstoß, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckte, also um einen Dauerverstoß, der mit der ersten treuwidrigen Auszahlung begann**.

Das Unterlassen des Abrufens der Finanzierungszusage ist kein weiterer Verstoß. Einerseits geht dieses Verhalten auf denselben Willensentschluss, ohne dass die Rechtslage neuerlich zu prüfen gewesen wäre, zurück. Andererseits lag kein Fall vor, für den die Finanzierungszusage abgegeben wurde. Diese hatte nur den Zweck, eine allfällige Deckungslücke wegen zu geringer Zahlungseingänge auf das Treuhandkonto zu sichern. Die erlegten Kaufpreise hätten aber gereicht, um die Schlussrechnung der Klägerin zu befriedigen. Auf die Unterlassung kommt es im Hinblick auf das festgestellte Tun nicht weiter an.

Das Berufungsgericht deutet die im Haftpflichtprozess ergangene Entscheidung 4 Ob 28/09 k (der Rechtsanwalt habe es als Treuhänder unterlassen, sich mandatsgemäß zu verhalten) im Deckungsprozess zu Unrecht dahin, dass ohne weitere Prüfung auch davon auszugehen sei, der Rechtsanwalt habe den Schaden durch Unterlassung verursacht. Im Deckungsprozess ist das Verhalten des VN im Sinne der AVBV zu beurteilen, nämlich durch welche konkreten Maßnahmen der Schaden entstanden ist. **Hier war das schädigende Verhalten die Auszahlungen, also ein Tun und kein Unterlassen.**

Ein Dauerverstoß ist ein Verstoß. Nach Art. 3 Abs. 1c AVBV muss der Versicherer für sämtliche Folgen eines Verstoßes die Versicherungssumme nur einmal leisten.

Selbst wenn man entgegen der vorstehenden Ausführungen die einzelnen Zahlungen im Sinne der Serienschadenklausel des Art. 3 Abs. 1c AVBV als mehrere Verstöße auffassen wollte, würden sie und die Unterlassung dennoch **auf derselben Fehlerquelle beruhen und Angelegenheiten betreffen, die miteinander nicht nur im rechtlichen, sondern auch im wirtschaftlichen Zusammenhang stehen.**

Nach den AVBV liegt jedenfalls nur ein zu deckender Versicherungsfall vor.

Zu untersuchen ist daher die Frage, ob Art. 3 Abs. 1c AVBV der **Geltungs- und Inhaltskontrolle** standhält.

Objektiv ungewöhnlich nach § 864a ABGB ist eine Klausel, die von den Erwartungen des Vertragspartners deutlich abweicht, mit der er also nach den Umständen vernünftigerweise nicht zu rechnen braucht. Der Klausel muss ein „**Überumplungseffekt**“ innewohnen (RIS-Justiz RS0014646). Die Ungewöhnlichkeit ist objektiv zu verstehen. Die Subsumtion hat sich an der Verkehrsüblichkeit beim betreffenden Geschäftstyp zu orientieren. Ein Abstellen auf die subjektive Erkennbarkeit gerade für den anderen Teil ist daher ausgeschlossen (RIS-Justiz RS0014627).

Serienschadenklauseln sind grundsätzlich nicht ungewöhnlich (Völk/Völk, *Beraterhaftung* 2. Aufl. 2014, Rdnr. 6/54; Ertl in: *Entscheidungsanm.* zu 7 Ob 122/10g ecolex 2011, 36). Noch weniger ungewöhnlich ist es, dass eine Bestimmung in der hier interessierenden Konstellation eines Dauerverstoßes vorschreibt, dass die Versicherungssumme nur einmal ausbezahlt wird.

Eine in AGB oder Vertragsformblättern enthaltene Vertragsbestimmung, die nicht eine der beidseitigen Hauptleistungen festlegt, ist jedenfalls nichtig, wenn sie unter Berücksichtigung aller Umstände des Falls einen Teil gröblich benachteiligt (§ 879 Abs. 3 ABGB). § 879 Abs. 3 ABGB geht von einem sehr engen Begriff der „Hauptleistung“ aus. Für Versicherungsverträge gibt es einen Kernbereich der Leistungsbeschreibung, der kontrollfrei ist. Kontrollfrei in AVB ist jedenfalls die Festlegung der Versicherungsart und die Prämienhöhe.

Im Übrigen ist die Leistungsbeschreibung der AVB der Inhaltskontrolle zugänglich, ohne dass es darauf ankäme, ob es sich um die Stufe der primären Umschreibung der versicherten Gefahr oder um Risikoausschlüsse handelt. **Kontrollmaßstab für die Leistungsbeschreibung außerhalb des Kernbereichs sind die berechtigten Deckungserwartungen des VN** (RIS-Justiz RS0128209). Es unterliegt daher auch eine Serienschadenklausel der Inhaltskontrolle (vgl. auch Vonkilch, *Die Haftung der Zertifizierungsdiensteanbieter nach dem SigG und ihre Pflichtversicherung*, VersRdsch 2001, 122; a.A. Völk, *Der Umfang des Versicherungsschutzes nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Vermögensschaden* [AVBV], AnwBl 1995, 166).

Ein Abweichen vom dispositiven Recht wird unter Umständen schon dann eine gröbliche Benachteiligung des Vertragspartners i.S.d. § 879 Abs. 3 ABGB sein können, wenn sich für die Abweichung keine **sachliche Rechtfertigung** ergibt. Sie ist jedenfalls anzunehmen, wenn die dem Vertragspartner zugeordnete Rechtsposition im auffallenden Missverhältnis zur vergleichbaren Rechtsposition des anderen steht, wenn also keine sachlich berechnete Abweichung von der für den Durchschnittsfall getroffenen Norm des nachgiebigen Rechts vorliegt (RIS-Justiz RS0016914). Bei der Beurteilung, ob eine gröbliche Benachteiligung des Vertragspartners bewirkt wird, hat sich der Rechtsanwender daher am dispositiven Recht als dem Leitbild eines ausgewogenen und gerechten Interessenausgleichs zu orientieren (RIS-Justiz RS0014676).

Eine gröbliche Benachteiligung des VN in diesem Sinn ist nicht zu erkennen. Es geht um die Beurteilung eines Dauerverstoßes. Hier greift nicht etwa eine Fiktion ein, wonach mehrere selbstständige Verstöße, möglicherweise sogar gegenüber verschiedenen Personen, als ein Versicherungsfall zusammengefasst werden sollen. **Die Regelung, dass die Versicherungssumme nur einmal bezahlt wird, ist jedenfalls dann nicht gröblich benachteiligend, wenn sie sich auf einen Geschäftsfall mit einem Dauerverstoß gegenüber einem geschädigten Dritten mit einem Schaden bezieht.** Dagegen sprechen auch nicht die §§ 21a RAO und 149 VersVG.

Der VN kann im Versicherungsfall Deckung in der Höhe der (Mindest-)Versicherungssumme erwarten. Der Versicherungsfall selbst ist – wie dargelegt – im Gesetz nicht definiert.

Es versagt auch der Einwand der Klägerin, dass sich die Beklagte ihr gegenüber im Hinblick auf § 158c Abs. 3 VersVG nicht auf eine „Beschränkung“ berufen könne.

Der geschädigte Dritte kann im Hinblick auf die rechtsgeschäftliche Grundlage seines Anspruchs grundsätzlich nur jene Rechte unmittelbar gegen den Versicherer geltend machen, die der Versicherungsvertrag dem VN einräumt. Die Beantwortung der Frage, welcher Gestaltungsspielraum den Parteien des Versicherungsvertrags dabei offensteht, hat sich daran zu orientieren, **was der Gesetzgeber mit der Anordnung einer „das aus der Geschäftstätigkeit resultierende Risiko abdeckenden“ Pflichtversicherung erreichen wollte.**

Die (vor allem teleologische) Interpretation der betreffenden gesetzlichen Anordnung wird im Ergebnis auf den Abschluss einer Versicherung mit dem üblichen Deckungsumfang, also auch mit den üblichen Risikoausschlüssen und -begrenzungen hinauslaufen müssen (7 Ob 33/10 v, VersR 2011, 287 = RIS-Justiz RS0125940; Fenyves, VersRdsch 2005, 74).

Die zwischen Versicherer und VN zulässig vereinbarten Ausschlüsse gelten gegenüber dem Dritten, der sich insoweit nicht auf § 158c VersVG stützen kann (RIS-Justiz RS0129256). In den EB 1638 BlgNR 20. GP, 17 wird nur ausgeführt, dass bei den Haftpflichtversicherungen (zur RAO und NO) „selbstverständlich Versicherungsausschlüsse nur im üblichen Rahmen vereinbart werden“ dürften.

Die Vereinbarung, dass bei einem Dauerverstoß (Verletzung eines Vertrags gegenüber einem Geschädigten aufgrund von mehreren gleichartigen Handlungen aufgrund eines Willensentschlusses, wodurch ein Schaden entsteht) nur ein Versicherungsfall vorliegt und die (Mindest-)Versicherungssumme nur einmal ausbezahlt wird, hält sich im üblichen Rahmen.

Die Frage, ob dies auch für Serienschadenklauseln generell gelten kann, bei denen bloß fingiert wird, dass mehrere selbstständige Verstöße einen Versicherungsfall bilden (vgl. die *Bedenken bei Fenyves VersRdsch 2005, 76; Vonkilch VersRdsch 2001, 127*), ist hier nicht zu beurteilen.

Zu prüfen bleibt, wann dieser Versicherungsfall eingetreten ist, nämlich vor oder nach der Erhöhung der Versicherungssumme am 1.8.1997 von 36.000 auf 218.000 EUR.

Grundsätzlich ist für den Verstoß immer das **erste Verhalten, das in unmittelbarer Kausalkette den Schaden herbeiführt, relevant**. Nicht hingegen kommt es darauf an, ob es später unterlassen wurde, den Eintritt des Schadens zu verhindern (*Späte, Haftpflichtversicherung 1993, 115*).

Der Beginn des Dauerverstoßes liegt hier im ersten Zuwiderhandeln, also in der ersten treuwidrigen Auszahlung. Entscheidend ist daher die Höhe der Versicherungssumme, die zu diesem Zeitpunkt vereinbart war. Andernfalls hätte es der VN in der Hand, z.B. durch (späteres) Hinauszögern der einzelnen schädigenden Handlungen (Teilzahlungen) einen Zweckabschluss zu tätigen, also die Versicherungssumme zu erhöhen, nachdem bereits absehbar ist, dass ein Schaden eintreten werde. Der Versicherungsfall ist demnach hier vor der Erhöhung der Versicherungssumme durch die erste Auszahlung am 17.11.1994 eingetreten. ■

Versicherungsschutz

- Notarhaftung
 - Wissentliche Pflichtverletzung
 - Blanko unterschriebener Überweisungsträger
 - Kardinalpflicht
- (OLG Bremen, Urt. v. 20.11.2014 – 3 U 17/14)

Leitsätze:

1. Die Berufshaftpflichtversicherung eines Notars haftet bei einer Amtspflichtverletzung des Notars nicht, wenn dieser seine Amtspflicht positiv gekannt hat, davon abgewichen ist und der Pflichtenverstoß für einen Schädeneintritt ursächlich geworden ist.
2. Ein solcher Haftungsausschluss wegen eines Verstoßes des Notars gegen seine Pflicht zur Prüfung der Auszahlungsvoraussetzungen und des Auszahlungsbetrages bei der Abwicklung eines Kaufvertrages über ein Notaranderkonto liegt dann vor, wenn der Notar den Überweisungsträger blanko unterschreibt und es der Bank überlässt, den konkreten Auszahlungsbetrag festzusetzen. Das gilt auch dann, wenn es sich bei diesem Verfahren um eine aus arbeitsökonomischen Gründen (Vermeidung der Überweisung von Kleinstbeträgen in Folge der tagesgenauen Festsetzung der Zinsen) übliche und gängige Praxis derjenigen Notare gehandelt hat, die mit der entsprechenden Bank zusammengearbeitet haben. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger macht gegen die Beklagte Ansprüche aus einer Berufshaftpflichtversicherung geltend.

Der Kläger ist Rechtsanwalt und Notar und schloss bei der Beklagten unter Einbeziehung der AVB-RSW und der AVB-N der Beklagten eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung ab. Der Kläger wird von seinen früheren Mandanten, den damaligen Eheleuten I. und A. W. in Anspruch genommen und begehrt hierfür Versicherungsschutz von der Beklagten. Dem liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Am 19.8.2011 beurkundete der Kläger als Notar zur Urkundenrolle-Nr. 574/[...] einen Kaufvertrag über eine Eigentumswohnung. Verkäufer war ein Herr M., Käufer die Parteien O. und S. Den Kaufpreis i.H.v. 35.000 EUR zahlten die Käufer auf das ihnen zugewiesene Notaranderkonto Nr. [...]96 bei der S.-Bank. Die S.-Bank hatte als Darlehensgläubigerin des Verkäufers M. mit Treuhandaufgabe vom 29.8.2011 die Verfügung über eine erteilte Löschungsbewilligung unter die Bedingung der Einzahlung des Ablösebetrages für das dem Verkäufer M. gewährte Darlehen auf eines ihrer Konten gestellt. Als Finanzierungsgläubigerin der Käufer hatte die S.-Bank zugleich unter dem 18.10.2011 die Treuhandaufgabe erteilt, über den auf das Notaranderkonto eingezahlten Kaufpreis nur nach sichergestellter Bestellung einer Grundschild zu ihren Gunsten zu verfügen.

Der Kläger hatte bereits zuvor einen Kaufvertrag der ehemaligen Eheleute W. zur Urkundenrolle-Nr. 558/[...] beurkundet. Den Parteien dieses Kaufvertrages wurde zur Abwicklung des Geschäftes ebenfalls das Notaranderkonto Nr. [...]96 bei der S.-Bank genannt. Die Käufer des Objekts der früheren Eheleute W. zahlten einen Kaufpreis i.H.v. 139.000 EUR auf das vorgenannte Konto. Die Überweisung war mit einem Treuhandauftrag der K.-Bank vom 19.1.2012 verbunden.

Im Folgenden sollte der Kaufpreis an den Verkäufer des zuerst genannten Kaufvertrages, M., ausgezahlt werden. Der Kläger unterschrieb hierzu einen Überweisungsträger vom 30.1.2012, in dem er das Feld zur Eintragung des zu überweisenden Betrages frei ließ. Unter „Kunden – Referenznummer – Verwendungszweck“ gab er an: „Restkaufpreis a.d. Vertrag O. u. S, abzgl. Kosten und Verbindlichkeiten zzgl. Zinsen“. In einem weiteren Überweisungsträger vom selben Tage setzte er als an ihn selbst zu überweisende Kosten des betreffenden Vertrages einen Betrag von 152,86 EUR ein. Unter demselben Datum wurde ein Begleitschreiben an die S.-Bank versandt.

Das gesamte auf dem Notaranderkonto befindliche Guthaben i.H.v. 173.903,42 EUR wurde daraufhin an den Verkäufer M. ausgezahlt. Der Kläger nahm diesen zwar erfolgreich gerichtlich auf Rückzahlung des überzahlten Betrages in Anspruch (*vgl. Urt. des LG Bremen v. 7.12.2012 – 4 O 1085/12, 39 ff.*), allerdings blieben Zwangsvollstreckungsmaßnahmen bislang ohne Erfolg. Der Kläger wird von den früheren Eheleuten W. auf Schadenersatz i.H.v. 145.555 EUR in Anspruch genommen (Kaufpreis 139.000 EUR, Zinsen i.H.v. 4.079,20 EUR per 30.11.2012 und vorgerichtliche Rechtsanwaltsgebühren i.H.v. 2.475,80 EUR). Der Kläger zahlte aus eigenen Mitteln hierauf am 1.3.2013 50.000 EUR. Die Beklagte lehnte mit Schreiben vom 21.6.2012 die Regulierung ab.

Der Kläger hat behauptet, zu der Zuweisung desselben Notaranderkontos für beide Kaufverträge sei es gekommen, weil das für den Kaufvertrag 558/[...] vorgesehene Konto in der internen Notaranderkontenliste seiner Mitarbeiterin unmittelbar in der Zeile unterhalb des Kontos Nr. [...]96 gestanden habe. Seine zuständige Mitarbeiterin sei beim Ablesen in der Zeile verrutscht und habe so versehentlich dieses Konto auch den Käufern des Kaufvertrages W. zur Überweisung des Kaufpreises genannt.

Dass der Auszahlungsbetrag auf dem Überweisungsträger nicht von ihm eingetragen worden sei, beruhe auf einer Vereinbarung mit der S.-Bank, um zu vermeiden, dass bei Erteilung des Auszahlungsauftrages noch nicht bezifferbare, bei Auszahlung aber angefallene Zinsen aufwändig nach überwiesen werden müssten. Die Bestimmung und Eintragung des Auszahlungsbetrages solle unter Berücksichtigung des tagesaktuellen Kontostandes von der S.-Bank übernommen werden. Dieses Vorgehen sei ihm von der S.-Bank angetragen worden und nach deren Angabe bei 95 % aller bremischen Notare üblich und verbreitet.

Er habe keinen Anlass gesehen, diese Praxis nicht zu übernehmen, Bisher habe die Vorgehensweise auch noch nicht zu Problemen geführt. Er habe nicht gegen die Treuhandaufträge der S.-Bank verstoßen, weil nach der abgesprochenen Vorgehensweise, die Auszahlungsbeträge von der S.-Bank einsetzen zu lassen, sichergestellt sei, dass die S.-Bank eigene Ansprüche beim Einsetzen berücksichtige. Die Erfüllung der gestellten Treuhandaufgaben habe er vor Anweisung der Auszahlung gewissenhaft geprüft.

Der Kläger hat deshalb die Auffassung vertreten, dass die Verfügung der Auszahlung als solche nicht zu beanstanden sei. Selbst aber wenn er (selbst) den Überweisungsträger persönlich ausgefüllt hätte, wäre der auf dem Konto ersichtliche Bestand eingetragen worden, weil er nicht habe wissen können, dass sich auf dem Konto die Zahlungseingänge von zwei Geschäften befunden hätten. Ausgangspunkt des Versehens sei damit die doppelte Zuweisung der Kontonummer. Diese Tätigkeit habe er aber delegieren dürfen. Der Kläger hat die Auffassung vertreten, schon aus diesem Grund liege keine wissentliche Pflichtverletzung vor.

(Anträge ...)

Die Beklagte hat die Ansicht vertreten, sie habe nicht für den Schaden einzutreten, weil dem Kläger eine wissentliche Pflichtverletzung vorzuwerfen sei. Insbesondere habe die unterlassene Überprüfung des Überweisungsträgers gegen fundamentale Grundregeln der Berufstätigkeit verstoßen und erlaube den Schluss auf die Wissentlichkeit der Pflichtverletzung. Die peinliche Genauigkeit bei Treuhandgeschäften sei für den Notar eine grundlegende Pflicht. Der Kläger habe es der S.-Bank überlassen, den Überweisungsbetrag zu ermitteln. Hieraus folge ein Verstoß gegen seine höchstpersönliche Notarpflicht zur Prüfung des Auszahlungsbetrages und -empfängers. Letztlich habe er den Überweisungsträger blanko unterzeichnet. Dem Kläger sei zudem vorzuwerfen, sich über die ihm gestellten Treuhandaufgaben hinweggesetzt zu haben.

Mit Urteil vom 10.4.2014 hat das LG die Klage ohne Beweisaufnahme abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, dass die Beklagte leistungsfrei gemäß Teil A § 4 Nr. 3 AVB-N sei wegen einer wissentlichen Pflichtverletzung. Dem Kläger sei vorzuwerfen, dass er unter Verstoß gegen § 54b Abs. 3 S. 1 BeurkG über das Anderkonto verfügt habe, ohne die Eintragung des einzusetzenden Betrages selbst vorgenommen oder geprüft zu haben. Er habe vielmehr die Prüfung des Betrages und der Treuhandaufgabe an die hierzu nicht berechnigte S.-Bank übertragen. Dies sei auch „wissentlich“ geschehen, denn es handle sich um einen objektiven Verstoß gegen fundamentale berufliche Grundlagen, was auf wissentliches Handeln schließen lasse, auch wenn man ein übliches Vorgehen unterstelle. Dass er weder von der unglücklichen Verkettung von Umständen gewusst noch den Eheleuten W. habe schaden wollen, stehe dem Haftungsausschluss nicht entgegen. Der Vorsatz müsse den Schadeneintritt nicht umfassen. Auch an der Kausalität fehle es nicht. Denn bei jedweder Kontrolle habe die große Differenz der Beträge auffallen müssen.

Mit der Berufung wendet sich der Kläger vollumfänglich gegen die erstinstanzliche Entscheidung. Er wiederholt seinen erstinstanzlichen Vortrag und betont dabei insbesondere, dass die eigentliche Schadenursache der Flüchtigkeit fehler einer Mitarbeiterin beim Ablesen der Kontonummer des Anderkontos gewesen sei. Der Kläger habe im Übrigen Beweis dafür angetreten, dass das Ausfüllen des Überweisungsträgers ohne Betrag eine übliche Praxis gewesen sei. Es liege schon deshalb keine „wissentliche Pflichtverletzung“ vor. Er habe auch sehr wohl höchstpersönlich über das Konto verfügt, weil er den Verwendungszweck klargestellt habe. Die Missachtung der Treuhandaufgabe dagegen habe das LG nicht berücksichtigen dürfen, weil es an einem Zusammenhang mit dem eingetretenen Schaden fehle.

(Anträge ...)

Die Beklagte weist auf das Verbot von Blankoverfügungen hin sowie darauf, dass der Kläger nicht nur die Berechnung von Zinsen, sondern auch die Ermittlung des Restkaufpreises auf die S.-Bank verlagert und dabei auch Treuhandaufgaben verletzt habe. Zudem habe der Kläger auch seine Pflicht zur Erfassung seiner Notaranderkonten bewusst verletzt. Die pflichtwidrige Blankoverfügung sei auch direkt schadenursächlich.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers ist statthaft (§ 511 Abs. 1 ZPO) und auch im Übrigen zulässig (§§ 511 Abs. 2, 517, 519, 520 ZPO). Sie ist jedoch nicht begründet. Zu Recht ist das LG davon ausgegangen, dass zwar die anspruchsbegründenden Voraussetzungen aus dem Versicherungsvertrag und Teil 1 A. § 1 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. Teil 2 Abs. 2 AVB-N vorliegen, die Beklagte aber gleichwohl leistungsfrei ist nach Teil 1 A. § 4 Nr. 3 AVB-N, da von einer **wissentlichen Pflichtverletzung** auszugehen ist.

Eine solche setzt grundsätzlich voraus, dass ein Notar seine Pflichten positiv gekannt hat, davon abgewichen ist und der Pflichtenverstoß für einen Schadeneintritt ursächlich geworden ist. Auf einen darüber hinausgehenden Vorsatz kommt es nicht an (vgl. OLG Frankfurt, Urt. v. 12.5.1999 – 3 U 80/98, zitiert nach juris). Dies kommt etwa in Betracht, wenn ein Notar sich **ohne eigene Kontrolle** darauf verlässt, dass seine Angestellten die Erfüllung von Treuhandaufgaben überprüft haben (vgl. OLG München, Urt. v. 14.12.1999 – 25 U 2854/99, zitiert nach juris) oder aber er die **Auszahlung aus einem Anderkonto verfügt, obwohl er die Voraussetzungen für die Auszahlung gar nicht geprüft hat** (vgl. OLG Hamm – Urt. v. 22.9.1995, 20 U 38/95, zitiert nach juris).

Denn der Notar ist gemäß § 54 b Abs. 3 BeurkG bei der Verfügung über das Notaranderkonto zur peinlich genauen Beachtung der Verwahrnweisungen gehalten. Dementsprechend muss er persönlich die Auszahlungsvoraussetzungen überprüfen und **darf auch keine Blankoüberweisungen ausstellen** (vgl. Eylmann/Vaasen-Hertel, Bundesnotarordnung/Beurkundungsgesetz, 3. Aufl., § 54 b BeurkG Rdnr. 16, 25, 29 m.w.N.). Weicht er von diesen Pflichten ab, obwohl er sie positiv gekannt und auch zutreffend gesehen hat (vgl. zu

diesen Voraussetzungen des subjektiven Risikoausschlusses BGH, Urt. v. 5.3.1986 – IVa ZR 179/84, zitiert nach juris), greift der Haftungsausschluss ein.

Zwar muss dies, wie das LG zutreffend festgestellt hat, grundsätzlich vom Versicherer dargelegt und bewiesen werden. Ein Rückschluss über Indizien ist indes möglich. Es ist davon auszugehen, dass dem Notar geläufige Vorschriften und Pflichten bekannt sind. Wird ein „Kardinalfehler“ begangen, ist es an ihm, darzulegen, aus welchen Gründen es zum Verstoß gekommen ist (vgl. OLG Köln, Urt. v. 26.6.2012 – 9 U 3/12, zitiert nach juris). Dabei hat der Kläger sich vorliegend zwar zu den betreffenden Vorgängen erklärt. Es ist ihm dabei jedoch nicht gelungen, sich ausreichend zu entlasten. Einer Beweisaufnahme bedurfte es insofern nicht.

Auf die wissentliche Pflichtverletzung kann vorliegend deshalb geschlossen werden, weil der Kläger einen wesentlichen Inhalt der Verfügung über das Anderkonto – nämlich die Prüfung der Höhe des zu überweisenden Betrages – auf die S.-Bank übertragen hat. Hierbei handelt es sich um eine **Blankoüberweisung unter Verstoß gegen das Gebot der höchstpersönlichen Notarpflicht zur Prüfung des Auszahlungsbetrages**. Damit liegt nach Auffassung des Senates ein „Kardinalfehler“ vor. Der Kläger hat dabei entgegen seiner Rechtsauffassung nicht nur die Berechnung der taggenauen Zinsen und damit einer einzelnen und eher überschaubaren Rechnungsposition auf die S.-Bank verlagert, sondern vielmehr die Berechnung des gesamten Überweisungsbetrages.

Weder hat er den „Restkaufpreis“ selbst ermittelt, noch die Beachtung der Treuhandaufgabe gesichert. Stattdessen hat er die Beachtung des Treuhandauftrages ebenfalls auf die S.-Bank übertragen und diese hat sie zu ihrem eigenen Schaden nicht beachtet. Zwar wendet der Kläger insofern zu Recht ein, dass dieser Betrag nicht Gegenstand des vorliegenden Rechtsstreits sei. Gleichwohl illustriert dies, dass der Kläger insgesamt die Berechnung des konkret zu überweisenden Betrages auf die S.-Bank verlagert und es sich insofern um eine Blankoüberweisung gehandelt hat. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus den Umständen im Übrigen.

Soweit der Überweisungsträger einen Verwendungszweck angibt, ist dieser ohnehin nicht nur für das Verhältnis zwischen Bank und Empfänger, sondern auch für das Verhältnis zwischen Überweisendem und der Empfängerbank ohne Bedeutung (vgl. OLG Düsseldorf, Urt. v. 2.4.1987 – 6 U 243/86, NJW-RR 1987, 1328). Im Übrigen würde auch der Wortlaut des Verwendungszwecks in keiner Weise klarstellen, welcher Betrag von der S.-Bank zu überweisen war. Entsprechendes gilt für das Anschreiben vom 30.01.2012, in dem um Überweisung „gem. anliegender Überweisungsträger“ gebeten und nur hinsichtlich der zu überweisenden Notarkosten ein Betrag genannt wird, nicht jedoch für die streitgegenständliche Überweisung an den Verkäufer M. („Restbetrag zzgl. Zinsen“).

Dem Kläger ist es auch im Übrigen nicht gelungen, dem Vorwurf der wissentlichen Pflichtverletzung hinreichend entgegenzutreten. Er hat sich dahingehend eingelassen, dass es

sich beim **Offenlassen des Überweisungsbetrages um eine übliche und gängige Praxis derjenigen Bremer Notare** gehandelt habe, die mit der S.-Bank zusammenarbeiteten. Hintergrund sei gewesen, zusätzliche Überweisungen von Kleinstbeträgen zu vermeiden. **Dies mag arbeitsökonomisch wirken, ist aber nach Auffassung des Senates gleichwohl mit den Pflichten eines Notars nicht in Einklang zu bringen. Auch wenn eine Mehrzahl von Notaren sich zu einer Verletzung ihrer Pflichten entschließen sollte, ändert dies nichts daran, dass jedem einzelnen die Pflichtwidrigkeit von Blankoüberweisungen bekannt sein musste.** Deshalb mag auch dahinstehen, ob dieser Vortrag zutrifft. Einer Beweisaufnahme bedarf es insofern nicht.

Dabei geht auch der Senat, ebenso wie das LG, ohne weiteres davon aus, dass der Kläger tatsächlich in keiner Weise den Eheleuten W. bewusst oder bedingt vorsätzlich schaden, sondern lediglich Arbeitsabläufe erleichtern wollte. Dies steht einer wissentliche Pflichtverletzung indes, wie die Kammer zutreffend ausgeführt hat, nicht entgegen, da diese nicht voraussetzt, dass der Kläger den schädigenden Erfolg des Verhaltens in seinen Vorsatz mit aufgenommen hat.

Es fehlt auch nicht an der notwendigen Kausalität. Bei einer notariellen Pflichtverletzung unterbricht das **Fehlverhalten Dritter den Zurechnungszusammenhang** grundsätzlich nicht. Dieser kann allerdings bei wertender Betrachtung entfallen, wenn ein Dritter in völlig ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise eine weitere Schadenursache setzt (*BGH, Beschl. v. 30.4.2008 – III ZR 262/07, zitiert nach juris*). Dies ist indes vorliegend nicht der Fall.

Tatsächlich wäre der Schaden nicht eingetreten, wenn kein Fehler bei der Vergabe der Notaranderkonten unterlaufen wäre und sich deshalb kein überhöhter Betrag auf dem Konto befunden hätte. Der Senat verkennt dabei nicht, dass es sich um eine besonders missliche Verkettung von Umständen handelt. Dies stellt indes die Kausalität nicht infrage. Allein der Fehler bei der Vergabe der Notaranderkonten war noch unschädlich, allenfalls bestand eine Gefahrenlage. Diese realisierte sich erst durch die vom Kläger der Höhe nach ungeprüfte Auszahlung des gesamten auf dem Anderkonto befindlichen Betrages.

Nichts anderes ergibt sich aus dem Umstand, dass bei der S.-Bank nicht aufgefallen ist, dass auf dem Anderkonto tatsächlich zwei Zahlungseingänge zu verzeichnen waren, denn es war gerade nicht Aufgabe der S.-Bank, dies zu prüfen. Hätte der Kläger dagegen pflichtgemäß den auszuzahlenden Betrag oder zumindest eine von Seiten der S.-Bank vorbereitete Verfügung nochmals ordnungsgemäß überprüft, so wäre die Auszahlung auch nur in der zutreffenden Höhe erfolgt. Da der Kaufpreis 35.000 EUR betrug und eine Treuhandauflage der S.-Bank bestand, bei der der Verkäufer M. noch Schulden aus der Finanzierung in Höhe von 32.656,27 EUR hatte, wären dem Verkäufer M. nach Abzug von Notarkosten 1.993,27 EUR ausbezahlt gewesen. Der Senat vermag nicht nachzuvollziehen, warum dem Kläger die erhebliche Differenz zwischen diesem und dem tatsächlich ausgezahlten Betrag bei ordnungsgemäßer Prüfung nicht hätte auffallen sollen.

Es mag deshalb dahinstehen, ob dem Kläger, wie von der Beklagten geltend gemacht, darüber hinaus weitere wissentliche Pflichtverletzungen anzulasten sind.

Ein Anspruch auf Freihaltung von Ansprüchen der Eheleute W. scheidet nach dem zuvor Dargestellten ebenfalls aus.

Dementsprechend hat das LG die diesbezügliche Klage zu Recht abgewiesen.

Die Berufung war damit insgesamt zurückzuweisen. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht
 - Nachzahlungszinsen
- (*OLG Düsseldorf, Urt. v. 4.11.2014 – I-23 U 168/13*)

Leitsatz (d. Red.):

Ein Steuerberater hat seinen Mandanten auf den eventuellen Anfall von Nachzahlungszinsen hinzuweisen und dem Mandanten einen Weg aufzuweisen, wie er den Anfall solcher Nachzahlungszinsen zu vermeiden hat. ■

Zum Sachverhalt:

Die Kläger machen Schadenersatz gegen die Beklagte, ihre langjährige Steuerberaterin, wegen unterbliebener Aufklärung zur Verzinsung von Steuernachforderungen geltend. Nach einem Schreiben der Beklagten vom 26.1.2010 hätten sie mit einer Steuernachzahlung in Höhe von 2,3 Mio. EUR zu rechnen gehabt. Die Beklagte habe sie, die Kläger, nicht darauf hingewiesen, dass gemäß § 233a AO ab dem 1.4.2010 Zinsen in Höhe von monatlich 0,5 % zu zahlen seien.

In der Folge hätten sie, die Kläger, einen aus der Veräußerung von Fondsanteilen herrührenden Betrag in Höhe von 2.639.595,62 EUR nicht dazu genutzt, die Zinsen durch Tilgung der Steuerschuld vor Fälligkeit zu vermeiden oder eine Kompensation für die Nachzahlungszinsen durch anderweitiges Anlegen des Geldbetrages zu erwirtschaften. Die Beklagte hat vorgetragen, ihre Mitarbeiterin E. habe auf die Nachzahlungszinsen hingewiesen. Auf die tatsächlichen Feststellungen in dem angefochtenen Urteil wird Bezug genommen.

Das LG hat die Klage abgewiesen. Die Kläger seien der Belehrung nicht bedürftig gewesen, weil ihnen aus vorangegangenen Steuerbescheiden die Regelung des § 233a AO bekannt gewesen sei. Zudem sei davon auszugehen, dass die Kläger über das Entstehen der Nachzahlungszinsen aufgeklärt worden seien. Sie hätten ohne triftigen Grund die Zeugin E. nicht von der Schweigepflicht entbunden, danach sei der Beweis als geführt anzusehen, dass die behauptete Aufklärung erfolgt sei.

Gegen diese Entscheidung wenden sich die Kläger mit ihrer Berufung. Sie greifen die Würdigung des LG an, sie hätten nicht aufgeklärt werden müssen und wenden sich gegen die Beweiswürdigung. Nach Hinweis des Senats tragen sie vor, sie hätten durch vorzeitige Zahlung vor Festsetzung der Einkommensteuer die Nachzahlungszinsen vermieden.

(Anträge ...)

Die Beklagte verteidigt das angefochtene Urteil. Die Kläger seien telefonisch auf einen eventuell drohenden Fristablauf zur Einreichung der Steuererklärung hingewiesen worden, dabei habe die Mitarbeiterin E. „immer“ auf die Gefahr der Festsetzung von Verspätungszuschlägen und Nachzahlungszinsen hingewiesen. Konkretere Angaben seien ihr infolge Zeitablaufs nicht mehr möglich. ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Kläger hat Erfolg.

1. Der Steuerberater hat im Rahmen seines Auftrages den Mandanten umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten. Insbesondere muss er seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren. Zu diesem Zweck hat er den sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzuzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung zu unterbreiten (vgl. BGH, Urt. v. 15.7.2004 – IX ZR 472/00, WM 2005, 896).

Die Beratung soll den Mandanten in die Lage versetzen, eigenverantwortlich seine Rechte und Interessen zu wahren und eine Fehlentscheidung vermeiden zu können (BGH, Urt. v. 16.10.2003 – IX ZR 167/02, WM 2004, 472). **Hierzu gehört es auch, dass der Steuerberater auf den eventuellen Anfall von Nachzahlungszinsen hinweist und dem Steuerpflichtigen den Weg aufzeigt, wie er den Anfall solcher Nachzahlungszinsen vermeiden kann** (OLG Köln, Urt. v. 13.11.2008 – 8 U 26/08, RdNr. 77 juris, DStR 2009, 555).

Diesen Anforderungen wurde die Beklagte durch das Schreiben vom 26.1.2010 nicht gerecht. In diesem Schreiben hat sie lediglich darauf hingewiesen, dass die Steuererklärung nicht verspätet abgegeben werden darf. Einen Hinweis zu den Nachzahlungszinsen hat sie nicht erteilt. **Auch hat sie nicht die Möglichkeit erläutert, dass eine Zahlung vor Steuerfestsetzung im Ergebnis dazu führt, dass Zinsen nicht festgesetzt werden** (zu dieser Möglichkeit: OLG Köln, a.a.O., RdNr. 100; Senat, Hinweisbeschl. v. 14.5.2013 – I-23 U 168/12).

Zumindest wäre ein solcher Hinweis erforderlich gewesen, nachdem trotz Abgabe der Steuererklärung im Januar 2010 bis zum April 2010 kein Bescheid ergangen war. Im Hinblick auf den Ablauf der Frist von 15 Monaten nach Beendigung des Veranlagungszeitraums wäre ein gesonderter Hinweis geboten gewesen. Die Beklagte konnte nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass die Kläger die Frist von 15 Monaten selbst (zutreffend) berechnen würden und ihnen vor Augen stünde, dass nun Zinsen gemäß § 233a AO anfallen würden.

Der mit der Berufungserwiderung vorgetragenen Rechtsansicht der Beklagten, dass durch eine vorzeitige Zahlung die Festsetzung von Nachzahlungszinsen nicht hätten vermieden werden können, vermag der Senat nicht zu folgen. Gemäß **Ziff. 70.1.1 des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung** sind Zinsen bei einer **vorher erfolgten freiwilligen Zahlung** nicht festzusetzen. Dann ist nämlich ausgeschlossen, dass dem Steuerschuldner durch die (späte) Festsetzung ein Vorteil entstanden ist. Es liegt daher ein sachlicher Billigkeitsgrund vor, der das Finanzamt zwingt, von der Festsetzung der Zinsen abzusehen.

Ein Hinweis auf die Nachzahlungszinsen und die Möglichkeit der vorzeitigen Zahlung war entgegen der Ansicht des LG nicht deshalb entbehrlich, weil die Kläger grundsätzlich darum gewusst haben mögen, dass Nachzahlungszinsen anfallen können, wie ihnen aus den vorangegangenen Einkommensteuerbescheiden bekannt war.

Die Berufung weist zutreffend darauf hin, dass aus der Kenntnis zu Nachzahlungszinsen nicht abzuleiten ist, dass die Kläger auch darum wussten, dass und auf welchem Wege die Festsetzung der Nachzahlungszinsen hätte vermieden werden können. Zudem hätte die Beklagte bedenken müssen, dass es angesichts der zu erwartenden Steuernachzahlung und der späten Einreichung der Steuererklärung zu einer erheblichen Zinsforderung kommen würde. Dies hätte ihr Anlass geben müssen, sich (nochmals) darüber zu versichern, ob den Klägern die drohenden (hohen) Nachzahlungszinsen und die Möglichkeit, deren Anfallen durch vorzeitige Zahlung zu vermeiden, vor Augen stand.

Schließlich ist die Steuererklärung noch im Januar 2010 eingereicht worden. Wie bereits ausgeführt, konnte die Beklagte nicht davon ausgehen, dass die Kläger den Fristablauf eigenständig erkennen würden, nachdem sie das aus ihrer Sicht Erforderliche – die Abgabe der Steuererklärung – erledigt hatten.

Gegen die Annahme des LG, die Kläger hätte nicht aufgeklärt werden müssen, spricht auch deren tatsächliches Verhalten.

Es ist nämlich nicht erklärlich, warum die Kläger von der Möglichkeit der vorzeitigen Zahlung keinen Gebrauch gemacht haben, wenn sie hierüber informiert waren. Das LG hat festgestellt, dass den Klägern ausreichende Mittel zur vorzeitigen Zahlung zur Verfügung standen, weil sie zur Tilgung der Steuerschuld Fondsanteile verkauft hatten und dieses Geld (gering verzinst) „geparkt“ war. Aus Sicht der Kläger wäre es zwingend gewesen, die errechnete Steuerschuld vorab an das Finanzamt zu zahlen, um so die Festsetzung von Zinsen gemäß § 233a AO zu vermeiden. Bei einer Anlage als Tagesgeld hätten sie nämlich nicht annähernd Zinsen in Höhe der ersparten Nachzahlungszinsen erwirtschaften können. Dass sie dies nicht getan haben, ist ein starkes Indiz dafür, dass sie diese Möglichkeit nicht kannten.

Die Annahme des LG, die Kläger hätten über die Zinsen gemäß § 233a AO nicht aufgeklärt werden müssen, lässt sich auch nicht mit dem Vortrag der Beklagten im Einspruchsverfahren in Einklang bringen. Wie aus dem Einspruchs-

bescheid ersichtlich ist, hat die Beklagte argumentiert, dass die verzögerte Bearbeitung der im Januar 2010 fristgerecht eingereichten Steuererklärung nicht zu Lasten der Kläger gehen dürfe. Diese Argumentation ist nicht nachvollziehbar, wenn die Kläger bereits Anfang 2010 darum wussten, dass Nachzahlungszinsen ab dem 1.4.2010 anfallen würden.

Das von der Beklagten vorgetragene Argument, sie habe davon ausgehen können, die Kläger könnten höhere Zinsen oder sonstige Erträge erwirtschaften, überzeugt ebenfalls nicht. Den Umfang seiner Aufklärung darf ein Steuerberater nicht von Vermutungen abhängig machen.

2. Ein ausreichender mündlicher Hinweis auf die drohenden Nachzahlungszinsen und die Möglichkeit ihrer Vermeidung ist nicht erfolgt. Der Vortrag der Beklagten rechtfertigt es nicht, von einem ausreichenden Hinweis auszugehen, so dass auch die von der Beklagten benannte Zeugin nicht zu vernehmen ist.

Entgegen der Ansicht der Kläger ist es allerdings nicht Sache der Beklagten, die behauptete Aufklärung darzulegen und zu beweisen. **Den Beweis für pflichtwidriges Verhalten des Steuerberaters hat der Mandant zu führen, selbst soweit es dabei um negative Tatsachen geht. Das Unterlassen der gebotenen Aufklärung muss daher der Mandant darlegen und beweisen** (BGH, Urt. v. 23.11.2008 – IX ZR 21/03, WM 2007, 419).

Jedoch darf sich ein Steuerberater gegenüber der Behauptung des Unterlassens der gebotenen Aufklärung nicht damit begnügen, eine Pflichtverletzung zu bestreiten oder ganz allgemein zu behaupten, er habe den Mandanten ausreichend unterrichtet. Vielmehr muss er den Gang der Besprechung im Einzelnen schildern, insbesondere konkrete Angaben dazu machen, welche Belehrungen und Ratschläge erteilt und wie der Mandant darauf reagiert hat (BGH, a.a.O.).

Um die Schwierigkeit des Negativbeweises zu beheben, muss der Steuerberater substantiiert bestreiten, wobei die Anforderungen an die Substantiierungspflicht durch die Umstände des Einzelfalls bestimmt werden (BGH, Urt. v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86, NJW 1987, 1322). Der steuerliche Berater muss seine Betreuung konkret darstellen (BGH, Beschl. v. 16.10.2008 – IX ZR 177/06, GuT 2008, 463).

Der Vortrag der Beklagten, der auch nach Erteilung des Hinweises nicht näher konkretisiert worden ist, wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Die Beklagte hat vorgetragen, ihre Mitarbeiterin E. habe über „Entstehen und Prinzip“ von Nachzahlungszinsen belehrt. Es sei über den Zinslauf und die anfallenden Zinsen gesprochen worden. In zweiter Instanz hat sie ihren Vortrag dahin ergänzt, dass die Kläger auch über die Möglichkeit der Vermeidung der Nachzahlungszinsen belehrt worden seien. Dieser Vortrag lässt zunächst eine zeitliche Eingrenzung vermissen.

Der Vortrag bezieht sich zum Teil auf zurückliegende Steuererklärungen, bei denen anlässlich der Abgabefrist allgemein auf Zinsen hingewiesen wurde. Wann (und wie oft) eine

Beratung wegen der Zinsen für den Veranlagungszeitraum 2008 stattgefunden hat, bleibt offen. Hierauf kommt es aber entscheidend an. Denn sollte die Information erst nach April 2010 erfolgt sein, so wäre sie für den Schaden in Höhe der bis zur Information angefallenen Nachzahlungszinsen nicht erheblich. Ebenso wird die Reaktion des Klägers zu 2) nicht mitgeteilt. Eine solche Reaktion wäre allerdings zu erwarten gewesen. Denn in 2010 waren die marktüblichen Zinsen bereits niedrig.

Dass die Kläger keinen Gebrauch von der vorzeitigen Zahlung machen wollten, wäre daher erklärungsbedürftig gewesen. Warum die Kläger darauf beharrten, die zu erwartende Steuernachforderung nicht schon vor der Steuerfestsetzung dem Finanzamt „in Verwahrung“ zu geben, erläutert die Beklagte aber nicht. Die Beklagte erklärt auch nicht, warum im Schreiben vom 26.1.2010 auf die Nachzahlungszinsen nicht hingewiesen wurde und warum das Einspruchsverfahren geführt worden ist. Auffällig ist auch, dass sich die Beklagte vorprozessual nicht auf die angebliche Aufklärung berufen hat. Im Schreiben ihrer Versicherung vom 13.3.2012 ist vielmehr die Frage nach der Beratungsbedürftigkeit zu diesem Punkt aufgeworfen worden.

3. Durch die Pflichtverletzung ist ein **Schaden** entstanden.

Die Kläger haben nach dem Hinweis des Senats klargestellt, dass sie im Falle der Belehrung über die drohenden Nachzahlungszinsen noch vor der Festsetzung der Einkommensteuer eine Zahlung in Höhe der erwarteten Steuer an das Finanzamt geleistet hätten. Der Senat ist überzeugt, dass dies zutrifft. Die Kläger verfügten über die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel und haben nur geringfügige Zinsen auf dem Tagesgeldkonto erzielt. Es wäre danach nahezu zwingend für sie gewesen, vorzeitig zu zahlen, um die Nachzahlungszinsen zu vermeiden. Durch die vorzeitige Zahlung wären die Nachzahlungszinsen – wie bereits dargelegt – auch vermieden worden.

4. Ein **Mitverschulden** müssen sich die Kläger nicht entgegenhalten lassen. **Es besteht keine allgemeine Obliegenheit, Geld anzulegen.** Wenn die Kläger bereit waren, das Geld mit niedrigen Zinsen für die zu erwartende Steuernachzahlung bereitzuhalten, so gereicht ihnen das nicht zum Vorwurf. Denn der Zeitpunkt einer Steuerfestsetzung ist nicht sicher vorhersehbar.

Wenn die Kläger das freigewordene Geld wieder angelegt hätten, wäre es möglicherweise im Zeitpunkt der Fälligkeit der Einkommensteuer nicht „frei“ gewesen. Auch hätten die Kläger im Falle einer Anlage in Wertpapieren das Risiko getragen, zu einem ungünstigen Zeitpunkt verkaufen zu müssen, wenn sie Geld für die Einkommensteuer benötigten.

Ebenso ist der Schaden nicht ohne weiteres um 2/6 zu kürzen, wie die Beklagte unter Berufung auf das Senatsurteil vom 25.11.2008 – 23 U 64/08 geltend macht. Denn die Kläger haben konkret zu den von ihnen erwirtschafteten Zinsen vorgetragen. Für eine Schätzung, wie sie in dem vorgenannten Urteil erfolgt ist, ist danach kein Raum. (...) ■

Anwaltshaftung

- Prozessvertretung
 - Sachverständigenbeweis
 - Medizinisches Sachverständigengutachten
 - Beweisantrag, § 403 ZPO
- (OLG Saarbrücken, Urt. v. 14.8.2014 – 4 U 146/13)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt im Zivilprozess verhält sich im Allgemeinen gegenüber seinem Auftraggeber pflichtgemäß, wenn er bei einer dem Sachverständigenbeweis zugänglichen Behauptung seiner Partei einen den gesetzlichen Anforderungen des § 403 ZPO genügenden Beweisantrag stellt. Eine darüber hinausgehende Verpflichtung, den Weg mitzuteilen, auf dem der Sachverständige zu dem behaupteten Ergebnis kommen soll oder aus welchem Fachgebiet der Sachverständige bestimmt werden soll, besteht für den Rechtsanwalt grundsätzlich nicht. ■

Aus den Gründen:

I. Der Kläger nimmt den beklagten Rechtsanwalt, der in der Kanzlei Rechtsanwälte pp. tätig ist, unter dem Gesichtspunkt der Verletzung von Pflichten aus dem Rechtsanwaltsvertrag auf Schadenersatz in Anspruch.

In der Nacht vom ... 2002 unternahmen der Kläger und A. G., nachdem sie zusammen getrunken hatten, in alkoholisiertem und nicht angeschnalltem Zustand mit dem Pkw Opel Corsa A (amtliches Kennzeichen ...-... ..) der Mutter des Klägers eine Fahrt nach M. Gegen 1.10 Uhr kam das Fahrzeug auf der L157 zwischen L. und B. nach rechts von der Fahrbahn ab, fuhr in den Straßengraben und kam an der linken Böschung zum Stehen. Herr G. befand sich jedenfalls nach dem Unfallgeschehen außerhalb des Fahrzeugs, der Kläger wurde von Helfern im Fond des Fahrzeugs aufgefunden. Er erlitt eine Querschnittslähmung ab dem Halswirbelkörper C7.

Der Beklagte machte Namens und im Auftrag des Klägers mit der Behauptung, den Pkw habe Herr G. gefahren, gegen diesen und den Haftpflichtversicherer des Pkw der Mutter des Klägers außergerichtlich und gerichtlich Schadenersatzansprüche geltend. Das LG hat im Vorprozess die Klage nach Beweisaufnahme durch Urteil vom 17.8.2008 (3 O 141/06) abgewiesen. Der Senat hat nach ergänzender Beweisaufnahme die Berufung des Klägers durch Urteil vom 21.4.2009 (4 U 395/08, 122) zurückgewiesen. Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision ist durch Beschluss des BGH vom 12.1.2010 (VI ZR 164/09) zurückgewiesen worden. Der Kläger beanspruchte mit Schreiben seiner jetzigen Prozessbevollmächtigten vom 14.3.2011 gegenüber dem Berufshaftpflichtversicherer des Beklagten Schadenersatz.

Der Kläger hat die Auffassung vertreten, den Vorprozess auf Grund anwaltlichen Fehlverhaltens des Beklagten verloren

zu haben. Der Beklagte hätte in der Verhandlung vom 26.6.2008 vor dem LG ein medizinisches Sachverständigen-gutachten beantragen bzw. angesichts des im weiteren Verfahren 12 O 198/04 vor dem LG Saarbrücken eingeholten Gutachtens des Sachverständigen Dr. P. einen Antrag auf Einholung eines Obergutachtens stellen müssen. Die Haftungshöchstgrenze von 7,5 Mio. EUR werde im vorliegenden Fall nicht ausgeschöpft. Zur Leistungsfähigkeit des A. G. könne der Kläger nichts sagen. Ein Mitverschulden des Klägers, weil er sich zu einem alkoholisierten Fahrer ins Fahrzeug gesetzt habe, sei niedriger anzusetzen, da der Kläger seinerseits eine BAK von 1,54 v.T. gehabt habe. Darüber hinaus sei davon auszugehen, dass der Kläger die Verletzungen auf Grund des intensiven Unfallereignisses auch dann erlitten hätte, wenn er angeschnallt gewesen wäre.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat den Klageantrag für zu weit gefasst gehalten, weil der Kraftfahrthaftpflichtversicherer lediglich im Rahmen der auch im Regressprozess geltenden Haftungshöchstgrenze haftet hätte. Ferner habe der Kläger keinen Vortrag zur Leistungsfähigkeit des Herrn G. gehalten. Eine Pflichtverletzung des Beklagten scheitere schon daran, dass dieser sehr wohl die Einholung eines Sachverständigen-gutachtens beantragt habe.

Die Anwaltpflicht erstrecke sich nicht darauf, ausdrücklich einen Sachverständigen der medizinischen Disziplin zu benennen. Der Gang des Vorprozesses zeige, dass die Gerichte im ersten und zweiten Rechtszug das Einholen eines medizinischen Sachverständigengutachtens als nicht erforderlich angesehen hätten. Andernfalls wäre ein Hinweis nach § 139 ZPO erfolgt. Da der Kläger sich nach eigener Darstellung einem alkoholisierten Fahrer anvertraut und diesem den Pkw seiner Mutter zur Verfügung gestellt habe und der Kläger außerdem nicht angeschnallt gewesen sei, hätten diese drei Mithaftungskomponenten im Ausgangsverfahren den vollständigen Haftungsausschluss nach sich gezogen.

Das LG hat mit dem am 5.8.2013 verkündeten Urteil die Klage abgewiesen. Der Senat nimmt gemäß § 540 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZPO auf die tatsächlichen Feststellungen in dem erstinstanzlichen Urteil Bezug.

Mit der gegen dieses Urteil eingelegten Berufung macht der Kläger geltend, das LG habe die Bedeutung der gefestigten Rechtsprechung des BGH zur Anwaltshaftung verkannt. Der Beklagte habe nämlich die Pflicht, nach Kräften dem Aufkommen von Irrtümern und Versehen des Gerichts entgegenzuwirken, verletzt, indem er in der mündlichen Verhandlung im Ausgangsfall nicht auf Einholung eines medizinischen Gutachtens bestanden und dies noch nicht einmal ausdrücklich beantragt habe. Der Beklagte hätte in diesem Zusammenhang auf die konkreten Angaben des Sachverständigen verweisen müssen und dadurch erklären können, dass er sich die Klärung der konkreten Frage des Gerichts, die insbesondere im Interesse des Klägers gelegen habe, versprochen habe.

Nach der Vernehmung des Sachverständigen durch das Berufungsgericht habe es dem Beklagten klar sein müssen, dass ein pauschaler Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens offensichtlich nicht ausreiche und das Gericht nicht willens oder in der Lage gewesen sei, von sich aus ein medizinisches Sachverständigengutachten einzuholen. Aus der Ermittlungsakte habe sich ergeben, dass unter Zugrundelegung des Verletzungsbildes der beteiligten Personen bedeutsam gewesen sei, an wessen Körper sich Prellmarken des Lenkrads befunden hätten.

Die Ausführungen des LG zur Kausalität zwischen schädigendem Ereignis und Schaden seien in sich widersprüchlich. Auf der einen Seite führe das Gericht aus, es habe kein Ermessensfehler darin gelegen, dass das Gericht im Ausgangsfall kein Sachverständigengutachten eingeholt habe, und das LG beziehe sich dabei auf die Ausführungen des OLG im Vorprozess. Nach diesen Ausführungen habe der Kläger allerdings nicht konkret dargelegt, welchen Erkenntnisgewinn er sich von der Einholung eines medizinischen Sachverständigengutachtens versprochen habe, und er habe auch nicht ein medizinisches Gutachten beantragt.

(Anträge ...)

Er verteidigt die angefochtene Entscheidung. Das einzige, was dem Beklagten nach der Antwort des Sachverständigen bei der erstinstanzlichen mündlichen Erläuterung im Vorprozess habe klar sein müssen, sei die Tatsache gewesen, dass die Frage, von wem der Kontakt an der Windschutzscheibe hergerührt habe, auch mit den Mitteln des technischen Sachverständigen nicht beantwortet werden könne, nachdem sie zuvor bereits mit den dem medizinischen Sachverständigen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht habe beantwortet werden können. In der Berufungsbegründung werde zudem wie schon in der Vorinstanz nicht ausgeführt, mit welchen Argumenten die konkrete Darlegung eines Erkenntnisgewinns bei Einholung eines medizinischen Sachverständigengutachtens hätte erfolgen sollen.

II. Die Berufung des Klägers ist nach den §§ 511, 513, 517, 519 und 520 ZPO statthaft sowie form- und fristgerecht eingelegt und begründet worden; sie ist mithin zulässig. Das Rechtsmittel ist jedoch nicht begründet. Die angefochtene Entscheidung beruht weder auf einer Rechtsverletzung im Sinne des § 546 ZPO noch rechtfertigen die nach § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen eine andere, dem Kläger günstigere Entscheidung (§ 513 ZPO).

1. Das LG hat einen Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten gemäß §§ 280 ff. BGB zu Recht schon deswegen verneint, weil die geltend gemachte Pflichtverletzung nicht vorliegt.

a) Nach gefestigter Rechtsprechung des BGH ist **der mit der Prozessführung betraute Rechtsanwalt seinem Mandanten gegenüber verpflichtet dafür einzutreten, dass die zu Gunsten des Mandanten sprechenden tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte so umfassend wie möglich ermittelt und bei der Entscheidung des Gerichts berücksichtigt werden** (BGH,

NJW 1988, 3013, 3016; 1996, 2648, 2650; NJW-RR 2007, 1553 Rdnr. 14; Zugehör, NJW 2003, 3225, 3226 unter 2a).

Zwar weist die ZPO die Entscheidung und damit die rechtliche Beurteilung des Streitfalls dem Gericht zu; dieses trägt für sein Urteil die volle Verantwortung. Es widerspräche jedoch der rechtlichen und tatsächlichen Stellung der Prozessbevollmächtigten in den Tatsacheninstanzen, würde man ihre Aufgabe allein in der Beibringung des Tatsachenmaterials sehen. Der Möglichkeit, auf die rechtliche Beurteilung des Gerichts Einfluss zu nehmen, entspricht im Verhältnis zum Mandanten die Pflicht, diese Möglichkeit zu nutzen (BGH, NJW 1996, 2648).

Mit Rücksicht auf das auch bei Richtern nur unvollkommene menschliche Erkenntnisvermögen und die niemals auszuschließende Möglichkeit eines Irrtums ist es Pflicht des Rechtsanwalts, nach Kräften dem Aufkommen von Irrtümern und Versehen des Gerichts entgegenzuwirken (BGHZ 174, 205, 210 Rdnr. 15; BGH, NJW 1974, 1865, 1866). Dies entspricht gemäß § 1 Abs. 3 BORA auch dem Selbstverständnis der Anwaltschaft (BGH, NJW 2009, 987 Rdnr. 8).

b) Bei Anwendung dieser Grundsätze ist es nicht als pflichtwidrig anzusehen, dass der Beklagte im Vorprozess nicht ausdrücklich (auch) Einholung eines medizinischen Sachverständigengutachtens zur Fahrereigenschaft des Herrn G. beantragte.

aa) Der Senat hat im Vorprozess Ansprüche gemäß §§ 7, 18 StVG a.F. gegen Herrn G. und gemäß § 3 Nr. 1 PflVG a.F. gegen den Kraftfahrthaftpflichtversicherer verneint, weil diese Haftung gemäß § 8 Nr. 2 StVG ausgeschlossen ist. Insoweit ist also im Ergebnis rechtlich unerheblich, ob der Kläger Fahrer oder Beifahrer war, so dass die **Beantragung eines medizinischen Sachverständigengutachtens in dieser Hinsicht nicht veranlasst war**.

(1) Nach der Bestimmung des § 8 Nr. 2 StVG gelten die Vorschriften des § 7 StVG nicht, wenn der Verletzte bei dem Betrieb des Kraftfahrzeugs tätig war. Die Voraussetzungen dieses Haftungsausschlusses wären somit auch dann erfüllt, wenn Herr G. das Fahrzeug gefahren hätte. Der Senat hält an seiner Entscheidung im Vorprozess (*veröffentlicht in OLGR 2009, 511 ff.*) fest, dass ein Beifahrer jedenfalls dann im Sinne des § 8 Nr. 2 StVG beim Betrieb tätig wird, wenn er den Betrieb durch die Zurverfügungstellung des Fahrzeugs erst ermöglicht und Einfluss auf die Fahrstrecke nimmt (*zustimmend Heß in: Burmann/Heß/Jahnke/Janker, Straßenverkehrsrecht 23. Aufl., § 8 StVG Rdnr. 9; einschränkungslos für jeden Beifahrer OLG Celle, Urt. v. 30.6.2010 – 14 U 33/10, juris Rdnr. 9*).

Wer den Betrieb ermöglicht und sich freiwillig in den Wirkungsbereich der von ihm eröffneten Gefahr begibt, bedarf nicht des Schutzes der Gefährdungshaftung. Jedenfalls ist ein solcher Beifahrer kein Insasse des Fahrzeugs, der lediglich die in § 8a StVG geregelte Dienstleistung der Personenbeförderung in Anspruch nimmt (*Senat, OLGR 2009, 511, 512*).

(2) Die Voraussetzungen des § 8 StVG sind folglich im Streitfall auch dann gegeben, wenn unterstellt wird, dass der Kläger, wie er behauptet, nur Beifahrer gewesen wäre. Zur Begründung hat der Senat im Vorprozess – weiterhin zutreffend – darauf abgestellt, dass das Unfallfahrzeug der Mutter des Klägers gehörte, der Kläger unstreitig mit diesem Fahrzeug zu Herrn G. fuhr und nach der eigenen Einlassung des Klägers dort der gemeinsame Entschluss getroffen wurde, nach L. zu fahren. Bei lebensnaher Würdigung dieses Sachverhaltes spricht nichts dafür, dass Herr G. sich ohne oder gar gegen den Willen des Klägers des Fahrzeugs bemächtigte und diesen zum Einsteigen bewegte.

Unterstellt man den vom Kläger selbst angegebenen Sachverhalt für wahr, dann überließ er selbst Herrn G. die Verfügungsgewalt über das Fahrzeug der Mutter des Klägers. Nach der Schilderung des Klägers war dieser im rechtlichen Sinne Veranlasser der Weiterfahrt nach L. (*Senat, OLGR 2009, 511, 513*). Insoweit hatte der Kläger persönlich im Vorprozess bei der Anhörung durch das LG im Wesentlichen erklärt, er sei mit dem Auto seiner Mutter zu Herrn G. hingefahren, zu ihm hochgegangen und habe dann „jedenfalls genug“ getrunken. Dann habe Herr G. noch zu einem Kollegen nach B. gewollt und auf dem Weg dorthin hätten sie auch noch nach L. zu einem Kollegen des Klägers gewollt. Ob sie das schon beim Losfahren entschieden hätten oder auf dem Weg dorthin, könne er nicht mehr sagen.

bb) Darüber hinaus war der Beklagte auch hinsichtlich einer deliktischen Haftung des Herrn G. aus § 823 Abs. 1 BGB **nicht verpflichtet, ausdrücklich ein medizinisches Sachverständigengutachten zu beantragen.**

(1) Im Allgemeinen handelt ein Rechtsanwalt im Zivilprozess pflichtgemäß, wenn er einen den gesetzlichen Anforderungen genügenden Beweisantrag stellt.

(1.1) Der Sachverständigenbeweis wird gemäß § 403 ZPO durch die Bezeichnung der zu begutachtenden Punkte angetreten. Die Vorschrift nimmt zur Beweiserleichterung auf die Informationsnot der beweispflichtigen Partei Rücksicht und **verlangt keine wissenschaftliche (sachverständige) Substanziierung. Für den Antritt eines Sachverständigenbeweises genügt die summarische Angabe der „zu begutachtenden Punkte“. Es muss nur das Ergebnis mitgeteilt werden, zu dem der Sachverständige kommen soll, nicht der Weg, auf dem dies geschieht** (*BGH, NJW 1995, 130, 131; MünchKomm-ZPO/Zimmermann, 4. Aufl., § 403 Rdnr. 3; Stein/Jonas/Leipold, ZPO 22. Aufl., § 403 Rdnr. 3; Wieczorek/Schütze/Ahrens, ZPO 4. Aufl., § 403 Rdnr. 6*).

Aus § 404 Abs. 1 Satz 1 ZPO – wonach die Auswahl der zuzuziehenden Sachverständigen und die Bestimmung ihrer Anzahl durch das Prozessgericht erfolgt – und im Umkehrschluss aus § 403 ZPO folgt, dass die Partei keinen bestimmten Sachverständigen benennen muss (*Musielak/Huber, ZPO 11. Aufl., § 403 Rdnr. 2*). Ebenso wenig muss sie angeben, aus welchem Fachgebiet der Sachverständige bestimmt werden sollte.

(1.2) Diesen Anforderungen hat bereits die vom Beklagten verfasste Klageschrift im Vorprozess genügt. Darin hat der Beklagte dargelegt, der Kläger habe durch das Unfallereignis keinerlei offene Verletzungen erlitten, wohingegen bei Herrn G. solche Verletzungen auf der Schädelhöhe im Übergang zum Hinterhaupt festgestellt worden seien. Insoweit müssten Haar- und Sekretantragungen im Bereich der Windschutzscheibe von Herrn G. herrühren. Dieses Vorbringen hat der Beklagte unter Beweis gestellt durch das verkehrstechnische Privatgutachten des Herrn Dip.-Ing. H., durch Zeugnis dieses Gutachters und durch Einholung eines Sachverständigengutachtens.

Ergänzend und überobligatorisch hat der Beklagte im Schriftsatz vom 18.1.2007 zwei Sachverständige für Unfallrekonstruktion vorgeschlagen. Das LG hat daraufhin im Beweisbeschluss vom 31.1.2007 einen anderen Sachverständigen bestimmt, diesem allerdings aufgegeben, die in der staatsanwaltlichen Ermittlungsakte enthaltenen tatsächlichen Feststellungen zu berücksichtigen und sich mit dem Privatgutachten des Sachverständigen H. auseinanderzusetzen.

Bei dem vom LG bestimmten Sachverständigen Dipl.-Ing. B. handelt es sich um einen von der IHK Koblenz öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für Straßenverkehrsunfälle sowie für Kfz-Schäden und -Bewertung, dessen fachliche Eignung für die Verkehrsunfallrekonstruktion nicht in Frage steht. In der Stellungnahme vom 9.7.2007 hat der Beklagte zum Gutachten des Sachverständigen Dipl.-Ing. B. vom 21.5.2007 im Einzelnen ausgeführt, warum Herr G. als Fahrer angesehen werden müsse, und er hat die mündliche Erläuterung des Gutachtens beantragt.

Im Termin vom 26.6.2008 hat der Beklagte den Sachverständigen auch zu den Verletzungen der beiden Insassen befragt und hat der Sachverständige darauf verwiesen, dass er nur von den gegebenen medizinischen Feststellungen ausgehen kann. Bei der Nachfrage, woher die Wirbelsäulenverletzung des Klägers herrühren könnte, wenn man davon ausginge, dass er der Fahrer war, hat der Sachverständige auf mehrere denkbare Abläufe sowie darauf hingewiesen, er könne die medizinische Frage nicht näher beurteilen.

(2) Im Übrigen war der Beklagte auch unter den konkreten Umständen des Vorprozesses nicht verpflichtet, ausdrücklich ein medizinisches Sachverständigengutachten zu beantragen bzw. insoweit auf die Anordnung einer ergänzenden Begutachtung durch die Tatsachengerichte des Vorprozesses hinzuwirken. (...)

(2.5.3) Weitere Anknüpfungstatsachen trägt der Kläger auch im Regressprozess nicht vor. Das LG hat mit Recht bemerkt, dass der Kläger auch im Regressprozess nicht erklärt hat, welchen Erkenntnisgewinn er sich von der Einholung eines medizinischen Sachverständigengutachtens versprochen hätte.

Obgleich das Darlegungsdefizit des Klägers auch in der Berufungserwiderung im Einzelnen aufgezeigt worden, hat die Berufung im Schriftsatz vom 29.1.2014 lediglich dargelegt, aus der Ermittlungsakte hätten sich medizinisch verwertbare Punkte ergeben, aus denen sich die Fahreigenschaft (ge-

meint wohl: des Herrn G.) ableiten lasse. Außerdem hat sie vorgetragen, die Einholung eines medizinischen Sachverständigengutachtens hätte das Gericht in die Lage versetzt, durch den Vergleich der Verletzungen des Klägers mit den Beschädigungen am Fahrzeug die Fahrereigenschaft zu klären. Dem kann nicht gefolgt werden.

In dem Ermittlungsverfahren haben sich, wie bereits ausgeführt worden ist, keine hinreichenden medizinischen Anhaltspunkte für die Fahrereigenschaft des Herrn G. ergeben und eine neue Begutachtung der vernichteten Spuren und Gegenstände war und ist nicht mehr möglich. Zudem ist, wie ebenfalls bereits ausgeführt worden ist, der genaue Unfallmechanismus nicht mehr aufzuklären, so dass es für die Verletzungen der Insassen und die Beschädigungen am Fahrzeug je nach unterstelltem, aber nicht mehr aufzuklärendem Bewegungsverhalten unterschiedliche Erklärungen gibt. (...) ■

Anwaltshaftung

- Verjährung
 - Schadeneintritt
 - Rücknahme eines Widerspruchs
 - Späterer Aufhebungs- und Änderungsantrag
- (*OLG Hamm, Beschl. v. 12.8.2014 – 28 W 11/14*)

Leitsatz (d. Red.):

Im Fall eines in Verkennung der Rechtslage zurückgenommenen Widerspruchs gegen einen Rentenbescheid entsteht der Schaden des Mandanten bereits durch die Rücknahme des Widerspruchs und die hierdurch erwachsene Bestandskraft des zunächst angegriffenen Rentenbescheids. Unerheblich ist, ob es dem Mandanten möglich ist, den eingetretenen Schaden durch einen späteren Aufhebungs- und Überprüfungsantrag noch abzuwenden. ■

Zum Sachverhalt:

Die Antragstellerin begehrt die Bewilligung von Prozesskostenhilfe für eine Regressklage, mit der sie ihre ehemalige Rechtsanwältin – die Antragsgegnerin zu 1) – und die mit dieser in einer Sozietät tätigen Antragsgegnerin zu 2) auf Schadenersatz für die unstreitig pflichtwidrig erfolgte Rücknahme eines Widerspruchs gegen einen Rentenbescheid in Anspruch nehmen will.

Die Antragstellerin stellte im November 2003 einen Antrag auf Bewilligung von Erwerbsminderungsrente. Dieser Antrag wurde mit Bescheid der LVA Westfalen vom 2.2.2004 zurückgewiesen. Die Antragstellerin – vertreten durch die Antragsgegnerin zu 1) – legte gegen den ablehnenden Bescheid am 18.2.2004 Widerspruch ein. Im Anschluss nahm die Antragsgegnerin zu 1) nach Akteneinsicht im Einvernehmen mit der Antragstellerin den Widerspruch zurück. Dabei ging die Antragsgegnerin zu 1) rechtsirrig davon aus, dass die Durchführung des Widerspruchsverfahrens keine Aussicht

auf Erfolg habe. Tatsächlich war der Ablehnungsbescheid aber unrichtig, weil Kindererziehungszeiten ab 1996 in ihm nicht berücksichtigt worden waren, was die Antragsgegnerin zu 1) übersehen hatte.

Nach Rücknahme des Widerspruchs schloss die Antragsgegnerin zu 1) das Verfahren aktenmäßig ab. Sie war in der Folgezeit allerdings weiterhin regelmäßig für die Antragstellerin in anderen Angelegenheiten anwaltlich tätig.

Im Oktober 2009 stellte die Antragstellerin nach Beratung durch einen Dritten einen Überprüfungsantrag mit dem Ziel der Bewilligung von Erwerbsminderungsrente. Im Rahmen des Überprüfungsverfahrens stellte die DRV Westfalen fest, dass die Voraussetzungen für die Bewilligung der Erwerbsminderungsrente bereits bei der ersten Antragstellung im Jahr 2003 vorlagen.

Sie bewilligte deshalb mit Bescheid vom 2.7.2010 rückwirkend für den Zeitraum ab 1.1.2005 der Antragstellerin eine Rente wegen voller Erwerbsminderung und leistete eine Nachzahlung von 43.735,45 EUR. Für den Zeitraum von November 2003 bis Dezember 2004 wurde eine Nachzahlung mit der Begründung verweigert, Rente, die sich auf einen Zeitraum beziehe, der länger als vier Jahre vor Stellung eines (erneuten) Antrages liege (§ 44 Abs. 4 SGB X), könne nicht bewilligt werden.

Gegen den die Nachzahlung insoweit ablehnenden Bescheid wandte sich die Antragstellerin auf dem Klageweg, wobei sie sich zunächst von der Antragsgegnerin im Verfahren vor dem Sozialgericht Dortmund (*S 25 KR 850/11*), dann aber vom VdK vertreten ließ. In der mündlichen Verhandlung vom 9.1.2012 und erneut mit Hinweis vom 4.3.2012 wies das Sozialgericht darauf hin, dass es die Klage für nicht erfolgversprechend halte, weil die Ausschlussfrist des § 44 Abs. 4 SGB X greife. Daraufhin nahm die Antragstellerin die Klage zurück.

Mit ihrem Antrag vom 30.9.2013 hat die Antragstellerin Prozesskostenhilfe für eine Regressklage gegen die Antragsgegnerinnen begehrt, die sie wie folgt begründet hat:

Die Antragsgegnerin zu 1) habe unstreitig in Verkennung der Rechtslage und damit pflichtwidrig dazu geraten, den Widerspruch gegen den ablehnenden Bescheid vom 2.2.2004 zurückzunehmen. Bei zutreffender rechtlicher Würdigung wäre der Widerspruch erfolgreich gewesen und ihr, der Antragstellerin, wäre (auch) für die Zeit von November 2003 bis Dezember 2004 eine Rente in Höhe von insgesamt 8.350,32 EUR gezahlt worden, die inzwischen unwiderbringlich verloren sei. Den Betrag habe die Antragsgegnerin nebst Zinsen für den Zeitraum von November 2003 bis 2011 in Höhe von 2.337,72 EUR als Schaden zu erstatten.

Der Regressanspruch sei nicht, wie die Antragsgegnerinnen vorprozessual gemeint hätten, verjährt. Es habe bis ins Jahr 2012 ein allgemeines Beratungsmandat mit der Antragsgegnerin zu 1) bestanden. Außerdem könne ein Schadenersatzanspruch nicht verjähren, bevor der Schaden entstan-

den sei; hier sei er erst entstanden, als im Januar 2012 das Sozialgericht den Anspruch auf Erwerbsminderungsrente für den Zeitraum vor dem 1.1.2005 endgültig abgelehnt habe.

Im Übrigen sei die Berufung auf die Einrede der Verjährung treuwidrig; die Antragsgegnerin zu 1) habe mit ihrem Verhalten verhindert, dass die Antragstellerin früher einen (anderen) Anwalt mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Regressfall beauftragt habe. Spätestens ab Dezember 2009 hätte die Antragsgegnerin auch darauf hinweisen müssen, dass ein Haftungsfall vorgelegen habe.

Die Antragsgegnerinnen sind dem Antrag unter Darlegung im Einzelnen – auf die Bezug genommen wird – entgegengetreten und haben die Einrede der Verjährung erhoben.

Das LG hat mit Beschluss vom 3.12.2013 den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für die beabsichtigte Klage mangels Erfolgsaussicht zurückgewiesen.

Zur Begründung hat es darauf abgestellt, dass die Forderung der Antragstellerin verjährt sei. Die Verjährung richte sich nach § 51b 1. Alt. BRAO a.F. i.V.m. Art 229 §§ 6, 12 EGBGB. Die dreijährige Verjährungsfrist habe mit der Entstehung des Regressanspruchs zu laufen begonnen, entscheidend sei insoweit der Ablauf der vierjährigen Ausschlussfrist des § 44 Abs. 4 SGB X. Diese sei für den jüngsten Anspruch der Klägerin auf Bewilligung der Erwerbsminderungsrente für Dezember 2004 mit Ablauf des Jahres 2008 beendet gewesen. Die Verjährungsfrist sei deshalb im Jahr 2011 abgelaufen und der Anspruch bei Stellung des PKH-Antrages im Jahr 2013 verjährt gewesen.

Gegen die Entscheidung wendet sich die Antragstellerin mit ihrer fristgerecht eingelegten sofortigen Beschwerde, mit der sie rügt, das LG habe sich nicht zu dem erhobenen Einwand der Treuwidrigkeit geäußert. Zudem habe es übersehen, dass sich an die Primärverjährung die Sekundärverjährung anschließe: Schon im Jahr 2009 habe die Antragsgegnerin erfahren, dass im Bescheid vom 2.2.2004 die Kindererziehungszeiten zu Unrecht nicht berücksichtigt worden seien. Sie habe daher vor Ablauf der Primärverjährung Anlass gehabt, auf den gegen sie bestehenden Regressanspruch hinzuweisen, das aber unterlassen. Der Regressanspruch sei vor diesem Hintergrund nicht verjährt.

Das LG hat dem Rechtsmittel mit Beschluss vom 26.2.2014 nicht abgeholfen und die Sache dem Senat zur Entscheidung vorgelegt. Zur Begründung hat es im Kern ausgeführt: Besondere Umstände, die die Erhebung der Verjährungseinrede ausnahmsweise als treuwidrig erscheinen lassen könnten, lägen nicht vor. Der Verjährung stehe auch nicht der Gesichtspunkt der anwaltlichen Sekundärhaftung entgegen. Denn die Grundsätze der Sekundärhaftung seien nur anwendbar, wenn „altes“ Verjährungsrecht einschlägig sei.

Insoweit korrigiere die Kammer aber ihre im Beschluss vom 3.12.2013 : § 51b BRAO a.F. vertretene Rechtsauffassung finde entgegen der ursprünglichen Auffassung der Kammer keine Anwendung, weil der Schaden erst mit Ablauf der

Ausschlussfrist des § 44 Abs. 4 SGB X eingetreten sei, also mit Ablauf des Jahres 2008. Die Verjährungsfrist nach §§ 195, 199 BGB sei spätestens mit Ablauf des Jahres 2012 abgelaufen, da davon auszugehen sei, dass die Antragstellerin im Jahr 2009 Kenntnis von allen anspruchsbegründenden Umständen erlangt habe.

Die Antragstellerin hat zum Nichtabhilfebefehl mit Schriftsatz vom 17.3.2014 ergänzend Stellung genommen und auf Bitten des Senats mit weiterem Schriftsatz vom 1.7.2014 Angaben zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Antragstellerin nachgereicht. ■

Aus den Gründen:

Die sofortige Beschwerde der Antragstellerin ist zulässig (§ 127 ZPO), hat in der Sache aber keinen Erfolg.

I. Das Prozesskostenhilfebegehren scheitert schon daran, dass die Antragstellerin nicht als bedürftig anzusehen ist. Ob sie mit ihren undatierten und nicht belegten Angaben im Schriftsatz vom 1. bzw. 2.7.2014 ausreichend glaubhaft gemacht hat, von dem in den Jahren 2010/2011 erhaltenen Rentennachzahlungsbetrag von insgesamt 46.227 EUR bis zur Stellung des Prozesskostenhilfeantrags im vorliegenden Verfahren zumindest 40.287 EUR verbraucht zu haben, mag dahinstehen.

Selbst wenn das der Fall wäre, verbliebe ein Betrag von rund 6.000 EUR, dessen Verbleib ungeklärt ist. Im Übrigen muss sich die Antragstellerin so behandeln lassen, als hätte sie das Vermögen zumindest in für die Verfahrenskosten ausreichender Höhe noch. Denn ihr ist vorzuwerfen, dass sie in Kenntnis des bevorstehenden kostenträchtigen Regressverfahrens vorhandenes Vermögen ohne Rücklagenbildung verbraucht hat (s. hierzu grundsätzlich Zöller, ZPO, 30. Aufl. 2014, Rdhr. 72 zu § 115 ZPO [Geimer], m.w.N.).

Die Antragstellerin wusste schon nach der Beratung im Dezember 2009, dass die Ablehnung der Erwerbsminderungsrente mit Bescheid vom 2.2.2004 zu Unrecht erfolgt war und also der Rat der Antragsgegnerin zu 1) falsch gewesen ist. Mit dem Bescheid der DRV vom 2.7.2010 war spätestens klar, dass für den Zeitraum bis Ende 2004 keine freiwillige Nachzahlung der DRV erfolgen würde. Die Antragstellerin musste damit rechnen, die Antragsgegnerin zu 1) gegebenenfalls in Regress nehmen zu müssen.

Gleichwohl legte sie von dem an sie geflossenen Vermögen nichts für die Verfahrenskosten zurück, sondern gab das Geld vor allem zur Finanzierung der Ausbildung und des Führerscheins für ihre Töchter aus. Dieses Verhalten der Antragstellerin ist in Ansehung des sich abzeichnenden Regressverfahrens als vorwerfbare Vermögensaufgabe anzusehen, die die Versagung von Prozesskostenhilfe rechtfertigt.

II. Im Übrigen hat das LG im Ergebnis zu Recht Prozesskostenhilfe verweigert, weil keine Erfolgsaussicht für die auf eine behauptete anwaltliche Pflichtverletzung gestützte Schadenersatzklage (§§ 280 Abs. 1, 675, 611 BGB) besteht.

Der **Regressanspruch** der Antragstellerin – unterstellt, er ist in der geltend gemachten Höhe entstanden – ist **verjährt**.

Entgegen der zuletzt geäußerten Auffassung des LG ist § 51b BRAO a.F. auf den Regressanspruch der Antragstellerin anzuwenden. Die danach maßgebliche dreijährige Verjährungsfrist war im Zeitpunkt der Antragstellung im vorliegenden Verfahren bereits abgelaufen.

a) Die Regelung des **§ 51b BRAO** ist gemäß Art. 229 § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit Art. 229 § 6 Abs. 1 Satz 2 EGBGB anzuwenden, falls der primäre Schadenersatzanspruch vor dem 15.12.2004 entstanden ist (BGH, Urt. v. 17.12.2009, WM 2010, 629). **Bestimmt sich die Verjährung des Primäranspruchs nach § 51b BRAO a.F., so gilt diese Vorschrift auch für den Sekundäranspruch, weil dieser lediglich ein Hilfsrecht und unselbständiges Nebenrecht des primären Regressanspruchs bildet** (BGH, Urt. v. 7.2.2008, WM 2008, 946 und v. 13.11.2008, NJW 2009, 1350).

b) Der in Betracht zu ziehende **Schadenersatzanspruch** der Antragstellerin gegen die Antragsgegnerin zu 1) **beruht in erster Linie auf dem Vorwurf, in Verkennung der Rechtslage den Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid vom 2.2.2004 am 6.4.2004 zurückgenommen zu haben**.

Der auf diese Pflichtverletzung gestützte Schadenersatzanspruch wäre im Jahr 2004 entstanden. **Der Bescheid, durch den die beantragte Rente zu Unrecht abgelehnt wurde, erwuchs durch die Rücknahme des Widerspruchs (zunächst) in Bestandskraft (§ 39 SGB X). Schon hierdurch ist eine objektive Verschlechterung der Vermögenslage der Antragstellerin und damit ein Schaden im Sinne von § 51b BRAO a.F. eingetreten, da der für die Antragstellerin nachteilige Verwaltungsakt vorbehaltlich einer späteren Rücknahme durch die zuständige Behörde, eines Widerrufs oder einer anderweitigen Erledigung wirksam war.**

Insoweit kann nichts anderes gelten als in den Fällen, in denen es durch das pflichtwidrige Verhalten des Rechtsanwalts in einem Prozess zu einer für den Mandanten **nachteiligen erstinstanzlichen Entscheidung** eines Gerichts kommt: Hier liegt nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung der **Schaden schon in der (ersten) Gerichtsentscheidung, ohne dass es darauf ankommt, ob eine Änderung der Entscheidung in einem weiteren Rechtszug zugunsten des Mandanten erfolgen könnte** (vgl. nur BGH, Urt. v. 27.1.2000, WM 2000, 969).

In jenen Fällen wie im vorliegenden ist **nicht entscheidend, ob es dem Mandanten gelingen kann, den eingetretenen Schaden durch einen später gestellten Antrag – hier: einen gegenüber dem Rententräger zu stellenden Aufhebungs- oder Überprüfungsantrag oder einen neuen Antrag auf Bewilligung von Rente – (doch) noch abzuwenden**. Ob die **Vermögenseinbuße auf Dauer** bestehen bleibt, ist bei einer einmal eingetretenen objektiven Verschlechterung der Vermögenslage ohne Belang (Zugehör/G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab in: Handbuch der Anwaltshaftung, 3. Aufl., Rdnr.1352, 1355, 1357 [Chab]).

Ausgehend von einem Schadeneintritt am 6.4.2004 endete die dreijährige Primärverjährung nach § 51b BRAO a.F. am 6.4.2007. Die spätestens mit Eintritt der Primärverjährung (hierzu z.B. BGH, Urt. v. 23.6.2005, WM 2005, 1869 sowie v. 25.4.2013, NJW-RR 2013, 1212) beginnende dreijährige Sekundärverjährung – unterstellt, die Antragsgegnerin zu 1) hatte vor Ablauf der Primärverjährung überhaupt Anlass, die Möglichkeit eines Regressanspruches gegen sie zu prüfen und darauf hinzuweisen (vgl. BGH, Urt. v. 12.7.2012, VersR 2013, 109) – endete am 6.4.2010 und mithin lange vor Stellung des Antrages auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe im vorliegenden Verfahren.

c) Soweit die Antragstellerin behauptet hat, das Mandat mit der Antragsgegnerin zu 1) habe nach der Rücknahme des Widerspruchs fortbestanden und sie auf eine Art Dauerberatungsmandat abstellt, hilft ihr das nicht weiter. Wenn der Schadeneintritt vor dem Ende des Mandats liegt, ist jedenfalls er der entscheidende Zeitpunkt für den Beginn des Laufs der (Primär-)Verjährungsfrist (BGH, Urt. v. 24.3.2011, NJW-RR 2011, 858).

Ob daher ein Dauermandat bis 2009 oder noch länger bestanden hat, wie die Antragstellerin behauptet und die Antragsgegnerin zu 1) abstreitet, ist insoweit ohne Belang.

d) Der Antragsgegnerin kann auch **keine (weitere) Pflichtverletzung** vorgeworfen werden, die darin liegt, dass sie nicht innerhalb der vierjährigen Ausschlussfrist des § 44 Abs. 4 SGB X der Antragstellerin zur Einleitung eines Verfahrens mit dem Ziel der Rücknahme des Verwaltungsaktes aus dem Jahr 2004 bzw. eines Rentenüberprüfungsverfahrens geraten hat.

Denn mit der Rücknahme des Widerspruchs war das konkrete Mandat „Ablehnungsbescheid Erwerbsminderungsrente“ beendet, es gab nach Aktenlage **bis Ende 2007 bzw. Ende 2008 keinen Anlass für die Antragsgegnerin, ihren Fehler zu bemerken und die Antragstellerin entsprechend zu beraten**.

Deshalb kommt es für die Schadenentstehung auch nicht auf den **Ablauf der Ausschlussfrist des § 44 Abs. 4 SGB X** an, auf den das LG abgestellt hat: Denn die Ausschlussfrist musste die Antragsgegnerin zu 1) – anders als der Rechtsanwalt in der vom BGH am 25.4.2013 (a.a.O.) getroffenen Entscheidung – nicht (mehr) im Blick haben. Ihre Aufgabe war die ursprüngliche Beratung im Widerspruchsverfahren; diese war im April 2004 abgeschlossen.

e) Soweit die Antragstellerin im Übrigen darauf verwiesen hat, die Berufung auf den Verjährungseintritt verstoße gegen den Grundsatz von **Treu und Glauben** (§ 242 BGB), hat das LG das mit zutreffender Begründung, auf die Bezug genommen wird, abgelehnt. Anhaltspunkte dafür, dass die Antragsgegnerin zu 1) einen besonderen Vertrauenstatbestand geschaffen hätte, der die Antragstellerin davon abgehalten hat, vor Eintritt der Verjährung des Regressanspruches keinen anderen Anwalt aufzusuchen, sind weder vorgetragen, noch ersichtlich. (...) ■

Anwaltshaftung

- Kündigungsschutzprozess
 - „Minimalvergleich“
 - Schaden
 - Höhere Vergleichssumme?
 - Erfolg des fortgeführten Prozesses?
- (OLG Koblenz, Urt. v. 29.4.2014 – 5 U 316/14)

Leitsätze:

1. Die Behauptung des Arbeitnehmers, der Kündigungsschutzprozess wäre zu seinen Gunsten entschieden worden, wenn der Prozessbevollmächtigte nicht zu dem tatsächlich abgeschlossenen Minimalvergleich geraten hätte, ist im Regressprozess gegen den Anwalt unerheblich, wenn sich Inhalt und finanzielle Folgen eines Urteils über die Kündigungsschutzklage nicht feststellen lassen. Beweisbelastet ist der Arbeitnehmer.

2. Auch die Behauptung, bei frühzeitiger Aufnahme des insolvenzbedingt unterbrochenen Kündigungsschutzprozesses wäre ein höherer Vergleichsbetrag erzielbar gewesen, muss im Regressprozess gegen den Anwalt der Arbeitnehmer beweisen.

3. Bei der Berechnung der Sechsmonatsfrist des § 54 Abs. 5 Satz 3 ArbGG bleibt die Zeitspanne unberücksichtigt, in der der Kündigungsschutzprozess bereits vor der Güteverhandlung insolvenzbedingt gemäß § 240 ZPO unterbrochen war. ■

Aus den Gründen:

Die Entscheidung ergeht gemäß §§ 522 Abs. 2, 97 Abs. 1, 708 Nr. 10, 711 ZPO. Ihre sachlichen Grundlagen ergeben sich aus dem Tatbestand des angefochtenen Urteils, dem Senatsbeschluss vom 31.3.2014 und ergänzend aus dem Inhalt der Gerichtsakten (einschließlich der Akten des streitigen arbeitsgerichtlichen Verfahrens, die das LG zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemacht hat) im Übrigen. In dem Beschluss vom 31.3.2014 hat der Senat mitgeteilt:

I. 1. Die Klägerin war langjährig bei einer GmbH beschäftigt, die kunststoffverarbeitend tätig war und dabei namentlich die Automobilindustrie belieferte. Nach Verlusten und Umsatzrückgängen nahm die GmbH zu Beginn des Jahres 2009 einen Personalabbau vor. Dabei kündigte sie auch das mit der Klägerin bestehende Arbeitsverhältnis. Das Kündigungsschreiben wurde am 26.3.2009 übergeben und sah als Vertragsende den 30.9.2009 vor.

Daraufhin beauftragte die Klägerin die Beklagte mit der Erhebung einer Kündigungsschutzklage. Nach deren Einreichung beraumte das Arbeitsgericht einen Güte Termin auf den 9.6.2009 an, hob diesen dann jedoch kurzfristig auf, weil das Insolvenzverfahren über das Vermögen der GmbH eröffnet und der Prozess damit unterbrochen worden war. Die Beklagte nahm das Verfahren schließlich mit Schriftsatz

vom 15.6.2011 gegenüber dem Insolvenzverwalter auf. Der Rechtsstreit endete mit einem am 18.1.2013 festgestellten Vergleich, demzufolge der Insolvenzverwalter der Klägerin „für den Verlust des Arbeitsplatzes eine Abfindung von 4.000 EUR“ zahlte.

Vor diesem Hintergrund nimmt die Klägerin nunmehr die Beklagte auf Schadenersatz in Anspruch. Sie hat vorgetragen, die ihr gegenüber ausgesprochene Kündigung sei unwirksam gewesen, dann aber rechtsverbindlich geworden, weil die Beklagte den unterbrochenen Kündigungsschutzprozess nicht alsbald wieder aufgerufen habe. Wäre dies geschehen, hätte sie im Vergleichsweg eine Abfindung von 25.000 EUR statt von nur 4.000 EUR erhalten. Im Hinblick darauf hat sie eine Forderung von 21.000 EUR geltend gemacht und begleitend dazu den Ausgleich vorgerichtlicher Anwaltskosten von 523,48 EUR verlangt.

Hilfsweise hat sie beantragt, die Beklagte zur Zahlung von 39.798,70 EUR zu verurteilen und deren weitergehende allmonatliche Haftung in Höhe von 1.800 EUR für die Zeit ab dem 1.9.2013 festzustellen. Das hat sie darauf gestützt, dass sie im Falle der frühzeitigen Aufnahme des Kündigungsschutzprozesses durch die Beklagte vor dem Arbeitsgericht obsiegt hätte. Dann hätte sie ihre angestammte Tätigkeit dauerhaft zu den alten Bedingungen ausüben können, da der Betrieb – mittlerweile unter geänderter Inhaberschaft – fortgeführt worden sei, und hätte entsprechende Mehreinnahmen gehabt.

Die Rechtsungültigkeit ihrer Kündigung ergebe sich schon aus formalen Erwägungen, weil die Kündigungsfrist im Hinblick auf die Dauer der Arbeitsverhältnisses zu kurz bemessen worden sei, die GmbH die Agentur für Arbeit, die wegen des Ausmaßes der damaligen Entlassungen hätte benachrichtigt werden müssen, nicht informiert habe und die Zustimmung des – ohnehin unzulänglich unterrichteten – Betriebsrats nicht vorgelegen habe. Außerdem habe es an der von der GmbH reklamierten sozialen Rechtfertigung der Kündigung durch betriebliche Erfordernisse gefehlt. Die Auswahl, die ihr zugrunde gelegen habe, sei aus einem zu eng gezogenen Kreis von Mitarbeitern erfolgt. Darüber hinaus sei innerhalb dieses Kreises falsch abgewogen worden, weil Personen, die nach den mit dem Betriebsrat vereinbarten Auswahlrichtlinien weniger schutzwürdig gewesen seien, hätten weiter arbeiten dürfen.

Das LG hat Zeugenbeweis zu der von der Klägerin – für den Fall einer anderen Prozessführung durch die Beklagte vor dem Arbeitsgericht – behaupteten Möglichkeit einer höheren Abfindung erhoben. Sodann hat es die Klage abgewiesen. Es ist zwar davon ausgegangen, dass der Klägerin wegen der späten Aufnahme des Verfahrens durch die Beklagte verwehrt gewesen sei, noch die Unwirksamkeit der Kündigung geltend zu machen. Aber es sei ungewiss, ob das die Höhe der eingeräumten Abfindung beeinflusst habe. Es stehe auch nicht fest, dass die Kündigung unberechtigt gewesen sei und die Klägerin deshalb grundsätzlich hätte weiter beschäftigt werden müssen. Insoweit habe diese ihrer Darlegungs- und Beweislast nicht genügt. (...)

2. Diese Angriffe scheitern letztlich. Die Klage ist im Ergebnis zu Recht abgewiesen worden.

a) Streitgegenstand des hiesigen Verfahrens ist eine **Schadenersatzhaftung der Beklagten deshalb, weil sie den Kündigungsschutzprozess nicht zügig geführt habe**. Die Klägerin meint, das habe ihr die zunächst vorhandene Möglichkeit genommen, die grundsätzlich unberechtigte Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses in Frage zu stellen.

Die Argumentation knüpft an § 54 Abs. 5 ArbGG an. Die Vorschrift lautet:

„Erscheinen oder verhandeln beide Parteien in der Güteverhandlung nicht, ist das Ruhen des Verfahrens anzuordnen. Auf Antrag einer Partei ist Termin zur streitigen Verhandlung zu bestimmen. Dieser Antrag kann nur innerhalb von sechs Monaten nach der Güteverhandlung gestellt werden. Nach Ablauf der Frist ist § 269 Abs. 3 bis 5 der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden.“

Das vorgenannte Fristversäumnis führt mithin dazu, dass der Rechtsstreit als nicht anhängig geworden anzusehen ist. Das impliziert gemäß § 7 KSchG die Rechtswirksamkeit der im Raum stehenden Kündigung.

Die in § 54 Abs. 5 ArbGG beschriebene Situation war jedoch im vorliegenden Fall nicht gegeben. Es hatte nämlich keine Güteverhandlung stattgefunden. Vielmehr war der insoweit auf den 9.6.2009 bestimmte Termin aufgehoben worden, nachdem das Insolvenzverfahren über das Vermögen der GmbH eröffnet worden war. Die damit eingetretene Unterbrechung des Prozesses ließ den Lauf jedweder Frist aufhören, und aus einem nachfolgenden Zuwarten konnten insoweit keine Nachteile entstehen (§ 240 Abs. 1 ZPO). Folglich befand sich die Klägerin, als die Beklagte den Rechtsstreit mit ihrem Schriftsatz vom 15.6.2011 aufnahm, unbeschadet im alten Stand.

b) Damit ist dem Klagevorwurf, die Beklagte sei pflichtwidrig länger als sechs Monate passiv geblieben, freilich nur insoweit der Boden entzogen, als die Klägerin geltend macht, in der Konsequenz sei die Rechtslage dahin gestaltet worden, dass die grundsätzlich unwirksame Kündigung rechtsverbindlich geworden sei und sie deshalb das Arbeitsverhältnis nicht habe fortsetzen können. Das betrifft allein den Hilfsantrag, der mit einem aufgrund der Wirksamkeit der Kündigung eingetretenen Lohnausfall begründet worden ist, lässt aber den Hauptantrag unberührt, weil dieser Antrag nicht entscheidend auf die durch die Kündigungserklärung der GmbH geschaffene Rechtslage, sondern auf ein Verhalten des Insolvenzverwalters abhebt. **Nach der Auffassung der Klägerin ist nämlich durch die späte Verfahrensaufnahme dessen Bereitschaft entfallen, eine höhere Abfindung als den tatsächlich geleisteten Betrag von 4.000 EUR zu gewähren.**

Von einem solchen Kausalzusammenhang hat sich das LG jedoch nicht zu überzeugen vermocht. Es hat dieserhalb den Zeugen C. befragt, der seinerzeit als Beauftragter des Insolvenzverwalters auftrat und stellvertretend rechtsverbindlich

handelte. Er hatte dem LG bereits vorab schriftlich mitgeteilt: „Ob eine höhere Abfindung gezahlt worden wäre, wenn (die Beklagte) den gemäß § 240 ZPO unterbrochenen Rechtsstreit zeitnah wieder aufgenommen hätte, kann ich weder ausschließen noch bestätigen.“

Bei seiner mündlichen Vernehmung hat er dann erklärt: „Ich habe dann nachgefragt, welches Budget für eine Abfindung zur Verfügung steht; das waren 4.000 EUR als Maximalbetrag. Ich habe schon gesehen, dass die Sechsmonatsfrist nicht eingehalten ist. Das spielte für mich aber keine Rolle. ... Ich kann weder bestätigen noch ausschließen, dass in dem Falle, dass die Kündigungsschutzklage innerhalb der Sechsmonatsfrist wieder aufgenommen worden wäre, ein anderer Betrag gezahlt worden wäre.“

Im Hinblick darauf ist das LG zu der Auffassung gelangt, es fehle – auch mit Blick auf § 287 Abs. 1 ZPO – eine tragfähige Grundlage für die Annahme, dass der Klägerin bei einem weniger zögerlichen Vorgehen der Beklagten eine höhere Abfindung gewährt worden wäre. Diese Würdigung begegnet keinen rechtserheblichen Zweifeln. Sie bindet daher für die Berufungsinstanz (§ 529 Abs. 1 Nr. 1 ZPO).

c) Ein anderes Fehlverhalten der Beklagten als eine verspätete Aufnahme des unterbrochenen Kündigungsschutzprozesses moniert die Klägerin nicht. Es kann deshalb dahinstehen, ob sich ein Fehlverhalten daraus herleiten ließe, dass die Beklagte nicht von dem Abfindungsvergleich abriet und sich nicht bemühte, eine gerichtliche Entscheidung über die Kündigungsschutzklage herbeizuführen. Denn das wurde nie thematisiert und ist nicht Streitgegenstand. Die Frage könnte daher allenfalls Grundlage eines neuen Rechtsstreits sein. Würde sie die Klägerin jetzt in den Prozess einführen, vollzöge sie eine Klageänderung, die am Zulässigkeitshindernis des § 533 ZPO scheitern würde, weil dazu neue, bisher unerörterte Tatsachen vorgetragen werden müssten.

Nach dem bisherigen Prozessstoff kann nämlich **nicht davon ausgegangen werden, dass der Vergleichsschluss für die Klägerin interessewidrig war. Die Beklagte hat dazu unwidersprochen vorgebracht, seinerzeit habe ein erhebliches Prozessrisiko bestanden**. Das ist nach dem Erkenntnisstand, der im hiesigen Rechtsstreit vermittelt worden ist, nicht von der Hand zu weisen.

Allerdings hat das LG die **Anforderungen an die Darlegungs- und Beweislast der Klägerin**, die im vorliegenden Regressverfahren grundsätzlich genauso wie im Kündigungsschutzprozess ausgestaltet ist (*OLG Düsseldorf, VersR 2003, 645*), überspannt. So darf sich die bisher vorhandene Ungewissheit darüber, ob die GmbH den Vorschriften der §§ 17 Abs. 1 KSchG, § 102 BetrVG genügt hat, nicht zum Nachteil der Klägerin auswirken (*BAG, WM 1984, 673; Kiel in: Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 14. Aufl., § 17 KSchG Rdnr. 35*).

Indessen obliegt es der Klägerin darzutun und zu beweisen, dass die seinerzeit von der GmbH in der Krise vorgenommene betriebliche Umstrukturierung offensichtlich unsachlich, unvernünftig oder willkürlich war (*OLG Düsseldorf, Urt. v.*

17.1.2012 – 24 U 69/09), oder, wenn das nicht gelingt, dass ihre Kündigung trotzdem aus den in § 1 Abs. 3 S. 1 KSchG genannten Gründen sozial ungerechtfertigt war (§ 1 Abs. 3 S. 3 KSchG; Oetker in: *Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht*, 14. Aufl., § 1 KSchG Rdnr. 369).

Dabei kann die Klägerin zwar grundsätzlich auf einen Verstoß der GmbH gegen die in der Betriebsvereinbarung vom 29.1.2009 niedergelegten Auswahlkriterien verweisen (Kiel in: *Ascheid/Preis/Schmidt, Kündigungsrecht*, 4. Aufl., § 1 KSchG Rdnr. 781). Aber ein solcher Verstoß, den die Klägerin im Blick darauf geltend macht, dass sozial stärkere Kollegen von einer Kündigung ausgenommen worden seien, ist irrelevant, wenn die Klägerin jedenfalls zum Kreis derjenigen zahlreichen Mitarbeiter gehörte, die die GmbH unter korrekter Anlegung der Auswahlkriterien damals hätte entlassen dürfen (BAGE 120, 137; Kiel in: *Ascheid/Preis/Schmidt, Kündigungsrecht*, 4. Aufl., § 1 KSchG Rdnr. 739). (...) ■

Haftung des Sozius

- Ausgeschiedener Scheinsozius
 - Pflichtverletzung nach Ausscheiden
 - Rechtsscheinhaftung
 - Mandanteninformation zum Kanzleiaustritt
 - Briefbogen
 - Türschild
- (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 28.4.2014 – 24 U 87/13)

Leitsätze:

1. Trotz der Gefahr widerstreitender Entscheidungen kann ein Teilurteil gegen einen einfachen Streitgenossen ergehen, wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des anderen Streitgenossen zu einer faktischen Prozesstrennung führt und kein Anhaltspunkt dafür besteht, dass der unterbrochene Rechtsstreit alsbald fortgesetzt werden kann.

2. Ein ehemaliger Rechtsanwalt haftet nicht als Scheinsozius für Pflichtverletzungen eines früheren Mitgesellschafters, wenn er zwar noch im Briefkopf der Gesellschaft bürgerlichen Rechts namentlich genannt, aber am Seitenrand hinreichend deutlich darauf hingewiesen wird, dass er nicht mehr als Rechtsanwalt tätig ist. ■

Aus den Gründen:

I. Die Berufung hat nach einstimmiger Überzeugung des Senats offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg (§ 522 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ZPO). Die Entscheidung des LG beruht nicht auf einer Rechtsverletzung (§ 546 ZPO) und die nach § 529 ZPO zu Grunde zu legenden Tatsachen rechtfertigen keine andere Entscheidung (§ 513 ZPO).

Das LG hat zu Recht durch Teilurteil entschieden und einen Anspruch des Klägers gegen den Beklagten zu 1) auf Zahlung von Schadenersatz aus §§ 280, 675 BGB in Verbindung

mit einem geschlossenen Anwaltsvertrag bzw. aus § 128 HGB analog nach den Grundsätzen der Rechtsscheinhaftung verneint.

Der Kläger hat in seiner Berufungsbegründung keine Umstände aufgezeigt, die eine andere Entscheidung rechtfertigen würden.

1. Verfahrensfehlerfrei hat das LG den Rechtsstreit gegen den Beklagten zu 1) durch **Teilurteil** entschieden.

Nach der Rechtsprechung des BGH darf eine Teilentscheidung grundsätzlich nur dann ergehen, wenn sie von der Entscheidung über den verbleibenden Teil des Rechtsstreits in der Art unabhängig ist, dass die Gefahr einander widerstreitender Erkenntnisse in der Teil- und in der Schlussentscheidung nicht besteht.

Dieser Grundsatz gilt indes nicht ausnahmslos. So hat der BGH entschieden, dass die Unterbrechung des Rechtsstreits wegen der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines einfachen Streitgenossen das Verfahren gegen die übrigen Streitgenossen nicht berührt, und zwar trotz der bestehenden Gefahr einer abweichenden Entscheidung bei späterer Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens. In ständiger Rechtsprechung hat der BGH hier die Möglichkeit bejaht, gemäß § 301 ZPO ein Teilurteil zu erlassen. Denn eine Ausnahme ist im Falle der Unterbrechung des Verfahrens durch Insolvenz eines einfachen Streitgenossen regelmäßig gerechtfertigt, weil sie zu einer faktischen Trennung der Verfahren führt.

Die Dauer der Unterbrechung ist in der Regel ungewiss. Sie endet, wenn das Verfahren nicht nach den für das Insolvenzverfahren geltenden Vorschriften aufgenommen wird, erst dann, wenn das Insolvenzverfahren beendet ist. Dieses Verfahren kann sich in Einzelfällen viele Jahre hinziehen. Ob und gegebenenfalls wann eine Aufnahme erfolgt, ist in aller Regel nicht voraussehbar. Die übrigen Streitgenossen haben keine prozessuale Möglichkeit, die Aufnahme des Verfahrens und damit auch den Fortgang des Prozesses insgesamt zu bewirken.

Daher wäre es mit deren Anspruch auf effektiven Rechtsschutz nicht vereinbar, wenn die Unterbrechung des Verfahrens eine Entscheidung nur deshalb nachhaltig verzögern würde, weil die abstrakte Gefahr widersprüchlicher Entscheidungen besteht. Anders kann es zu beurteilen sein, wenn Anhaltspunkte dafür gegeben sind, dass das unterbrochene Verfahren alsbald fortgesetzt werden kann (BGH, *Teilbeschl.* v. 7.7.2010 – XII ZR 158/09, ZMR 2010, 943/944 m.w.N.; OLG Koblenz, *Teilurt.* v. 26.6.2006 – 12 U 685/05, NJW-RR 2007, 813–815; Thole in: *Prütting/Gehrlein, Kommentar zur ZPO*, 5. Aufl. 2013, § 301 ZPO Rdnr. 5).

Diese Voraussetzungen lagen hier vor. Bei den Beklagten, die vom Kläger als Gesamtschuldner aus ihrer gesamtschuldnerischen Haftung in Anspruch genommen werden, handelt es sich um einfache Streitgenossen, weil sie individuell die gesamte Leistung schulden und nicht als Gesamthand (Gehrlein/

Schneider in: Prütting/Gehrlein, *Kommentar zur ZPO*, 5. Aufl. 2013, § 62 ZPO Rdnr. 16; Weth in: Musielak, *Kommentar zu ZPO*, 10. Aufl. 2013; § 62 ZPO Rdnr. 7; Schultes in: *Münchener Kommentar zur ZPO*, 4. Aufl., § 62 Rdnr. 14; Vollkommer in: Zöller, *Kommentar zur ZPO*, 29. Aufl., § 62 Rdnr. 10).

Über das Vermögen des Beklagten zu 2) ist am 22.10.2012 durch das AG Düsseldorf ... das Insolvenzverfahren eröffnet worden. Anhaltspunkte, dass das unterbrochene Verfahren alsbald fortgesetzt werden kann, bestehen nicht. Der Rechtsstreit gegen den Beklagten zu 1) war entscheidungsreif.

2.a) Das LG hat mit zutreffender Begründung einen Anspruch auf Schadenersatz aus den §§ 280, 675 BGB in Verbindung mit einem geschlossenen Anwaltsvertrag mit dem Beklagten zu 1) verneint, da zum Zeitpunkt der dem Beklagten zu 1) zur Last gelegten Pflichtverletzungen, nämlich der verspätet eingelegten Berufung sowie des nicht weitergeleiteten Kostenfestsetzungsbeschlusses kein Anwaltsvertrag mehr zwischen dem Beklagten zu 1) und dem Kläger bestanden hat. Insoweit wird das landgerichtliche Urteil mit der Berufung auch nicht angegriffen. Auf die Begründung des LG wird verwiesen.

b) Rechtsfehlerfrei hat das LG eine **Nachhaftung des Beklagten zu 1) als sogenannter Scheinsozius nach § 128 HGB analog verneint**. Die von der Rechtsprechung entwickelten Voraussetzungen einer solchen Rechtsscheinhaftung liegen hier nicht vor. **Eine sogenannte Scheinsozietät liegt vor, wenn die Außendarstellung den Anschein einer Sozietät erweckt, während die Berufsträger im Innenverhältnis eine andere Form der Zusammenarbeit vereinbart haben.**

Dann haften wie Mitglieder einer Sozietät auch Rechtsanwälte, die sich zu einer Bürogemeinschaft zusammengeschlossen haben, angestellte Rechtsanwälte bzw. freie Mitarbeiter einer Sozietät oder zwischenzeitlich aus der Sozietät ausgeschiedene Rechtsanwälte, wenn sie in zurechenbarer Weise den Anschein erwecken, Mitglieder einer Sozietät zu sein. **Jedenfalls soweit es um die Haftung im Zusammenhang mit anwaltstypischen (rechtsberatenden oder rechtsvertretenden) Tätigkeiten geht, ist eine Haftung als Scheinsozius anzunehmen.**

Für das Vorliegen eines Vertrauenstatbestandes kommt es auf den Kenntnisstand und die Sicht des konkreten Mandanten an. **Wichtigstes Kriterium hierzu ist der Briefkopf der Kanzlei.** Andere Umstände – allerdings von geringerer Bedeutung – sind die Angaben in einer Vollmacht oder auf dem Türschild der Kanzlei (Rinkler in: *Zugehör, Handbuch der Anwaltshaftung*, 3. Aufl. 2011, Abschnitt Rdnr. 403, 404; BGH, Urt. v. 21.1.1991 – IX ZR 121/90, NJW 1991, 1225).

Die vom Kläger vorgetragene Umstände vermögen einen Vertrauenstatbestand in dem Sinne, dass der Beklagte zu 1) weiterhin für den Kläger in der Kanzlei tätig war, nicht zu begründen. Darüber hinaus sprechen auch einige Anhaltspunkte dafür, dass dem Kläger die alleinige Tätigkeit des Beklagten zu 2) bekannt war.

Es kann dahingestellt bleiben, ob dem Kläger erst im Verlaufe dieses Prozesses bekannt geworden ist, dass die Anwaltszulassung des Beklagten zu 1) unter dem 4.4.2008 mit Wirkung zum 10.4.2008 widerrufen worden war. Jedenfalls war ihm bekannt oder hätte ihm bekannt sein müssen, dass der Beklagte zu 1) nicht mehr in seiner früheren Kanzlei tätig war.

Der Kläger hat selbst vorgetragen, dass ihn der Beklagte zu 1) mündlich darüber unterrichtet habe, dass er aufgrund eines Unfalls und der erforderlichen Reha-Maßnahmen nicht mehr die Zeit habe, sich in der gebotenen Weise um seine Mandate zu kümmern und daher Unterstützung von dem Beklagten zu 2) erhalte. Er habe mitgeteilt, dass ihm der Beklagte zu 2) primär als Ansprechpartner zur Seite stehe. Mithin war dem Kläger im Vorfeld bekannt, dass der Beklagte zu 1) beruflich zumindest kürzer treten musste und er vorwiegend vom Beklagten zu 2) weiter betreut werden würde.

In dem Kanzleirundschreiben vom 8.4.2008 wird den Mandanten des Beklagten zu 1), also auch dem Kläger, deutlich mitgeteilt, dass der Beklagte zu 1) seine berufliche Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen in diesem Monat beenden werde und der Erwerber der Kanzlei, der Beklagte zu 2), diese als alleiniger Inhaber fortsetzen werde.

Das Schreiben weist bereits den Briefkopf auf:

„R. * F.

und am rechten Rand

R.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
bis 4/2008“.

Das Schreiben ist dem Wortlaut nach als Abschiedsschreiben abgefasst, da es am Ende den Dank für die langjährige Verbundenheit und die guten Wünsche für die Zukunft ausdrückt.

Der Kläger kann sich im Berufungszug nicht darauf berufen, ihm seien weder das Kanzleirundschreiben vom 18.3.2008, mit dem der Eintritt des Beklagten zu 2) in die Kanzlei angekündigt wurde, noch das vom 8.4.2008 zugegangen. Das Schreiben vom 18.3.2008 hat der Kläger selbst als Anlage zum Schriftsatz vom 21.11.2011 eingereicht, so dass von einem Zugang ausgegangen werden muss.

Den Zugang des Rundschreibens vom 8.4.2008 hat der Kläger nach dessen Vorlage erstinstanzlich nicht bestritten, so dass sein Bestreiten in zweiter Instanz gemäß § 531 Abs. 2 ZPO nicht mehr zuzulassen ist. Im Übrigen erscheint sein Bestreiten des Zugangs angesichts der Tatsache, dass er das erste Kanzleirundschreiben vom 18.3.2008 selbst zu den Akten gereicht hat und nunmehr ebenfalls nicht erhalten haben will, nicht glaubhaft.

Hinzu kommt, dass durch die vorgelegten verschiedenen Briefköpfe nicht der Anschein erweckt wird, dass der Beklagte zu 1) noch für die Kanzlei tätig ist. Aus der Darstellung der am rechten Rand befindlichen Anwaltsleiste ist sowohl bei der Wahl von

„R.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
bis 4/2008“
als auch bei
„R.
Rechtsanwalt und zugleich
Fachanwalt für Strafrecht
bis 4/2008“
Dipl. ...manager

erkennbar, dass der Beklagte zu 1) nicht mehr in der Kanzlei tätig ist. Die Briefköpfe entsprechen auch den üblichen Gepflogenheiten, wenn ein namensgebendes Gründungsmitglied aus einer Kanzlei ausscheidet. Derartige Zusätze sind gemäß § 10 Abs. 4 BORA gestattet. **Auch die Gestaltung, dass zwischen den Namen im Briefkopf einerseits ein Sternchen und andererseits ein kaufmännisches „&“ verwendet wird, deutet nicht auf ein noch bestehendes Sozietätsverhältnis hin, da am Rand des Briefes beim Beklagten zu 1) Monat und Jahreszahl seines Ausscheidens deutlich vermerkt sind.**

Die Tatsache, dass auch die Gerichte den Beklagten zu 1) noch im Rubrum ihrer Entscheidungen vermerkt haben, bietet keinen Hinweis darauf, dass sie auch den Beklagten zu 1) als anwaltlichen Vertreter des Klägers angesehen haben. Vielfach werden bei den Prozessbevollmächtigten der Parteien aus Vereinfachungsgründen wie bei Firmen die Namen aus dem Briefkopf vermerkt, ohne auf die Erläuterungen am Rand zu achten.

Kein Anzeichen für eine „Scheinsozietät“ ist der **Verbleib der Anwaltspraxis in den alten Räumlichkeiten** einer Einliegerwohnung in einem Zweiparteienhaus. Die Übernahme einer eingesessenen Kanzlei nebst Räumlichkeiten und Namen des Vorgängers unter Hinweis auf sein Ausscheiden dient dem Zweck, die alten Mandanten zu übernehmen und von dem Ruf des Vorgängers zu profitieren, um die Startschwierigkeiten eines Unbekannten zu überwinden. Da der Kläger selbst nicht vorträgt, dass noch ein **Türschild** auf den Beklagten zu 1) hinweist, kann von der Erweckung des Anscheins einer Sozietät nicht ausgegangen werden.

Dahingestellt bleiben kann auch, ob zwischen den Parteien und ihren Ehepartnern tatsächlich im Sommer 2008 bei M. D. in Düren ein Gespräch vor dem Termin in der Unterhaltssache vor dem Amtsgericht Düren stattgefunden hat.

Jedenfalls kann ein solches Treffen außerhalb der Kanzleiräume im Beisein der Ehepartner – auch der Ehefrau des Klägers – nicht den Anschein erwecken, noch als Mitglied der Kanzlei zu handeln, sondern allenfalls als Gefälligkeit gegenüber einem alten Mandanten. Weitere Gespräche wurden nicht konkretisiert.

Schließlich ist aus dem Schreiben des Klägers vom 17.7.2009 an den Beklagten zu 2) zu ersehen, dass er auch selbst davon ausgegangen ist, vom Beklagten zu 2) vertreten worden zu sein. Das Schadenersatzbegehren des Klägers wegen der streitgegenständlichen Pflichtverletzungen ist an den Beklag-

ten zu 2) persönlich gerichtet und wurde ausweislich des Inhalts des Schreibens schon mehrfach an diesen gerichtet. Ferner wurde der Beklagte zu 2) aufgefordert, den Schaden seiner Versicherung zu melden. Des Weiteren wird in dem Schreiben erwähnt, dass mehrfach Briefe an die Kanzlei des Beklagten zu 2) versandt wurden („... Ihre Kanzlei ...“).

Schließlich wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, dass er, der Kläger, großes Vertrauen in den Beklagten zu 2) gesetzt habe. Vor diesem Hintergrund lässt sich nicht feststellen, dass der Kläger noch von einer Vertretung durch den Beklagten zu 1) ausgegangen ist und angenommen hat, dass dieser noch Mitglied der Sozietät gewesen sei. Eine Rechts-scheinhafung scheidet demgemäß aus.

3. Der Senat hält es für zulässig, dass ein Teilurteil bereits eine Kostenentscheidung enthält. Die Zulässigkeit einer Kostenentscheidung ist zwar umstritten, sie wird jedoch von weiten Teilen von Literatur und Rechtsprechung bejaht. Der BGH hält eine Kostenentscheidung in einem Teilurteil nicht für grundsätzlich ausgeschlossen und hat sie hinsichtlich eines Streitgenossen, der aus dem Prozess abschließend ausscheidet, auch selbst getroffen (BGH, *Urt. v. 25.11.1959 – V ZR 82/58, NJW 1960, 484*).

Eine Kostenentscheidung in einem Teilurteil wird dann für zulässig erachtet, wenn die Gefahr besteht, dass bei Verzögerung der Kostenentscheidung bis zum Schlussurteil der Kostenerstattungsanspruch gegen den Streitgenossen nicht mehr verwirklicht werden kann (OLG München, *Urt. v. 25.9.1968 – 7 U 2387/66, NJW 1969, 1123*; OLG Düsseldorf, *Teilurt. v. 18.11.1969 – 20 U 90/69, NJW 1970, 568/569*; OLG Celle, *Beschl. v. 20.1.2014 – 9 W 2/14 zit. n. Juris*; OLG Sachsen-Anhalt, *Urt. v. 10.10.2013 – 1 U 78/12, zit. n. Juris*; Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, *Urt. v. 25.9.2012 – 1 Sa 488/11, zit. n. Juris*; OLG Koblenz, *Teilurt. v. 26.6.2006 – 12 U 685/05, NJW-RR 2007, 813–815*; Musielak in: *MünchKomm zur ZPO, 4. Aufl. 2013, § 301 ZPO Rdnr. 25*).

Ein solcher Fall liegt hier vor. Über das Vermögen des Beklagten zu 2) ist das Insolvenzverfahren eröffnet worden. Ob und wann der Zivilprozess gegen ihn fortgesetzt und abgeschlossen werden kann, ist ungewiss. Mit fortschreitendem Zeitablauf entsteht die Gefahr, dass der Kostenerstattungsanspruch des Beklagten zu 1), der vom Kläger unbegründet in Anspruch genommen wurde, gegen diesen nicht mehr realisiert werden kann. Die Kostenentscheidung ist von Amts wegen zu treffen.

II. Der Senat weist darauf hin, dass die Rücknahme der Berufung vor Erlass einer Entscheidung nach § 522 Abs. 2 ZPO gemäß GKG KV 1222 S. 1 und 2 kostenrechtlich privilegiert ist, statt vier fallen nur zwei Gerichtsgebühren an (OLG Brandenburg, *MDR 2009, 1363 = AGS 2009, 553 f.*; Senat, *ZIP 2010, 1852 f.*; *MDR 2013, 1196*). ■

Anwaltshaftung

- Beschränkter Auftrag
 - Verhandlung mit Haftpflichtversicherer
 - Kein Prozessauftrag
 - Verjährung
- (OLG Koblenz, Beschl. v. 20.1.2014 – 5 U 1591/13)

Leitsätze:

1. Hat ein Rechtsanwalt eine Schadenersatzforderung verjähren lassen, worauf der Mandant einen anderen Anwalt lediglich beauftragt, Verhandlungen mit dem Haftpflichtversicherer des ersten Anwalts zu führen, ist dieser Auftrag mit der endgültigen Regulierungsablehnung des Versicherers erledigt. Ohne gesonderten Klageauftrag ist der zweite Anwalt nicht verpflichtet, die zum Ablehnungszeitpunkt noch nicht verjährte Forderung gegen den ersten Anwalt gerichtlich geltend zu machen.
2. Beweispflichtig für einen Klageauftrag ist der Mandant, wenn die Urkundenlage einen auf Verhandlungen mit dem Haftpflichtversicherer beschränkten Erstauftrag belegt.
3. Zur Verjährung der Schadenersatzforderung gegen den ersten Rechtsanwalt. ■

Aus den Gründen:

1. Die Klägerin, die 1959 geboren wurde, konsultierte ihrem Vorbringen zufolge in den Jahren von 1990 bis 1994 mehrfach den niedergelassenen Augenarzt Dr. S. Sie hat behauptet, unterdessen habe sich ihre Sehschärfe erheblich verringert. Die Verschlechterung sei erstmals im Januar 1994 deutlich geworden und dann bis zum Dezember des Jahres so weit fortgeschritten, dass sie linksseitig praktisch erblindet sei. Auf dem rechten Auge habe sie noch eine Sehkraft von 30–40 %, die sich auf ein sehr eingeschränktes Gesichtsfeld begrenze.

Ursache der Schädigung sei ein Glaukom, das schon bei der Erstbehandlung im Frühjahr 1990 hätte erkannt werden können. Sie habe Dr. S. nämlich mitgeteilt, dass sie an einer Neurodermitis leide. Das habe argwöhnisch machen müssen, weil die mit einer derartigen Erkrankung einhergehende Kortisontherapie eine Anfälligkeit für Grünen Star begründet habe. Anfang 1994 seien dann die Verdachtsmomente unübersehbar gewesen, so dass zumindest jetzt diagnostische Maßnahmen und die Einleitung einer Therapie geboten gewesen seien, die den Verfall der Sehkraft hätten aufhalten können. Stattdessen habe Dr. S. erst zu Beginn des Jahres 1995 eine stationäre Einweisung verfügt, ohne dass noch eine Besserung zu erreichen gewesen sei.

Sie habe dann alsbald ihre Tätigkeit als Speditionskauffrau, auch aus familiären Gründen, aufgegeben. Ohne ihre Behinderung hätte sie diese im Jahr 2002 wieder aufgenommen und damit bis zum Februar 2013 Nettoeinkünfte von

265.212,48 EUR erzielt. In Gegenrechnung von Rentenleistungen, einem Übergangsgeld und einer Vergütung aus einer geringfügigen Beschäftigung, der sie nachgegangen sei, verbleibe eine Einbuße von 135.772,47 EUR, die sich anschließend bis zu dem Zeitpunkt des regulären Ruhestandseintritts im Jahr 2025 in einem monatlichen Umfang von 778,55 EUR fortsetze.

Um von Dr. S. Ersatz für ihre Schäden zu erlangen, habe sie sich zur Jahreswende 1996/97 an den ihr bekannten Rechtsanwalt H. gewandt. Dieser habe jedoch, obwohl im weiteren Verlauf entsprechend beauftragt, nie etwas Zielführendes unternommen und ihr schließlich im Jahr 2003 mitgeteilt, dass die Ansprüche gegen Dr. S. verjährt seien.

Daraufhin trat die Klägerin im November 2005 an den Beklagten zu 1) heran. Dieser unterhielt eine Rechtsanwaltskanzlei mit einer Kollegin, der der Beklagte zu 2) 2007 nachfolgte, ehe dann der Beklagte zu 1) im Jahr 2009 ausschied. Nach der Darstellung der Klägerin führten die beiden Beklagten zumindest dem äußeren Anschein nach eine Sozietät, während gemäß deren Vortrag eine bloße Bürogemeinschaft bestand.

Der Beklagte zu 1) korrespondierte von Juli 2006 bis zum Februar 2007 mit dem Haftpflichtversicherer von Rechtsanwalt H., um für die Klägerin Leistungen zu erreichen. Er erhob den Vorwurf, dass Rechtsanwalt H. die Ansprüche der Klägerin gegen Dr. S. pflichtwidrig habe verjähren lassen. Einschlägige Unterlagen über dessen augenärztliche Behandlung der Klägerin lagen ihm nicht vor; Dr. S. hatte sich 1995 oder 1996 altersbedingt zur Ruhe gesetzt.

Eine gerichtliche Inanspruchnahme von Rechtsanwalt H. unterblieb. Dem Vorwurf der Klägerin, eine Klageeinreichung versäumt zu haben, ist von den Beklagten entgegengesetzt worden, dass deren Auftrag auf eine bloße Korrespondenz mit dem Haftpflichtversicherer beschränkt gewesen sei. Nachdem diese keinen Erfolg gezeitigt habe, sei man über eingekommen, so lange keine weiteren Schritte zu unternehmen, als die Klägerin nicht in der Lage sei, beweiskräftige Informationen beizubringen. Unter diesem Eindruck sei das Mandat dann im Jahr 2007 einvernehmlich beendet worden.

Nach dem Ausscheiden des Beklagten zu 1) aus der Kanzlei wurde die Klägerin in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 bei dem Beklagten zu 2) vorstellig, um ein Vorgehen gegen Rechtsanwalt H. erneut zur Sprache zu bringen. Daraufhin wurde ihr mitgeteilt, die Ansprüche gegen diesen seien verjährt.

Im Hinblick darauf hat die Klägerin die Beklagten 2013 gesamtschuldnerisch auf Schadenersatz verklagt. Dabei hat sie, vorbereitet durch ein Ende 2012 eingereichtes Prozesskostenhilfesuch, einen Verdienstausfall in Höhe eines Kapitalbetrags von 135.372,47 EUR und fortlaufende monatliche Ratenbeträge von 778,55 EUR für die Zeit von März 2013 bis März 2025 sowie ein Schmerzensgeld von mindestens 100.000 EUR geltend gemacht. Außerdem hat sie die Feststellung einer weitergehenden Haftung begehrt.

Die Beklagten haben den von der Klägerin geschilderten Geschehenshergang bestritten, soweit er sich nicht in ihrer Kenntnis vollzogen hat, und den behaupteten Schaden in Abrede gestellt, wobei sie namentlich eingewandt haben, dass weder Dr. S. noch Rechtsanwalt H. leistungsfähig gewesen seien. Darüber hinaus haben sie die Verjährungseinrede erhoben.

Der Beklagte zu 1) habe die Klägerin, als man im Jahr 2007 auseinander gegangen sei, darauf hingewiesen, dass Schadenersatzforderungen aus anwaltlicher Pflichtverletzung einer dreijährigen Verjährungsfrist unterlägen.

Das LG hat die Klage abgewiesen: Ersatz für entgangenes Schmerzensgeld stehe der Klägerin schon deshalb nicht zu, weil ihre diesbezüglichen Ansprüche gegen Dr. S. bereits verjährt gewesen seien, bevor Rechtsanwalt H. mit ihrer Durchsetzung beauftragt worden sei. Anders verhalte es sich freilich mit den materiellen Ausgleichsforderungen, die Rechtsanwalt H. nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt habe. Aber den Beklagten habe nicht abverlangt werden können, gegen ihn vorzugehen, da sie vor dem Ende der für ihn laufenden Verjährung über keine genügenden Erkenntnisse verfügt hätten, um einen Prozess mit vertretbaren Risiken zu führen.

Die Klägerin beabsichtigt, diese Entscheidung mit der Berufung anzugreifen und dabei ihre erstinstanzlichen Anträge bis auf die Einforderung von Schmerzensgeldersatz zu erneuern. Dieserhalb bittet sie um die Gewährung von Prozesskostenhilfe. Ihrer Auffassung nach wäre der Beklagte zu 1) gehalten gewesen, die Behandlungsunterlagen von Dr. S. auszuwerten und eine – kostengünstige – Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zu veranlassen. Er hätte dann auf dieser Grundlage erfolgreich gegen Rechtsanwalt H. klagen können. Über die Verjährungsproblematik habe er sie zu keiner Zeit aufgeklärt.

2. Die auf dieser Grundlage beabsichtigte Inanspruchnahme der Beklagten bietet keine hinlängliche Erfolgsaussicht. Insofern ist für die Zubilligung von Prozesskostenhilfe kein Raum (§ 114 S. 1 ZPO).

a) Allerdings scheitert die angestrebte Rechtsverfolgung, die sich auf materielle Ausgleichsforderungen beschränkt, anders als eine Heranziehung der Beklagten zu Schmerzensgeldleistungen nicht an der von diesen erhobenen Verjährungseinrede:

Eine vertraglich begründete Einstandspflicht Dr. S's hätte bis zum Ende des Jahres 2004 realisiert werden können (Art. 229 § 6 Abs. 4 EGBGB). Deshalb verjährte die Haftung von Rechtsanwalt H. gemäß § 195, 199 Abs. 1 BGB frühestens mit Ablauf des 31.12.2008; § 51b BRAO ist nicht anwendbar, da die möglichen Regressansprüche erst nach dem 14.12.2004 entstanden (*OLGR Celle 2009, 661*; vgl. auch *BGH, NJW 2011, 1594*). Inwieweit sich die Verjährungsfrist dann noch im Hinblick auf § 203 BGB in das Jahr 2009 hinein erstreckte, ist ohne Gewicht. Auch ohnedies konnte sich die zu Gunsten der Beklagten laufende Verjährung erst am 31.12.2012 vollenden. Zu diesem Zeitpunkt entfaltete

jedoch das erstinstanzliche Prozesskostenhilfesuch die Hemmungswirkung des § 204 Abs. 1 Nr. 14 BGB, die nach dessen positiver Bescheidung durch die Klage perpetuiert wurde.

Es fehlt aber deshalb an der von der Klägerin geltend gemachten Schadenverantwortlichkeit der Beklagten, weil sich eine anwaltliche Pflichtverletzung auf deren Seite nicht feststellen lässt. Das LG hat dazu bemerkt, den Beklagten könne angesichts der unbefriedigenden Beweissituation nicht vorgeworfen werden, Rechtsanwalt H. nicht gerichtlich in Anspruch genommen zu haben. Das ist auch die Sicht des Senats. Ausgangspunkt dieser Beurteilung ist freilich, anders als das LG gemeint hat, bereits der Umstand, dass sich ein Mandat der Beklagten, prozessual vorzugehen, nicht erkennen lässt.

Die Wertung des erstinstanzlichen Urteils, die Klägerin habe einen umfassenden Auftrag zur Durchsetzung ihrer Ansprüche gegen Rechtsanwalt H. erteilt, war erklärtermaßen („die Kammer geht davon aus“, „es liegt auf der Hand“) spekulativ und durch die nachfolgende Erwägung, nach den Umständen habe keine hinreichende Veranlassung für eine gerichtliche Auseinandersetzung bestanden, konterkariert. Sie ist auch nicht mit dem Parteivortrag vereinbar.

Die Beklagten hatten mit Nachdruck behauptet, die Klägerin sei ausschließlich mit dem eingeschränkten Begehren an den Beklagten zu 1) herangetreten, außerhalb des Rechtswegs über den Haftpflichtversicherer von Rechtsanwalt H. eine Schadenersatzzahlung zu erreichen. Es sei ihr nur darum gegangen, auf der Grundlage der von ihr vermittelten Informationen ein Anspruchsschreiben zu verfassen. **Kosten in die Führung eines Prozesses habe sie nicht investieren wollen.**

Nachdem dann im Jahr 2007 klar geworden sei, dass der Haftpflichtversicherer im Korrespondenzweg nicht zu Leistungen zu bewegen war, habe man sich darauf verständigt, dass die Dinge von Beklagtenseite nicht weiter verfolgt würden; vereinbarungsgemäß habe es jetzt zunächst der Klägerin obliegen, konkrete Tatsachenangaben und Unterlagen herbeizuschaffen. Da sich insoweit nichts ergeben habe, habe man in der Konsequenz das Mandat ausdrücklich für beendet erklärt.

Damit hatten die Beklagten **die Grenzen des ihnen erteilten anwaltlichen Auftrags klar definiert.** In dem so beschriebenen Rahmen wurde verfahren. Die Rüge der Klägerin, es habe jenseits dessen Versäumnisse gegeben, kann nur greifen, wenn der Nachweis eines weitergehenden, auf gerichtliche Maßnahmen erstreckten Mandats erbracht ist. Daran fehlt es und insoweit ist auch kein Beweisantrag unterbreitet worden.

Schriftliche Belege, aus denen eine derartige Reichweite der anwaltlichen Beauftragung hervorgeht, wurden nicht zu den Akten gegeben; das Schreiben des Beklagten zu 1) vom 20.2.2007 an das Krankenhaus, in dem die Klägerin im Jahr 2005 aufgenommen worden war, besagt insoweit nichts Zielführendes. Genauso wenig konnten Zeugen für entsprechende mündliche Abreden benannt werden. Die Klägerin hat lediglich darauf verwiesen, dass ihr Ehemann zu bekun-

den vermöge, der Beklagte zu 1) habe geäußert, sie müsse zunächst ein aussagekräftiges Privatgutachten beschaffen und dann könne man weiter sehen, wobei die Erfolgschancen einer Klage ohne ein solches Gutachten nicht zur Sprache gebracht worden seien.

Daraus geht nicht hervor, dass das anwaltliche Mandat über die – bereits erfüllte – Aufgabe, den Haftpflichtversicherer auf der Basis der bisher verfügbaren Informationen anzuschreiben, hinausgegangen wäre und von Beklagtenseite deshalb zusätzlich irgendwelche Schritte hätten getan werden sollen.

Da der – feststellbare – anwaltliche Auftrag mit dem zu Beginn des Jahres 2007 abgeschlossenen Schriftwechsel mit dem Haftpflichtversicherer erledigt war, konnte die Klägerin weder eine Hilfestellung im Hinblick auf eine Klageerhebung gegen Rechtsanwalt H. noch – vorbereitend dazu – eine Aufklärung darüber erwarten, bis wann eine solche Klage zukünftig aus Gründen Verjährungshemmung einzureichen sei; das gilt umso mehr, als dafür seinerzeit – zumal vor dem Hintergrund der verjährungshemmenden Verhandlungen mit dem Haftpflichtversicherer – noch zwei Jahre zur Verfügung standen.

Es ist weder behauptet noch sonst ersichtlich, dass die Klägerin kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist in der Kanzlei der Beklagten vorstellig geworden wäre. Sie erwähnt lediglich eine Besprechung „Mitte/Ende 2009“; da war indessen, wie die Klägerin selbst einräumt, nur noch zu konstatieren, dass die Verjährung bereits eingetreten war. ■

Gl Literaturhinweise

Formularbuch Recht und Steuern: Gesellschaftsverträge, Sonstige Verträge, Besteuerungsverfahren, Rechtsmittelverfahren, Steuerstrafverfahren

Bei der Gestaltung von Verträgen kommt es wegen der oft gravierenden finanziellen Folgen entscheidend auf die Beachtung aller denkbaren steuerlichen Auswirkungen an. Dieses Vertrags- und Formularhandbuch erläutert umfassend die gesellschafts- und zivilrechtlichen Grundlagen sowie die steuerlichen Konsequenzen von Gesellschaftsverträgen und anderen Verträgen.

Das Werk hat den Rechtsstand 1.8.2014. Unter anderem neu in der 8. Auflage enthalten sind Abschnitte zur Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, dem Vertrag über eine Joint-Venture-Gesellschaft sowie zu mandatsbezogenen Verträgen (Steuerberaterrahmenvertrag; Vollmacht; Mandatsbeendigungsvereinbarung, Haftungsbegrenzungsvereinbarung; Haftungsbegrenzungsklausel in allgemeinen Auftragsbedingungen, Steuerberatervergütungsvereinbarung; Stundenbasierte Vergütungsvereinbarung; Pauschalvergütungsvereinbarung; Erfolgsabhängige Vergütungsvereinbarung).

Das Werk wendet sich an Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Finanzverwaltung, Finanzgerichte, Notare und Unternehmen.

Formularbuch Recht und Steuern, Verlag C.H.Beck, 8., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 2014, XXXII, 1.773 Seiten, in Leinen, mit DVD und regelmäßigen Aktualisierungen in beck-online.DIE DATENBANK, 179 €, ISBN 978-3-406-65759-7

Der Beweis im Zivilprozess

Bislang fehlte dem Markt ein Handbuch für Praktiker, das sich ausschließlich und vollumfänglich mit der Beweisführung im Zivilprozess auseinandersetzt. Mit der Beweisführung kommen jedoch alle Beteiligten eines zivilprozessualen Verfahrens in Berührung: die Rechtsanwälte und nicht zuletzt die Parteien selbst. Dieses Werk stellt sowohl Grundzüge als auch Besonderheiten in systematischer Ordnung dar. Etwas, was ein Kommentar durch die vorgegebene Paragraphenfolge und die dadurch bedingte Trennung der inhaltlichen Zusammenhänge nicht leisten kann. Vieles ist im Fluss – unionsrechtliche Einflüsse, Regelungen über elektronische Dokumente, die verfassungsrechtliche Unterfütterung des Beweisrechts und grenzüberschreitende Beweiserhebungen führen zu einem zunehmenden Informationsbedarf, dem dieses Handbuch mit einer wahren Fülle an Details Rechnung trägt. Es eignet sich dabei sowohl als Nachschlagewerk für Praktiker, als auch hervorragend zur Einarbeitung in die Materie.

Die Vorteile des Handbuchs lassen sich bestens belegen:

- Grundlagen: Ablauf des Beweisverfahrens mit Beweislastverteilung, möglichen Zwängen, Beweiswürdigung sowie Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote.
- Inhaltliche Zusammenhänge und Verknüpfungen zwischen den Rechtsgebieten werden losgelöst von der Paragraphenreihenfolge veranschaulicht.
- Klare Strukturierung durch Unterteilung in Grundlagen des allgemeinen Beweisrechts und die einzelnen Strengbeweismittel.
- Details zu Geheimverfahren, Anscheinsbeweis, ungeregelten Beweismitteln und Eid.

Ahrens, Der Beweis im Zivilprozess, Von em. Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens. 1376 Seiten, Lexikonformat, gbd., 2015, 179 €, ISBN 978-3-504-47140-8, Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln

Gl Literatur-Ecke

Borgmann: Die Rechtsprechung des BGH zum Anwalts haftungsrecht von Mitte 2013 bis Mitte 2014, *NJW* 2014, 3412

Paschke: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! – Spezielle Anwaltssoftware entbindet nicht von anwaltlicher Sorgfaltspflicht, *jurisPR-ITR* 25/2014 Anm. 5

Neues Beweismaterial.



Ahrens **Der Beweis im Zivilprozess** Von em. Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens. 2015, 1.376 Seiten
Lexikonformat, gbd. 179,- €. ISBN 978-3-504-47140-8

Das zivilprozessuale Beweisrecht aus allen Blickwinkeln: Dieses neue Handbuch beleuchtet sämtliche Stadien der Beweisaufnahme und setzt sich detailliert mit allen Mitteln der Tatsachenfeststellung auseinander – keine Frage bleibt offen. Der einzigartige, von der üblichen Kommentarstruktur losgelöste Aufbau und die Fülle der Informationen machen das Handbuch zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch. Dazu noch Wissenswertes zur Beweisaufnahme im Ausland, zur Parteivernehmung und zu angrenzenden Rechtsgebieten. Und ein Autor, der sein Know-how und seine Erfahrungen als Richter und Professor direkt in das Buch einfließen lässt: Profitieren Sie davon!

Ahrens **Der Beweis im Zivilprozess**. Jetzt Probe lesen oder am besten gleich bestellen bei www.otto-schmidt.de/azb

ottoschmidt

GI service

Info

Liebe Leser,
am 18. März erscheint unter www.hdi.de/giservice die neueste Ausgabe unserer Fachinformation GIservice. Dort finden Sie Informationen und Tipps für die berufliche Praxis sowie Artikel über private Absicherung und Vorsorge. Ein Thema der aktuellen Ausgabe wird die Haftung des Steuerberaters wegen verspäteter Insolvenzantragsstellung sein.

Wenn Sie noch kein kostenfreies Abo für unsere Fachinformationen Glaktuell und GIservice haben, melden Sie sich unter www.hdi.de/gi ganz unkompliziert und kostenfrei für die Onlineausgaben der beiden Fachinformationen an.



Ab dem 18. März 2015
die neueste Ausgabe lesen!
www.hdi.de/giservice

ILFT

**BEIM BERATEN GUT
BERATEN ZU SEIN.**

Unsere Versicherungs- und
Vorsorgeprodukte für Anwälte,
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.



Als einer der erfahrensten Vermögens-
schaden-Haftpflichtversicherer setzt HDI
Maßstäbe bei der Entwicklung passender
Versicherungslösungen.

www.hdi.de/freieberufe

HDI
Das ist Versicherung.

Service-Fax

(0511) 645 111 3661

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

Worauf Sie sich verlassen können:

HDI steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgeleistungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe · ISSN 2199-5478

Herausgeber

HDI Versicherung AG, Nicole Gustiné, Produktmarketing Sach
HDI-Platz 1, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3661
E-Mail: nicole.gustine@hdi.de

Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht (verantwortlich für den Inhalt)
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI-Gerling

Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3661

Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Postfach 511026, 50946 Köln
Postvertriebsstück G 31191, Entgelt bezahlt